

Genehmigt: 01.02.2024

Protokoll 21

Stadtratssitzung

Donnerstag, 23.11.2023, 17.00 Uhr und 20.30 Uhr

Rathaus, Grossratssaal

Für das Wortprotokoll inkl. Audio siehe: <https://bern.recapp.ch/shareparl/>

Inhaltsverzeichnis

Anwesenheit in der Sitzung von 17.00 bis 19.00 Uhr.....	1466
2023.SR.0112.....	1467
1 Begrüssung und Mitteilungen	
2013.GR.000305.....	1468
2 Umsetzung hindernisfreier öffentlicher Raum (UHR): Teilprojekt ÖV-Haltestellen; Rahmenkredit für Projektierung und Realisierung (Abstimmungsbotschaft)	
2023.FPI.000004	1475
3 Erwerb Liegenschaftsportfolio des Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung; Liegenschaften am Wildhainweg in Bern (Abstimmungsbotschaft)	
2018.SR.000266	1489
4 Postulat Fraktion SP/JUSO (Bernadette Häfliger, SP/Lisa Witzig, JUSO): Anerkennung der gesellschaftlich unverzichtbaren Care-Arbeit durch die Stadt Bern als Arbeitgeberin; Prüfungsbericht	
2018.SR.000074	1491
5 Interfraktionelles Postulat GFL/EVP, GB/JAI, GLP/JGLP, AL/GaP/PdA (Marcel Wüthrich, GFL/Bettina Jans-Troxler, EVP/Katharina Gallizzi, GB/Eva Krattiger, JAI/Peter Ammann, GLP/Christa Ammann, AL/Luzius Theiler, GaP/Lionel Gaudy, BDP): Klimastrategie für die Anlagen der Personalvorsorgekasse; Prüfungsbericht	
Schluss der Sitzung: 19.01 Uhr.	1496
Anwesenheit in der Sitzung von 20.30 bis 22.30 Uhr.....	1497
2018.SR.000074	1498
5 Interfraktionelles Postulat GFL/EVP, GB/JAI, GLP/JGLP, AL/GaP/PdA (Marcel Wüthrich, GFL/Bettina Jans-Troxler, EVP/Katharina Gallizzi, GB/Eva Krattiger, JAI/Peter Ammann, GLP/Christa Ammann, AL/Luzius Theiler, GaP/Lionel Gaudy, BDP): Klimastrategie für die Anlagen der Personalvorsorgekasse; Prüfungsbericht	
2020.SR.000052	1500
6 Interfraktionelle Interpellation SVP, BDP/CVP (Alexander Feuz/Ulrich Gränicher, SVP/Lionel Gaudy/Philip Kohli, BDP): Was für neue Aufgaben übernahm die Stadt seit 2017? Wo hätte sie sparen können?	
2020.SR.000203	1501

7	Interpellation Fraktion SVP (Ueli Jaisli, SVP): Gelebte Solidarität in der Krise – kann die Verwaltung auch einen Beitrag leisten?	
2016.SR.000253	1501
8	Interfraktionelle Motion AL/GPB-DA/PdA+, SP, GB/JA! (Christa Ammann, AL/Martin Krebs, SP/Franziska Grossenbacher, GB): Für mehr günstige Wohnungen mit Vermietungskriterien (GüWR)!; Begründungsbericht	
2018.SR.000151	1515
9	Interfraktionelle Interpellation Fraktion FDP/JF, SVP (Barbara Freiburghaus/Bernhard Eicher, FDP/Alexander Feuz, SVP): Unter welchen Umständen investiert die Stadt Bern in den Wohnungsbau?	
2018.SR.000251	1516
10	Interpellation Michael Daphinoff/Milena Daphinoff (CVP): Auf welchen Betrag verzichtet die Stadt Bern mit der Vermietung ihrer Wohnungen zu kostendeckenden Mietzinsen?	
2019.SR.000026	1516
11	Interpellation Fraktion GB/JA! (Franziska Grossenbacher, GB): Soziale Wohnpolitik stärken: Stadt Bern wird selber Genossenschafterin	
2021.SR.000034	1517
12	Interpellation Fraktion GB/JA! (Rahel Ruch/Anna Leissing, GB): Wie stellt der Gemeinderat sicher, dass mit der Wohnstrategie die Folgen der Corona-Krise gelindert werden können?	
2023.SR.000041	1518
13	Interfraktionelle Motion SVP, FDP/JF, GLP/JGLP, Mitte (Alexander Feuz, SVP/Thomas Glauser, SVP/Simone Richner, FDP/Ursula Stöckli, FDP/Janina Aeberhard, GLP/Claudio Righetti, Mitte): Die Vergabekriterien bei städtischen Mietwohnungen sind zu überdenken!	
2019.SR.000346	1519
14	Interpellation Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser, SVP): Zwischennutzungen – Werden die massgeblichen Vorschriften durch die Benutzer kontrolliert und eingehalten oder herrscht Wildwuchs?	
2022.SR.000214	1519
15	Interfraktionelle Motion AL/PdA, GB/JA! (David Böhner, AL/Katharina Gallizzi, GB): Freiraum statt Planraum	
2019.SR.000073	1526
18	Interpellation Fraktion SVP (Alexander Feuz/Hans Ulrich Gränicher, SVP): Bern Welcome oder Bern goodbye? Wie geht es mit Bern Welcome weiter?	
2019.SR.000074	1527
19	Interpellation Fraktion SVP (Hans Ulrich Gränicher/Alexander Feuz, SVP): Bern Welcome und Förderverein Bern Tourismus: Gibt es hier Interessenkonflikte?	
2020.SR.000130	1528
20	Interpellation Fraktion SVP (Niklaus Mürner/Alexander Feuz, SVP): Wirtschaftsunterstützung während Corona-Zeiten für heimische Gewerbetreibende, insbesondere Selbständigerwerbende, die durch die Maschen des Bundes und Kantons fallen. Nichtstun ist keine Lösung.	
2020.SR.000131	1529
21	Interpellation Fraktion SVP (Niklaus Mürner, Alexander Feuz, SVP): Wirtschaftsunterstützung während Corona-Zeiten für heimische	

Gewerbetreibende, insbesondere Selbständigerwerbende, die durch die Maschen des Bundes und Kantons fallen. Konkreter Projektverzicht.	
2018.SR.000267	1529
23 Interpellation Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP): Spesenexzesse in Genf: Offene Fragen zu den Spesen und Ausgaben der Gemeinderäte und Direktionen in Bern	
Verschoben und eingereicht	1529
Schluss der Sitzung: 22.29 Uhr.	1532

Anwesenheit in der Sitzung von 17.00 bis 19.00 Uhr

Stadtrat anwesend

Valentina Achermann, Vizepräsidentin

Yasmin Amana Abdullahi	Franziska Geiser	Tanja Miljanovic
Valentina Achermann	Thomas Glauser	Dominic Nellen
Janina Aeberhard	Claude Grosjean	Florence Pärli Schmid
Timur Akçasayar	Lukas Gutzwiller	Halua Pinto de Magalhães
Lena Allenspach	Bernadette Häfliger	Simone Richner
Ursina Anderegg	Erich Hess	Claudio Righetti
Mirjam Arn	Thomas Hofstetter	Michael Ruefer
Tom Berger	Matthias Humbel	Kurt Rüeegsegger
Diego Bigger	Seraphine Iseli	Mahir Sancar
Lea Bill	Bettina Jans-Troxler	Judith Schenk
Laura Binz	Anna Jegher	Sara Schmid
Gabriela Blatter	Raffael Joggi	Nicole Silvestri
David Böhner	Nora Joos	Chandru Somasundaram
Michael Burkard	Barbara Keller	Ursula Stöckli
Eva Chen	Ingrid Kissling-Näf	Irina Straubhaar
Francesca Chukwunyere	Nora Krummen	Therese Streit-Ramseier
Dolores Dana	Corina Liebi	Bettina Stüssi
Milena Daphinoff	Maurice Lindgren	Michael Sutter
Sibyl Eigenmann	Simone Machado	Johannes Wartenweiler
Vivianne Esseiva	Salome Mathys	Lukas Wegmüller
Alexander Feuz	Esther Meier	Janosch Weyermann
Jelena Filipovic	Matteo Micieli	Marcel Wüthrich
Sofia Fisch	Szabolcs Mihalyi	Paula Zysset
Katharina Gallizzi		

Stadtrat entschuldigt

Ruth Altmann	Fuat Köçer	Barbara Nyffeler
Lionel Gaudy	Anna Leissing	Mirjam Roder
Michael Hoekstra	Niklaus Mürner	Sarah Rubin
Ueli Jaisli		

Gemeinderat anwesend

Alec von Graffenried PRD	Michael Aebersold FPI	Marieke Kruit TVS
Reto Nause SUE		

Stadtkanzlei anwesend

Claudia Mannhart, Stadtschreiberin

Ratssekretariat anwesend

Nadja Bischoff, Ratssekretärin	Franck Brönnimann, Stv. Ratsweibel	Cornelia Stücker, Sekretariat
--------------------------------	------------------------------------	-------------------------------

2023.SR.0112

1 Begrüssung und Mitteilungen

1. Vizepräsidentin: Ich begrüsse euch ganz herzlich zu der heutigen Stadtratssitzung, die zweitletzte Sitzung in diesem Jahr. Wie ihr seht, ist Michael Hoekstra abwesend in der ersten Sitzung, er kommt dann in der zweiten wieder, und darum springe ich ein. Und neben mir seht ihr heute Franziska Geiser, auch aussergewöhnlich, sie wird am Anfang übernehmen und später kommt dann Tom Berger. Rücktritte und neue Mitglieder haben wir keine, Geburtstage haben wir heute auch keine, aber vorgestern hat Marcel Wüthrich Geburtstag gehabt und gestern Lukas Wegmüller und wir gratulieren beiden ganz herzlich nachträglich zum Geburtstag. Morgen hat Mahir Sancar Geburtstag, ihm gratulieren wir natürlich noch nicht. Ich habe noch 2 weitere sehr erfreuliche Nachrichten zu verkünden, und zwar 2 Geburten: Eine Geburt von unserer ehemaligen Stadtratskollegin und Freundin Vanessa Salamanca, sie hat am 11. November einen Sohn bekommen, und unser Stadtratskollege Lionel Gaudy ist auch Vater geworden am 20. November. Wir gratulieren beiden Familien von ganzem Herzen und wünschen alles Gute und ein schönes Kennenlernen. Wir haben hier vorne noch 2 Kärtchen aufgelegt, die ihr sehr gerne unterschreiben dürft, und wenn ihr wollt, auch etwas Nettes hinschreiben dürft. Wir starten am Anfang gerade mit 2 Anträgen auf der Antragsliste. Der erste Antrag ist vom GB-JA und fordert, dass die Traktanden 14, 15 und 16 nicht im Block, sondern separat behandelt werden. Wir stimmen gerade über das ab. Wer den Antrag annehmen will, stimmt Grün, wer ihn ablehnt, Rot, wer sich enthält, Weiss.

Antrag

1 GB/JA, Ordnungsantrag

Die Traktanden 14, 15 und 16 sind nicht im Block, sondern separat zu behandeln.

Abstimmung

2023.SR.0112: Antrag 1		
Annahme		
Ja	32	
Nein	17	
Enthalten	0	Namensliste 008

1. Vizepräsidentin: Sie haben den Antrag angenommen. Dann ist ein Antrag auf Diskussion zu einem aktuellen Ereignis eingegangen von der SVP. Es ist so, dass es die letzten Male ein bisschen uneinheitlich gehandhabt worden ist. Ich erkläre darum schnell, wie wir das machen. Eigentlich haben wir beschlossen, dass es keine mündlichen Antragsbegründungen mehr gibt, ausser bei Ordnungsanträgen. Weil es reglementarisch nicht ganz klar geregelt ist, wie man das macht bei einem Antrag auf Diskussion zu einem aktuellen Ereignis, haben wir uns jetzt entschieden, dass man ganz kurz etwas sagen darf, das heisst maximal eine Minute begründen, und dann stimmen wir darüber ab. Darum erteile ich, sobald ich die Redner*innenliste gestartet habe, Alex Feuz das Wort.

Alexander Feuz (SVP): Ich danke Valentina ganz herzlich, dass sie diese Sache richtiggestellt hat. Man kann das verschieden anschauen. Bei einem anderen Antrag auf

Diskussion habe ich nicht reden können, später hat man reden können. Mir ist es einfach wichtig, dass man das korrekt durchführt. Die schriftliche Begründung haben Sie gesehen. Der Grund, wieso ich das Theater halt trotzdem eingereicht habe: Der Gemeinderat hätte lange Zeit gehabt nach dem Medienartikel, zu reagieren. Er hat wieder nicht reagiert. Wir haben ein Beispiel von Basel Stadt, wo der Regierungsrat eine Verurteilung verlangt hat. Ich bin der Meinung, hier hätte die Öffentlichkeit ein Anrecht, zu erfahren, wie sich der Gemeinderat zu dieser Problematik stellt, dass man von Seiten der Leitung Kunst sowie auch der Direktorin Kunsthalle so vorgeht und nichts macht. Ich bin der Meinung, das würde hier eine kurze Diskussion gebieten.

1. Vizepräsidentin: Danke Alex Feuz. Wir kommen direkt zur Abstimmung. Wer dem Antrag zustimmt, stimmt ja, wer dagegen ist, stimmt nein, und wer sich enthält, stimmt enthalten.

Antrag

2 SVP: Antrag auf Diskussion zu einem aktuellen Ereignis:

Kontroverser Palästina Brief der neu gewählten Direktorin der Kunsthalle:

- Wieso nimmt der Gemeinderat dazu nicht Stellung?
- Wieso folgt der Gemeinderat nicht dem Beispiel des Kantons Basel Stadt? Dort appellierte der zuständige Regierungsrat an den dortigen Direktor der Kunsthalle, die Hamas als Organisation zu verurteilen.

Abstimmung

2023.SR.0112: Antrag 2		
Ablehnung		
Ja	8	
Nein	42	
Enthalten	3	Namensliste 009

1. Vizepräsidentin: Der Antrag ist abgelehnt.

2013.GR.000305

2 Umsetzung hindernisfreier öffentlicher Raum (UHR): Teilprojekt ÖV-Haltestellen; Rahmenkredit für Projektierung und Realisierung (Abstimmungsbotschaft)

1. Vizepräsidentin: Wir kommen zu Traktandum 2, das ist eine Abstimmungsbotschaft. Es geht um die Umsetzung des hindernisfreien öffentlichen Raums und ich erteile der Kommission das Wort. Für die PVS spricht Laura Binz.

Laura Binz (SP) für die Kommission: Die PVS hat das Geschäft am 26. Oktober diskutiert. Das Behindertengleichstellungsgesetz (BehiG) aus dem Jahr 2004 gibt vor, dass Infrastrukturanlagen im öffentlichen Raum zwingend hindernisfrei gestaltet werden müssen, wenn sie gebaut oder umgebaut werden. ÖV-Anlagen hingegen müssen generell hindernisfrei sein, also unabhängig von Bautätigkeiten. Hindernisfrei bedeutet bei ÖV-Haltestellen, dass alle Menschen vollständig autonom, also ohne Hilfe, ein- und aussteigen können. Wie in allen anderen Städten, aber auch zum Beispiel bei der SBB

oder anderen ÖV-Betreibern, wird das Gesetz bis zum Ende von der Umsetzungsfrist vom 31. Dezember 2023 auch in Bern nicht umgesetzt sein. Die Umsetzung Hindernisfreier Öffentlicher Raum (UHR) läuft in der Stadt Bern aber schon länger. Erklärtes Ziel ist es, dass der öffentliche Raum so gestaltet ist, dass er von allen Menschen genutzt werden kann. Ein hindernisfreier öffentlicher Raum kommt nicht nur Menschen mit einer Beeinträchtigung zugute, sondern auch älteren Menschen oder Menschen mit Kinderwagen oder kleinen Kindern. Seit 2015 sind verschiedene Projekte projektiert und umgesetzt worden, zum Beispiel neue Sitzbänke, Massnahmen bei Lichtsignalanlagen, in Parkanlagen oder im Verkehrsraum. 2019 sind im Rahmen von einem Pilotprojekt 4 Bushaltestellen hindernisfrei umgestaltet worden. Das Pilotprojekt ist inzwischen abgeschlossen und es konnten wichtige Erkenntnisse für die Umgestaltung weiterer Haltestellen oder eben Haltekanten gewonnen werden. So ist deutlich geworden, dass jede Haltestelle einzeln projektiert werden muss und dass die Anhebung der Haltekante in vielen Fällen zu einem wesentlich grösseren Projektperimeter führt, als ursprünglich angenommen. So braucht es zum Beispiel genügend Manövriertfläche für Rollstühle. Aktuell gibt es in der Stadt Bern 408 Haltekanten, davon entsprechen etwa 20% oder ein bisschen mehr bereits den gesetzlichen Vorgaben. 146 Haltekanten werden im Rahmen von Sanierungs- oder Neugestaltungsprojekten umgestaltet. Entsprechend sind diese Kosten Teil der Projektkredite und nicht dieses Rahmenkredits. 94 Haltekanten inklusive der 4 Pilot-Haltekanten sind Teil des Rahmenkredits. Sie sind priorisiert worden und sollen in den nächsten ca. 10 Jahren umgestaltet werden. Kriterien für die Wahl der Haltekanten waren die Umsteigebeziehungen, die Nähe zu Institutionen für ältere Menschen oder Menschen mit Behinderung sowie die Zahl der Ein- und Aussteigenden. 79 Haltekanten sind in der tiefsten Priorität und werden vorerst nicht umgestaltet. Die Reihenfolge der Umgestaltung der 90 Haltekanten wird in engem Austausch mit Behindertenorganisationen definiert werden. Für die Gesamtkosten der Umgestaltung wird ein Rahmenkredit von 67'500'000 beantragt. Die Kosten für die 4 bereits realisierten Pilot-Haltestellen sind hier eingerechnet. Man geht auf den Grund der bisherigen Erfahrungen von durchschnittlichen Kosten pro Haltekante von 680'000 Franken aus. Diese Kosten variieren, je nachdem ob es eine Velo-Umfahrung braucht, und je nachdem, ob eine Wartehalle oder eine neue Busplatte nötig ist, ob Werkleitungen betroffen sind oder ob Bäume im Perimeter stehen, auf die man achten muss. Im Projekt sind 26 Fahrradumfahrungen vorgesehen.

Die Kosten in der Stadt Bern, also die durchschnittlichen Kosten für eine Wartehalle, sind bis auf 10% mit den Kosten in anderen Städten vergleichbar. Man muss aber immer auf spezifische Elemente in den verschiedenen Städten achten. In den Honoraren sind nicht nur klassische Ingenieurleistungen, sondern auch die Leitung des Grossprojekts enthalten. Es wird erwartet, dass 90 Baugesuche eingereicht werden müssen, und das kann auch zu Einsprachen führen, die dann natürlich auch bearbeitet werden müssen. Es ist vorgesehen, dass pro Jahr circa 10 Haltekanten umgestaltet werden. Mehr wäre schwierig, erstens aus Ressourcengründen, andererseits aber auch, weil die Netzqualität bei Bernmobil stark beeinträchtigt wird, wenn zu viele Haltekanten gleichzeitig umgebaut werden.

Der Gemeinderat wird in einzelnen Umgestaltungsprojekten bewilligen und die PVS wird alle 2 Jahre über den Fortschritt der Umgestaltung informiert. In der PVS haben wir auch noch über das Szenario einer Ablehnung des Rahmenkredits diskutiert. Klar ist, dass die Pflicht zur Umgestaltung gemäss BehiG besteht und auch weiterbesteht. Behindertenorganisationen können das Recht auf ein autonomes Ein- und Aussteigen ab 2024 einklagen. Wie es genau weitergehen würde, ist noch nicht ganz klar. Denkbar wären Teillösungen, kleinere Pakete oder es ist auch denkbar, dass der Bund die

Städte beauftragen könnte, die Umgestaltung umzusetzen. Die PVS ist aber zum Schluss gekommen, dass es richtig und wichtig ist, dass der öffentliche Raum in der Stadt Bern möglichst von allen genutzt werden kann und dass die Umgestaltung der ÖV-Haltekanten diesbezüglich ein sehr wichtiges Projekt ist. Die PVS empfiehlt dem Stadtrat den Rahmenkredit mit 10 Ja- bei 0 Nein-Stimmen und einer Enthaltung zur Annahme. Die Kommission empfiehlt zudem einstimmig die Ermächtigung des Gemeinderats zur Bewilligung der einzelnen Vorhaben zu Lasten des Rahmenkredits und die Zustimmung zur Abstimmungsbotschaft.

1. Vizepräsidentin: Danke vielmals Laura Binz. Dann kommen wir zu den Fraktionserklärungen. Für die SP-JUSO Sara Schmid.

Sara Schmid (SP) für die Fraktion: Seit 1999 gibt es in unserer Verfassung ein Verbot der Diskriminierung aufgrund einer Behinderung. Seit 21 Jahren haben wir in der Schweiz auch das BehiG und seit 9 Jahren hat die Schweiz die UNO-Behindertenrechtskonvention (BRK) ratifiziert. Dennoch sind Menschen mit Behinderungen bis heute in unserer Gesellschaft nicht gleichgestellt. Heute geht es um eine konkrete Umsetzung der Vorgaben des BehiG von 2002 und konkret darum, dass die Infrastrukturanlagen im öffentlichen Raum hindernisfrei sein müssen. Die Anlagen des ÖV müssen gemäss BehiG unabhängig davon realisiert werden können, unabhängig davon, ob sie neu gebaut werden oder umgebaut werden. Das heisst, bis Ende Jahr müssten alle ÖV-Haltestellen hindernisfrei sein. Wir in der SP-Juso-Fraktion finden diese Vorgabe und diese Ziele sehr wichtig. Es ist schon gesagt worden, dass die Frist der hindernisfreien Umgestaltung oder Ausgestaltung von Bus- und Tramhaltestellen schweizweit bei weitem verfehlt worden ist. Darauf haben die Behindertenorganisationen immer wieder aufmerksam gemacht, aber auch medial ist darüber berichtet worden. Es ist schwer verständlich aus meiner Sicht, warum schweizweit die Planung so schleppend vorangehen ist. Einfach, um ein paar Zahlen zu haben: Gemäss einer Medienmitteilung von Inclusion Handicap werden zwei Drittel der Tram- und Bushaltestellen in der ganzen Schweiz bis Ende 2023 nicht behindertengerecht umgebaut sein. Ich bin auch enttäuscht persönlich, dass in der Stadt Bern doch 319 von 408 Bus- und Tramhaltestellen noch angepasst werden müssen, auch wenn vorher gesagt worden ist von der Kommissionssprecherin, dass natürlich auch einiges gelaufen ist in den letzten Jahren. Ich glaube, die Zahlen zeigen sehr deutlich auf, dass da vorwärts gemacht werden muss, und zwar nicht nur aus Überzeugung, sondern auch, weil es ein gesetzlicher Auftrag ist, das steht für uns ausser Frage. Darum begrüssen wir das vorliegende Projekt, das jetzt 94 Haltestellen hindernisfrei umgestalten will, die eine hohe Umsetzungspriorität haben, aber im Gegensatz zu den anderen 146 Haltestellen, die schon in konkret absehbaren, geplanten Sanierungs- und Neugestaltungsprojekten hindernisfrei umgestaltet werden können, sonst nicht in absehbarer Zeit barrierefrei gemacht werden könnten. Es ist eine grosse Investition, aber es ist eine, die wir machen müssen und ja, schon hätten machen sollen, und auch eine, die uns allen zugutekommt. Alle profitieren davon, wenn ÖV-Haltestellen in der Stadt Bern hindernisfreier werden. Das spüre ich zum Beispiel ganz konkret, wenn ich mit dem Kinderwagen unterwegs bin, aber natürlich auch unsere älteren Mitmenschen, die vielleicht eine Geheinschränkung haben, profitieren davon. Und natürlich ist es einfach grundsätzlich richtig und wichtig, dass Menschen mit Behinderungen sich autonom im öffentlichen Verkehr und im öffentlichen Raum bewegen können, ohne Hilfe von Dritten, die ja oft auch nicht so freudig abgewartet wird, zum Beispiel im Bus. Es ist also nicht ein Extra, kein Nice-to-have, es

betrifft ganz viele Menschen konkret in ihrem Alltag, dass sie sich hindernisfrei fortbewegen können oder eben nicht. Wir begrüssen auch ganz stark die bisherige und künftige enge Zusammenarbeit der Stadt Bern mit den Behindertenorganisationen wie zum Beispiel in der Planung der Projekte, aber auch in der Erstellung von Beurteilungskriterien und der Umsetzung. Wir werden dieser Vorlage also klar zustimmen.

1. Vizepräsidentin: Danke, Sara Schmid. Dann erteile ich Alex Feuz von der SVP das Wort.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ich möchte zuerst der Kommissionsprecherin danken für ihre Ausführungen. Die SVP bekämpft den Antrag nicht. Sie wissen, ich bin auch Mitglied der FIKO. Ich bin einzig der Meinung, wir sollten noch klar verankern – darum haben wir den Antrag gemacht –, dass man eben im Rahmen der gebotenen Güterabwägung hier auch überwiegende öffentliche Interessen soll berücksichtigen. Insbesondere soll in jedem Fall die Prüfung der Verhältnismässigkeit im Sinne von Artikel 11 B.AG vorgenommen werden und es sei in jedem Fall ebenfalls eine sinnvolle Variante auszuarbeiten und die in Artikel 16 B.AG vorgesehenen Normen seien einzuhalten. Wie gesagt, um was geht es uns? Für uns ist ganz klar, im Behindertengleichstellungsgesetz ist das so verankert, dass man hier Güterabwägungen macht und dass man die Verhältnismässigkeit prüft: Mir ist auch klar, bei Neubauten muss man das anders anschauen, da hat es andere Aspekte. Also es gibt gewisse Orte, wo man wirklich im Einzelfall schauen muss, Was für eine Lösung braucht es da und kann man allenfalls auch Kompromisse machen, völlig unbestritten. Darum haben wir auch auf Artikel 15, Vorschriften für technische Normen, hingewiesen, diese müssen selbstverständlich eingehalten werden. Wir wollen hier nicht den Behinderten den Zugang erschweren. Ich rufe euch eine Erinnerung: Ich bin dann frisch im Rat gewesen, als es um die Treppe hinunter in den Bärenpark gegangen ist. Die SVP hat das klar unterstützt, denn ich sage, gerade im öffentlichen Raum muss man den Behinderten diesen Zugang gewähren. Man muss hier keine Hindernisse schaffen, sondern man muss die Hindernisse abbauen. Ich habe mir auch erlaubt, heute Reto Zurbuchen und Marieke Kruit zu kontaktieren. Wenn sie dort in diesem Antrag gewisse Anpassungen vornehmen möchten, habe ich überhaupt kein Problem. Denken Sie daran, wir haben auch noch eine Volksabstimmung. Es ist ein hoher Kredit. Uns geht es darum, dass wir die Sachen hier drin haben und dass man die Verhältnismässigkeit klar geregelt hat. Ich bin der Meinung, wenn wir das so drin haben, dann dient das allen. Und im Sinne eines Kompromisses, wenn da von Seiten der Frau Gemeinderätinnen und Abänderungen kommen, da lassen wir mit uns lassen reden. Wie gesagt, wir sind für Behinderte, aber die Bestimmung des BAG, die ja auch so vorgesehen ist, hätten wir einfach gerne noch etwas stärker, im deklaratorischen Sinn, drin in der Vorlage.

1. Vizepräsidentin: Danke Alex. Dann hat Mirjam Arn für die GB-JA-Fraktion das Wort.

Mirjam Arn (GB) für die Fraktion: Menschenrechte könnte man anschauen als schriftlich festgehaltene Übereinstimmung von gesundem Menschenverstand. Also Menschenrechte sind zum Beispiel das Recht auf Freiheit, auf Leben, das Recht auf Bildung, das Recht auf Schutz vor jeglicher Form von Diskriminierung und das Recht auf Würde. 19 1/2 % aller Schweizerinnen und Schweizer haben eine Behinderung und 1/3 davon ist stark beeinträchtigt. Sie erleben täglich Einschränkung, sie erleben Abhängigkeit und Diskriminierung und es sollte selbstverständlich sein, dass alle Menschen ein möglichst selbstbestimmtes Leben leben können. Mobilität, Zugang zu Gebäuden,

Bildung, Möglichkeit zur Arbeit, selbstständiges Wohnen sind nur einige Beispiele. Seit 2004 ist das Beseitigen der Benachteiligung von Menschen mit Behinderung gesetzlich festgehalten. Wie schon Sara Schmid gesagt hat, ist die Frist zur Umsetzung Ende dieses Jahres abgelaufen. Als Gründe für das nicht Einhalten dieser Fristen werden das nicht Vorliegen von technischen Grundlagen, fehlende Ressourcen sowie mangelnde Zeitfenster für die Bautätigkeit genannt. Jetzt haben wir einen Teil der nötigen Ressourcen, um einen Teil der nötigen Massnahmen mit Verspätung durchzuführen und es ist gar keine Diskussion, dass das unglaublich wichtig ist und nur ein erster Schritt in Richtung Gleichstellung. Die GB-JA-Fraktion steht darum ganz hinter diesem Projekt.

1. Vizepräsidentin: Merci, Mirjam. Dann hat Thomas Hofstetter das Wort.

Thomas Hofstetter (FDP) für die Fraktion: Die FDP ist dafür. Die Argumente, die meine Vorrednerinnen genannt haben, gelten auch für die FDP. Wir finden auch, dass die Stadt einen konstruktiven, pragmatischen Vorschlag gemacht hat, wie man die gesetzlichen Vorgaben vom Bund umsetzt. Wir sind aber auch für den Antrag der SVP. Wir haben das Gefühl, eine Verhältnismässigkeit zu prüfen, macht Sinn.

1. Vizepräsidentin: Danke Thomas. Wenn es keine Fraktionsvoten mehr hat, können sich Einzelsprechende anmelden. Bernadette Häfliger für die SP-Juso-Fraktion.

Bernadette Häfliger (SP) für die Fraktion: Es ist bereits gesagt worden, fast 20% der Schweizer Bevölkerung lebt mit einer Beeinträchtigung. In den nächsten Jahrzehnten wird sich die Zahl der älteren und hochaltrigen Menschen verdoppeln. Die Menschen haben, wie wir alle, ein Recht, einen Anspruch auf ein autonomes Leben. Autonomie bedeutet eben gerade nicht, dass man in die Position des Bittstellers gedrängt werden soll. Autonomie bedeutet Selbstbestimmung, Selbstständigkeit, Unabhängigkeit und dass man nicht um Hilfe bitten muss. Ich finde, es ist sehr wohl Zeit, dass das Behindertengleichstellungsgesetz in der Stadt Bern endlich nicht nur im Minimum umgesetzt wird. Wenn die Stadt eine alters- und behindertenkonforme Infrastruktur zur Verfügung stellen und damit auch zukunftsfähig sein will, muss sie diese Investitionen jetzt machen. Wir haben letzte Woche relativ locker und fast einstimmig der Aufhübschung eines Bads in der gleichen Grössenordnung zugestimmt. Ich verstehe die Diskussion um die Verhältnismässigkeit nicht ganz.

1. Vizepräsidentin: Danke Bernadette Häfliger. Dann hat Michael Rufer das Wort.

Michael Ruefer (GLP) für die Fraktion: Weil es ja jetzt hier noch einmal zur Sprache gekommen ist, einerseits in der Form eines Antrags von der SVP und andererseits jetzt im Votum von Bernadette Häfliger: Ich glaube, das Kriterium der Verhältnismässigkeit ist eben genau das entscheidende Kriterium. Es ist eine gesetzliche Vorgabe, dass es eben die Erwägung gibt bei Haltekanten, die nicht so hoch frequentiert sind. Von diesen gibt es auch in der Stadt Bern zahlreiche. Es geht darum, dass man sich gut überlegt, ob man die massiven Eingriffe, die da zum Teil nötig sind – denn jede Haltekante ist sehr individuell – ob diese sich wirklich lohnen oder nicht. In einem hochsubventionierten Bereich wie dem öffentlichen Verkehr, finde ich, es ist selbstredend klar, dass man die Erwägung auch machen muss. Ich glaube, die Stadt Bern und das Tiefbauamt haben hier einen sehr guten und ausgewogenen Kompromiss gefunden mit der Auswahl dieser Anzahl Haltekanten.

1. Vizepräsidentin: Danke Michael. Ich sehe niemanden mehr, der oder die sich angemeldet hat. Dann hat Marieke Kruit für den Gemeinderat das Wort.

Marieke Kruit, Direktorin TVS: Die Bedürfnisse von Menschen mit einer Beeinträchtigung bei der Nutzung des öffentlichen Verkehrs verdienen wirklich eine sehr hohe Priorität. Mit dem Bundesgesetz über die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Beeinträchtigungen müssen alle öffentlich zugänglichen Einrichtungen des Verkehrssystems künftig barrierefrei sein. Die ÖV-Branche sowie die Kantone, Städte und Gemeinden haben sowohl bei den Fahrzeugen, als auch an den Haltestellen doch recht viel investiert und Massnahmen umgesetzt. Trotz dieses Engagements und vieler Fortschritte kann vor allem die Umsetzung im Bereich der ÖV-Halteketten nicht fristgerecht auf 2024 erreicht werden. Es braucht darum jetzt unbedingt einen zusätzlichen Effort. Wie es die Referentin schon gut ausgeführt hat, müssen noch 319 Halteketten barrierefrei umgestaltet werden. Ein Teil, nämlich 146, sind bereits geplant in den ordentlichen Sanierungen, wie zum Beispiel beim Tram Bern-Ostermundigen und anderen Projekten. Bei 94 Halteketten sind in absehbarer Zeit keine Sanierungen geplant und darum wollen wir das jetzt separat angehen. Wir machen eine Priorisierung. Die Priorisierung der ÖV-Haltestellen erfolgt nach ganz klaren Kriterien und zwar nach Frequenz, also Anzahl der Personen, die dort ein- und aussteigen, und nach Nähe zu Institutionen für ältere Menschen oder Leute mit einer Beeinträchtigung. Aber auch die Umsteigebeziehungen sind berücksichtigt worden. Selbstverständlich haben wir die Behindertenverbände bei dieser Priorisierung und bei der Entwicklung der konkreten Massnahmen einbezogen und sie über das Vorgehen informiert. Delegierte aus diesen Verbänden werden auch bei der Erarbeitung der einzelnen Projekte miteinbezogen. Ja, wir wollen vorwärtsmachen und darum kommen wir jetzt auch mit einem Rahmenkredit in der Höhe von 67'500'000 Franken. Wir werden aber in der PVS alle 2 Jahre, wie es schon gesagt worden ist, über diese Massnahmen und über die aktuellen Kosten Bericht erstatten. Pro Jahr werden wir so rund 10 Haltestellenketten zusätzlich umbauen können. Mehr ist auch aus Gründen der Netz-verträglichkeit nicht realistisch. Der Gemeinderat bittet euch denn auch, dem Rahmenkredit zuhanden des Stimmvolks zuzustimmen.

Jetzt noch kurz zum Antrag, der heute reingekommen ist: Jedes städtische Infrastrukturprojekt muss unter den Vorgaben der Verhältnismässigkeit geplant und umgesetzt werden. Wir haben ja eine Verpflichtung gegenüber den Steuerzahlenden. Insofern rennt der Antragsteller eigentlich offene Türen ein. Auch dass die einschlägigen Normen gemäss Artikel 15 BehiG angewendet werden müssen, versteht sich von selber, sonst wäre so ein Projekt nämlich gar nicht bewilligungsfähig. Und einfach noch eine kurze Präzisierung: Der Antragsteller bringt zudem ein, dass keine Anpassung notwendig ist, wenn der Aufwand für die Anpassung 5% des Gebäudeversicherungswerts beziehungsweise des Neuwerts der Anlage oder 20 % der Erneuerungskosten übersteigt. Diese Bestimmung gilt eben nicht für öffentlich zugängliche Einrichtungen des öffentlichen Verkehrs, dazu gehören natürlich auch die ÖV-Haltestellen. Somit gibt es hier wirklich weniger Möglichkeiten, zu Recht aus meiner Sicht, aus Gründen der Verhältnismässigkeit auf eine hindernisfreie Umgestaltung zu verzichten, als bei anderen Bauten.

1. Vizepräsidentin: Danke vielmals Marieke. Wir kommen zu den Abstimmungen. Es ist ein Antrag eingegangen, ihr findet ihn auf der Liste auf Seite 2 und 3, von der SVP.

Wir werden zuerst über diesen Antrag abstimmen, dann über den Antrag des Gemeinderats und am Schluss noch über die Abstimmungsbotschaft. Wer den Antrag der SVP annehmen will, drückt Ja, wer ihn ablehnt, Nein und wer sich enthält, enthalten.

Antrag

1 SVP

Bei der Projektierung und Realisierung der einzelnen Projekte seien im Rahmen der gebotenen Güterabwägung auch wichtige überwiegende öffentliche Interessen gebührend zu berücksichtigen; insbesondere ist in jedem Fall eine Prüfung der Verhältnismässigkeit im Sinne von Art. 11 BehiG vorzunehmen und es sei eine im Einzelfall für das konkrete Projekt Stadt sinnvolle Variante auszuarbeiten; die in Art. 16 BehiG vorgesehenen Normen sind einzuhalten.

Abstimmung

2013.GR.000305: Antrag 1		
Ablehnung		
Ja	10	
Nein	51	
Enthalten	3	Namensliste 010

1. Vizepräsidentin: Der Antrag ist abgelehnt. Dann kommen wir zum Antrag des Gemeinderats. Wir stimmen ab.

Abstimmung

2013.GR.000305		
Annahme		
Ja	62	
Nein	0	
Enthalten	1	Namensliste 011

1. Vizepräsidentin: Der Antrag ist angenommen. Wir stimmen noch ab über die Abstimmungsbotschaft.

Abstimmung

2013.GR.000305: Botschaft		
Annahme		
Ja	62	
Nein	0	
Enthalten	1	Namensliste 012

1. Vizepräsidentin: Auch die Abstimmungsbotschaft ist angenommen. Wir kommen zu Traktandum 3.

2023.FPI.000004

3 Erwerb Liegenschaftsportfolio des Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung; Liegenschaften am Wildhainweg in Bern (Abstimmungsbotschaft)

1. Vizepräsidentin: Es geht wieder um eine Abstimmung und zwar um die Liegenschaften am Wildhainweg in Bern. Ich erteile der Kommission das Wort. Für die RWSU-Kommission kommt Anna Leissing – nein, Bernadette Häfliger.

Bernadette Häfliger (SP) für die Kommission: Anna ist krank, deswegen verlese ich ihr Kommissionsreferat. Die RWSU hat das vorliegende Geschäft am 30. Oktober 2023 behandelt und empfiehlt es dem Stadtrat mit einem Stimmverhältnis von 8 zu 2 zu 0 zur Annahme. Es geht um den Erwerb des Liegenschaftsportfolios des Schweizerischen Nationalfonds (SNF) zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung am Wildhainweg in Bern. In der Medienmitteilung vom 2. November betont die RWSU, dass sie den Erwerb von mehreren Liegenschaften am Wildhainweg in der Länggasse zu einem Gesamtpreis von maximal 33'900'000 Franken begrüsst, weil sich die Stadt damit Grundeigentum an bester Lage sichert. Die 4 betreffenden Gebäude beziehungsweise Gebäudekomplexe und Gebäudeteile gehören heute teils vollständig, andere teilweise, dem SNF und werden als Büro genutzt. Der SNF plant, seine Büroräumlichkeiten in einen Neubau im Wankdorf City zu verlegen und hat dazu im Jahr 2018 mit der Stadt Bern eine Reservationsvereinbarung abgeschlossen. Teil der Reservationsvereinbarung war, dass sich der Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik ein Kaufrecht für die 4 Liegenschaften im Gesamtpaket gesichert hat. Im April 2023 ist dann ein Kaufvertrag mit nachfolgender Vereinbarung unterzeichnet worden. Eine Kaufpflicht: Die Stadt Bern verpflichtet sich, die Liegenschaften zu kaufen und bis zum 31. März 2024 die dafür notwendige Zustimmung einzuholen, in diesem Fall die Annahme durch die Stimmberechtigten der Stadt Bern. Das Kaufrecht: Der Fonds hat während 10 Jahren das Kaufrecht für die Liegenschaften. Zeitpunkt: Der Kauf und damit die Übernahme von Nutzen und Gefahr erfolgen erst nach dem Umzug des NSNF in die Büroräumlichkeiten, voraussichtlich 2026. Der Kaufpreis von 31'300'000 entspricht dem Marktwert, der im Jahr 2022 von der Immobilienfirma Wüst und Partner geschätzt worden ist. Die Firma ist gemeinsam zwischen NSF und der Stadt Bern ausgewählt und anhand des Highest and Best Use hergeleitet worden. Das bedeutet, dass der Marktwert ausschlaggebend ist, der sich aus der bestmöglichen Nutzungsvariante eines unabhängigen Dritten ergibt. Die bestmögliche Nutzungsvariante besteht im konkreten Fall in der Umnutzung von Liegenschaften zu Wohnraum, weshalb der Marktwert für alle Liegenschaften auf der Nutzungsvariante Wohnen bestimmt worden ist. Zusätzlich zum Kaufpreis beinhaltet den Vertrag zusätzliche Kosten, namentlich die maximale Kaufpreisindexierung von 2'160'000 Franken, die Anteile an den Erneuerungsfonds in der Höhe von 360'000 sowie Notariats- und Grundbuchgebühren in der Höhe von 30'000 Franken. Daraus ergibt sich der Gesamtkredit von 33'900'000 Franken, der in der vorliegenden Vorlage der Stimmbevölkerung beantragt wird. Gewinnbeteiligung: Sollte die Stadt Bern die erworbenen Liegenschaften innerhalb von 10 Jahren nach dem Kauf mit Gewinn weiterverkaufen oder im Baurecht an Dritte abgeben, ist der Gewinn abzüglich der Kosten für die Vermittlung, den Verkauf und die Steigerung des Werts hälftig mit dem SNF zu teilen.

Nebst den technischen Daten hat die RWSU auch diskutiert, wieso der Erwerb dieser Liegenschaft für die Stadt Bern von Interesse ist. Mit dem Kauf der Liegenschaften am

Wildhainweg eröffnet sich die Stadt Bern die Möglichkeit, sich Grundeigentum an zentraler Lage zu sichern und die Liegenschaften in der Länggasse in der Spekulation zu entziehen. Die zu zum Verkauf stehenden Liegenschaften befinden sich in einer Wohnzone, rund 300 Meter vom Zentrum und vom Stadtbach-Quartier entfernt, in der Nähe des Hauptbahnhofs, in der Nähe von Kindergärten und Schulen, in der Nähe von Einkaufsläden. Der Bremgartenwald ist auch nicht weit und die Liegenschaften sind sehr gut mit dem ÖV erschlossen. Der Kauf bietet somit Handlungsspielraum für verschiedene Nutzungsarten. Je nach Liegenschaft ist eine Umnutzung zu Wohnraum, die Schaffung von Schulraum oder die Beibehaltung von Büroräumlichkeiten möglich. Auch weitere Nutzungsarten sind denkbar. Das Potenzial für eine Umnutzung zu Wohnraum wird mit der Machbarkeitsstudie der Rykart Architekten AG dargelegt. Einige der Liegenschaften eignen sich sehr gut und könnten ohne grösseren Aufwand umgenutzt werden. Bei anderen ist die Nutzung als Wohnraum entweder durch den Zustand der Liegenschaft, durch die aktuellen Eigentumsverhältnisse, Stockwerkeigentum oder auch aus denkmalpflegerischen Überlegungen stärker eingeschränkt. Möglich ist eine zumindest teilweise Wohnnutzung aber bei allen zum Verkauf stehenden Liegenschaften. Ob und wie das dann sinnvoll ist, wird zu gegebener Zeit eruiert werden. Weil die Verwendung und die Nutzung der Liegenschaften nach dem Kauf noch nicht bestimmt sind, erfüllt das Geschäft die Kriterien für den Kauf unter dem Rahmenkredit des Fonds nicht. Es wird deshalb ein separater Verpflichtungskredit von 33'900'000 benötigt und der Berner Stimmbevölkerung zur Abstimmung vorgelegt. Auch die Abstimmungsbotschaft liegt uns vor und ist von der Kommission diskutiert worden. Sie erfüllt aus Sicht der RWSU sämtliche Kriterien informiert sachlich und verständlich über das Geschäft und beinhaltet alle wichtigen Informationen. Gleichzeitig kann davon ausgegangen werden, dass Grundeigentum an dieser hochwertigen Lage den Wert mindestens erhält und wohl noch steigern wird. Auch das ist in der Abstimmungsbotschaft so enthalten. Schliesslich ist noch die Frage aufgekommen, ob sich die Stadt einen solchen Kauf im Moment überhaupt leisten kann. Daraufhin ist betont worden, dass es sich um eine Investition des Fonds für Wohnbau- und Bodenpolitik handelt, der finanziell gut aufgestellt ist, und dass das Geld einem realen Gegenwert gegenübersteht und für einen realen Gegenwert investiert wird, nämlich für Grundeigentum im Zentrum der Stadt Bern, das wie gesagt seinen Wert wahrscheinlich tendenziell noch steigern wird. Die Kommission hat dem Gemeinderat ausdrücklich für die vorausschauende Planung gedankt. Diese vorausschauende Planung hat überhaupt ermöglicht, dass das Geschäft zustande gekommen ist. Die Kommission empfiehlt dem Stadtrat die Vorlage mit 8 ja 2 nein und 0 Enthaltungen.

1. Vizepräsidentin: Danke Bernadette. Wir kommen jetzt zu den Fraktionsvoten. Für die SVP Janosch Weyermann.

Janosch Weyermann (SVP) für die Fraktion: Grundsätzlich kann festgehalten werden, dass die Lage dieser Liegenschaften gut ist. 400 bis 500 Meter Distanz zum Berner HB sprechen für sich. Damit hat sich es aber schon. Bei sämtlichen Liegenschaften handelt es sich, wie die Kommissionssprecherin gesagt hat, nämlich um Bürogebäude, die heute auch ausschliesslich für diesen Zweck genutzt werden. Dieser Umstand führt dazu, dass für den Erwerb eben nicht einfach Geld aus dem Fonds genommen werden kann, sondern jetzt ein entsprechender Kredit beantragt werden muss, weil das Geld aus dem Fonds grundsätzlich eben für Wohnraum reserviert ist. Man darf sich also schon einmal zu Recht fragen, warum die Stadt derart viele Büroflächen erwerben will oder warum sie das sollte, wo doch beispielsweise die stadteigenen Büroflächen im

Beer-Haus in Bethlehem seit Monaten leer stehen. Dort reden wir von 1'500 m², es scheint sich kein Mieter zu finden. Es ist zudem ein Fakt, dass seit der Covidpandemie viel weniger Büroflächen genutzt werden als früher und der Trend hin zum Homeoffice ja noch weiterhin steigen wird. Es kann also davon ausgegangen werden, dass die Stadt nach dem erfolgten Kauf auf einem Grossteil dieser Büroflächen sitzen bleiben wird. Sollten die Liegenschaften jedoch später zu Wohnraum umgenutzt werden, respektive umgebaut, sieht das natürlich schon ein bisschen anders aus. Wohnraum an einer so zentralen Lage wird immer gefragt sein, das ist so. Doch bei einigen dieser zu erwerbenden Liegenschaften handelt es sich um Stockwerkeinheiten, eine künftige Umnutzung zu Wohnraum bedarf also der Zustimmung aller Stockwerkeigentümer oder einer Mehrheit, exgü. Wer jemals an einer Stockwerkeigentümersammlung gewesen ist, Weiss, was das heisst: Das Gestürm ist schon vorprogrammiert. Doch das ist nicht alles. Wollte man dereinst tatsächlich einmal so eine Liegenschaft zu Wohnzwecken umnutzen, ist locker mit Investitionskosten zu rechnen in der Höhe des Kaufpreises dieser Liegenschaften. Eines dieser Gebäude müsste gar von Grund auf neu aufgebaut werden, da es die heutigen Voraussetzungen der Erdbebensicherheit offenbar nicht mehr erfüllt. Ich zitiere hier gerne auch den Stadtratsvortrag, in dem es heisst: "Die einer Büronutzung dienende Liegenschaft ist als Stahlbau konzipiert und statisch minimal bis ungenügend ausgelegt. Zudem weist der Stahlbau keine Brandschutzverkleidungen auf und die Erdbebentüchtigkeit würde zusätzliche Aussteifungen erfordern. Die Tragestruktur ist für eine Umnutzung zu Wohnzwecken wie auch für die Weiterführung als Büronutzung ungeeignet." Also es kommt mir fast vor, als es wäre die Ruine Grasburg in einem besseren Zustand als diese Liegenschaft hier, und ich frage mich schon, was man denn hier kauft, wenn es nicht mehr ist als einfach teures Bauland. Ob die Stadt respektive der Fonds dereinst über entsprechende finanzielle Mittel verfügen wird, um dann dort diese Investitionen zu tragen oder, ja, das einfach investieren zu können, ist die andere Frage.

Aber ich gehe gerne noch auf ein paar weitere Punkte ein, die gegen diesen Kauf sprechen. Ein weiteres Gebäude ist nämlich von der Denkmalpflege als erhaltenswert eingestuft. Wie ihr alle wisst, machen solche Einstufungen Umnutzungen immer enorm kompliziert und vor allem sehr kostspielig. Die Liegenschaften lassen sich gemäss dieser Machbarkeitsstudie zwar zu Wohnzwecken umnutzen, auf die Erstellung von Balkonen müsste aufgrund der Denkmalpflege aber ganz klar verzichtet werden. Ja, aber wer will denn bitteschön dort wohnen, ohne Balkone heutzutage? Es tut mir leid. Ein weiteres Gebäude könnte gemäss dieser Machbarkeitsstudie zudem Platz für 21 einzeln vermietbare Zimmer bieten, mit einer Gemeinschaftsküche und pro 2 Zimmer ein Bad. Also für mich tönt das nach nichts anderem als Business Apartments. Ich glaube, das ist nicht das, was ihr wollt, und es entspricht auch nicht der Stadtberner Wohnbaupolitik und vor allem nicht dem Verwendungszweck von Fondsgeldern. Bei der anderen Liegenschaft könnten gemäss der Machbarkeitsstudie mehrere zweigeschossige Wohnateliers mit bis zu 160 m² realisiert werden. Auch das klingt für mich eher nach einer Luxuswohnung und nicht nach einer Familienwohnung für eine Familie mit geringem Einkommen. Ihr merkt, da sind noch viele Fragen offen, was mit diesen Liegenschaften dereinst passieren soll und zum jetzigen Zeitpunkt ist es schlichtweg nichts anderes als Kaffeesatzlesen. Der Gemeinderat scheint ja selber nicht zu wissen, was er mit diesen Liegenschaften anfangen will. Ich werde den Verdacht einfach nicht los, dass die Stadt einfach nicht nein sagen kann, wenn ihr Liegenschaften zum Kauf angeboten werden. Es kommt mir ein bisschen vor wie die Kindergeschichte von der kleinen Raupe Nimmersatt, die einfach nie genug bekommt. Ich erlaube mir hier schon noch die Frage, ob die Stadt mit diesem Kauf und diesen vielen offenen Fragen nicht

selbst zur Spekulantin wird – etwas, das ihr eigentlich immer verhindern wollt. Darum machen wir es kurz: Die SVP wird das Geschäft einstimmig ablehnen.

1. Vizepräsidentin: Danke Janosch. Dann hat Simone Richner das Wort.

Simone Richner (FDP) für die Fraktion: Janosch, du hast uns wunderbar die Details aufgezeigt. Wir verzichten darum darauf, dort noch einmal näher darauf einzugehen. Es ist in der Tat sehr fragwürdig, dieses Geschäft. Ich habe probiert, das Ganze ein bisschen anhand eines Weihnachtsmarktes zu visualisieren. Stellt euch einfach vor, es wäre ein Weihnachtsmarkt, überall glänzen die Lichter, verlockende Angebote, die Augen strahlen, man lässt sich verzaubern, das Kaufverhalten wird impulsiver, angezogen von den glitzernden Fassaden – ohne wirklich zu überlegen, ob das, was wir jetzt kaufen, von echtem Wert und Nutzen ist. Genau das passiert, hat man jedenfalls das Gefühl, gerade mit unserem Finanzdirektor betreffend diesen geplanten Kauf der Liegenschaften am Wildhainweg für 33'890'000 Franken. In der festlichen Stimmung des Markts vergisst man manchmal schnell, dass der wahre Wert eines Geschenks nicht im Glanz der Verpackung liegt, sondern in seiner Bedeutung und seinem Nutzen. Ähnlich ist es mit diesem Immobiliengeschäft. Wir werden von der glänzenden Aussicht, Grundeigentum in bester Lage zu sichern, geblendet, übersehen dabei aber die fehlende Klarheit über die fehlende Verwendung und den wahren Wert dieser Liegenschaft. Der Kauf wird zulasten der Buchhaltung des Fonds gehen, der wirtschaftlich gar nicht gut aufgestellt ist. Wir gehen also eine Verpflichtung ein, ohne eine klare Strategie zu haben für die Nutzung dieser Liegenschaft. Das ist, als würde man auf einer Weihnachtseinkaufstour blindlings Geschenke kaufen, ohne ihre Kosten zu berücksichtigen. Auch der strategische Nutzen dieses Kaufes bleibt nebulös. Ja, es gibt ein Potenzial für Wohnraum und andere Nutzungen, aber gerade diese Möglichkeiten sind derzeit nicht mehr als gute Absichten, zumal ein Gebäude noch unter Denkmalpflege steht. Es kommt mir vor, als würde man das Weihnachtsgeschenk aufgrund von Versprechungen kaufen, ohne zu wissen, ob diese Versprechungen jemals eingelöst werden können. Wir dürfen uns also nicht von den glänzenden Verlockungen, von der kurzfristigen Gelegenheit blenden lassen. Wenn der Weihnachtsmarkt seine Pforten schliesst und der Glanz nach und nach verblasst, müssen wir uns auf das Wesentliche besinnen, nämlich auf verantwortungsvolle, wohl überlegte Entscheidungen, die die langfristige finanzielle Stabilität unserer Stadt gewährleisten. Die FDP JF-Fraktion wird das Geschäft ablehnen.

1. Vizepräsidentin: Danke Simone. Dann hat Sibyl Eigenmann das Wort.

Sibyl Eigenmann (Mitte) für die Fraktion: Zwischen dem leicht ineffizienten Interpellationsreigen von heute Abend ist das Geschäft Wildhainweg sicherlich das interessanteste. Ich muss den Rat und insbesondere die Medien aber gerade zu Beginn enttäuschen. Die Mitte wird nicht in den nächsten bürgerlichen Angriff, wie es die BZ beschrieben hat, miteinsteigen. Wir werden den Kauf unterstützen. Die Ausgangslage des Geschäfts Wildhainweg unterscheidet sich nach Ansicht der Mitte von der Ausgangslage beim teuersten Spielplatz der Welt, über den wir kürzlich abgestimmt haben. Ein millionenteurer Kauf eines Parkplatzes, bei dem die Stadt erst nach Ergreifen des Referendums an den Konditionen geschraubt hat und den Preis gesenkt hat, bei dem es einmal geheissen hat, es gibt einen Spielplatz, nachher wieder Wohnraum, nachher wieder einen Spielplatz, und bei dem Informationen teils verheimlicht beziehungsweise nicht

korrekt kommuniziert worden sind. Gutgläubig, wie wir sind, gehen wir jetzt einmal davon aus, dass bei diesem Geschäft Wildhainweg all das nicht der Fall sein wird, sondern dass es mit korrekten Dingen zu und her geht. Ja, es geht um viel Geld, aber es geht auch um 6 bestehende Immobilien an bester Lage. Und auch wenn die Stadt nicht sagen kann, was sie mit diesen 6 Immobilien machen will, Büros, Schulraum oder Wohnraum, ist es tatsächlich eine einmalige Gelegenheit, an zentraler Lage. Für uns zieht auch das Argument nicht, dass die Stadt nicht einfach auf Vorrat kaufen kann. Wir haben in diesem Saal genug oft über knappen Schulraum geredet, um zu wissen, dass genau dann, wenn man etwas braucht, eben nichts auf dem Markt ist. Darum: besser vorsorgen als später sorgen.

Und jetzt möchte ich noch ein Wort loswerden zu all diesen Kommentarschreibern in den Medien und anderen falschen Anschuldigungen, nach deren Ansicht alle bürgerlichen Parteien nur aus Immobilienspekulanten bestehen. Ich besitze weder eine Immobilie noch spekuliere ich mit irgendetwas, und so geht es auch der restlichen Fraktion. Unsere Partei hat kein Spekulationsinteresse und arbeitet auch nicht darauf hin, irgendwelche Grund- und Immobilienpreise in den Himmel hinauf zu treiben. Das ist völlig absurd. Im Gegenteil, ich finde es sogar gut in diesem vorliegenden Fall, dass die Stadt mit dem Kauf Spekulationen verhindern kann. Unsere Fraktion versteht es allerdings als ihr Auftrag, ein Geschäft der Exekutive kritisch zu hinterfragen und einmal nicht in den Deal einzuschlagen, wenn die Konditionen dafür nicht stimmen. Und bei der vorherrschenden Finanzlage sind wir als Parlament umso mehr gefordert und umso mehr in der Verantwortung, auch wenn Gemeinderat Aebersold nachher in seinem Votum gerade wieder darauf hinweisen wird, dass es nicht um Steuergelder geht, sondern um den Fonds, wollen wir als Fraktion darauf hinarbeiten, dass auch der Fonds rentabel bleibt. Der Fonds – bestes Beispiel ist momentan das Gaswerkareal, das momentan für die Bevölkerung zur Ansicht aufliegt, Wohnungen an bester Lage mit Aussicht auf das Grüne beziehungsweise auf das Blaue. Das wäre für einmal eine Möglichkeit, einen winzigen Anteil der vielen geplanten Wohnungen in einem hohen Segment zu realisieren, um wieder einmal potente Steuerzahlende anzuziehen und so die Stadtkasse aufzubessern und den Fonds rentabler zu machen. Ich betone noch einmal: Auch den Fonds muss langfristig rentabel bleiben. Beim Geschäft Wildhainweg sehen wir als Fraktion der Mitte die Vorteile klar auf der Seite der Stadt und sagen darum Ja.

1. Vizepräsidentin: Danke, Sibyl. Das Wort hat Michael Ruefer.

Michael Ruefer (GLP) für die Fraktion: Wir haben jetzt gerade ein Votum gehört, gespickt von "ja, aber" und "wir gehen davon aus, dass der Gemeinderat das schon so machen wird". Man hat gesagt "wir sind jetzt da gutgläubig". – Ich würde sagen, es ist nicht gutgläubig, sondern naiv. Warum kommen wir zu diesem Schluss? Wir haben es gehört im Votum vom Janosch Weyermann vorher: Das Geschäft ist gespickt voller Widersprüche. Man kann überhaupt keine rote Linie erkennen, keine Strategie, warum man als Stadt jetzt ausgerechnet diese Liegenschaften aufkaufen muss. Aus diesem Goldhügel am Stadtbach droht innert Kürze ein Fass ohne Boden zu werden, denn die Umnutzungsmöglichkeiten sind schon in den Marktpreis, in den Kaufpreis eingeflossen. An diesen Umnutzungsmöglichkeiten wird das Projekt – das Päckchen diesen Liegenschaften des schweizerischen Nationalfonds – am Schluss gemessen und dort ist der grosse Haken, wie es Janosch schon im Detail ausgeführt hat. Man weiss nicht genau, was die Optionen sind. Man beruft sich auf eine Machbarkeitsstudie ohne jeglichen Detaillierungsgrad. Denkmalsvorschriften, fehlende Statik, etcetera, etcetera. Die Möglichkeiten, ob man solche Liegenschaften überhaupt je als Wohnraum nutzen kann, die

stehen total offen und sie sind nicht beantwortet. Ich sage noch etwas zur finanziellen Lage des Fonds. Es ist gesagt worden im Kommissionsvotum, dem Fonds gehe es gut, man könne sich jetzt einen solchen zusätzlichen Verpflichtungskredit weiterhin leisten. Der Fonds hat aber im Gegensatz zu vor ein paar Jahren nicht mehr so viel Eigenkapital. Das heisst, ein neuer Verpflichtungskredit wird auch und zu einem grossen Teil über Schulden finanziert. Ich bitte Finanzdirektor Michael Aebersold, schnell aufzuzeigen, wenn das möglich ist in dieser kurzen Zeit, wie dieser Verpflichtungskredit jetzt finanziert werden soll. Aus dem Vortrag wird das nämlich nicht klar. Wir haben seit 2019 einen Rahmenkredit zum Erwerb von Liegenschaften für Wohnungen, aber eben genau über diesen Rahmenkredit kann dieser Erwerb von Liegenschaften nicht abgewickelt werden, weil die Umnutzungen sehr, sehr unklar sind. An dem mangelt es genau in diesem Geschäft, an Klarheit, und wir können als Partei und als GLP- JGLP-Fraktion, die wir schon gegen den Rahmenkredit gewesen sind, selbstverständlich dem Geschäft in dieser Form nicht zustimmen.

1. Vizepräsidentin: Merci Michael. Das Wort hat Lukas Gutzwiller.

Lukas Gutzwiller (GFL) für die Fraktion: Man kann feststellen, dass die Mitte dieses Parlaments heute Abend nicht einig ist. Ich rede jetzt für die Mitte von RGM, und zwar wird die GFL/EVP-Fraktion dem Geschäft zustimmen. Man darf sich aber sehr wohl ein paar kritische Gedanken machen. In den 80er- und 90er-Jahren hat die Stadt bekanntlich ein grosses finanzielles Defizit gehabt, ein grosses Loch. Wir haben dann Altlasten abbauen müssen ab dem Jahr 2000 und damals, in den 80er- und 90er-Jahren ist die Stadt gezwungen gewesen, Tafelsilber zu verscherbeln, um die Schulden abzubauen. Unter diesem Tafelsilber hat es auch Schulraum gehabt, den man dem Kanton verkauft hat und der heute bekanntlich fehlt. Darum ist es sicher keine schlechte Idee, dass man den Zustand von damals heute korrigiert und probiert, vorausschauend neuen Raum, also neue Immobilien dazu zu kaufen als Reserve. Ich kann auch sagen, es ist eine relativ einzigartige Gelegenheit, dieser Kauf. In meinen mehr als 13 Jahren als Stadtrat ist es das erste Mal, dass wir so ein Geschäft überhaupt sehen. Trotzdem darf man sich 2 kritische Fragen stellen. Die eine hat auch Janosch Weyermann schon erwähnt und das ist auch ein bisschen der Grundtenor dessen, was bis jetzt gesagt worden ist. Es gibt bis jetzt keine konkreten Anhaltspunkte zur zukünftigen Nutzung. Die hätte der Gemeinderat definitiv konkreter darstellen können. Es wird einzig die Machbarkeitsstudie erwähnt, die alle Gebäude analysiert hat. Da gibt es schon Fragezeichen, zum Beispiel das aus den Siebzigerjahren stammende Bürogebäude mit der markanten Fassade, das erhaltenswert ist gemäss Denkmalschutz, es ist also nicht schützenswert, sondern einfach erhaltenswert. Aber wenn man jetzt dort Wohnungen reinton will, dann wird es sehr schwierig sein, an dieser Fassade noch Balkone anzubauen, und das wird definitiv einen Zielkonflikt geben, den die Stadt irgendwann angehen muss. Wir sind gespannt, wie sie mit diesem Zielkonflikt umgehen wird.

1. Vizepräsidentin: Danke Lukas. Als nächstes kommt Katharina Gallizzi.

Katharina Gallizzi (GB) für die Fraktion: Auch ich halte das Votum für Anna Leissing, die krank ist und uns zuhört. Liebe Anna, ich hoffe, ich halte das Votum so wie du es gedacht hast. Die GB/JA-Fraktion begrüsst den Erwerb der Liegenschaften am Wildhainweg ausdrücklich. Es ist zentral, dass sich die Stadt Grundeigentum sichert und zwar insbesondere in Stadtteilen wie in der Länggasse, wo die explodierenden Miet-

preise und Quadratmeterpreise besonders hoch sind. Gerade dort muss die Stadt regulierend eingreifen und der Boden- und Immobilienspekulation Einhalt gebieten. Aber die Stadt muss auch allgemein vorwärts machen mit einer aktiven Boden- und Liegenschaftspolitik. Wir alle wissen, es hat Zeiten gegeben, in welchen die Stadt viel zu viel Immobilien und Boden verscherbelt hat und somit dem Spekulationsmarkt übergeben hat. Das muss korrigiert werden und mit diesem Geschäft können wir einen weiteren Schritt in die richtige Richtung machen. Nur so kann die Stadt Wohnraum für alle, auch für wenig Verdienende, schaffen, ein erklärtes Ziel der Wohnstrategie der Stadt Bern. Dieses Ziel gewinnt mit Blick auf die aktuelle Mietzinskrise noch mehr an Bedeutung und auch wenn wir hoffen, dass sich die Lage auf dem Immobilienmarkt bis zum tatsächlichen Kauf der Liegenschaften am Wildhainweg beruhigt haben wird, ist davon auszugehen, dass Stadtteile wie die Länggasse weiterhin mit Wohnungsnot und absurd hohen Mietzinsen und entsprechenden Verdrängungen von wenig Verdienenden zu kämpfen haben wird. Dem etwas entgegensetzen ist das erklärte Ziel des Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik. Dieses Ziel wird auch von der Stimmbevölkerung der Stadt Bern mitgetragen. Wie wir bei der Abstimmung über den Rahmenkredit zur Schaffung von Wohnraum im Jahr 2019 und bei dessen Erhöhung 2021 sehen konnten. Der einzige Grund, warum der Kauf der 4 Liegenschaften – und das haben wir jetzt schon ein paarmal gehört – am Wildhainweg nicht über diesen Rahmenkredit abgewickelt werden kann, ist die Tatsache, dass Stand heute noch nicht ganz klar ist, was man mit diesen Liegenschaften dann machen will.

An dieser Stelle wollen wir von der GB/JA-Fraktion schon bereits heute sagen, dass wir uns dafür aussprechen, dass die Liegenschaften am Wildhainweg wenn möglich in Wohnraum und insbesondere in günstigen Wohnraum umgenutzt werden. Die entsprechende Vorstudie zeigt das Potenzial auf, auch wenn Michael Rufer an dieser Studie zweifelt. Wie wir später noch hören werden, ist die Stadt punkto günstigem Wohnraum überhaupt nicht auf Kurs. Ihr selbst erklärtes Ziel von 1000 GüWR-Wohnungen wird sie nur erreichen, wenn sie in allen Bereichen vorwärts macht: bei der Erschaffung von günstigem Wohnraum, bei Neubauten und bei der Einforderung von GüWR-Wohnungen in den Baurechtsverträgen an Dritte und eben beim Kauf von Liegenschaften. Damit ist der Kauf am Wildhainweg ein weiterer Puzzlestein hin zu einer Stadt, in der alle eine bezahlbare Wohnung finden, indem die Stadt als Grundeigentümerin sich einen Teil in einem sehr begehrten Stadtteil sichert. Wir wollen hier auch noch sagen, dass es natürlich – und das hat die Mitte vorher auch gesagt – auch gut ist, wenn man jetzt nicht alles in Wohnraum umnutzt und zum Beispiel die Häuser als Schulraum brauchen kann. Auch da wissen wir, dass es sehr schwierig ist, Immobilien zu finden. Wenn man schon einmal die Möglichkeit hat, Immobilien zu kaufen, dann ist das nicht einfach nur Weihnachtsmarkt, sondern dann ist das wirklich etwas, das wichtig ist und das man auch machen sollte. Vor diesem Hintergrund ist es für uns sehr unverständlich, dass die einen bürgerlichen Parteien, eben nicht ganz alle, sondern nur ein Teil davon, sich jetzt gegen den Kauf dieser Liegenschaften aussprechen. Es handelt sich um eine sichere Investition des Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik, der finanziell gut aufgestellt ist. Es wird in einen realen Gegenwert investiert, der sich mit grosser Wahrscheinlichkeit in den nächsten Jahren noch steigern wird. Und es ist ein Geschäft, das der Wohnungsnot, den steigenden Mietzinsen und der Verdrängung in dieser Stadt etwas entgegensetzen kann. Doch der GLP und der SVP und der FDP ist das hier offensichtlich ein bisschen egal. Hauptsache, sich wieder einmal gegen die Stadt zusammensetzen und in das langsam ein bisschen abgedroschene Horn der Sparpolitik zu blasen. Naja, leider ist offenbar nicht viel mehr zu erwarten gewesen. Die GB-JA-Fraktion wird sowohl dem Geschäft wie auch der Abstimmungsbotschaft zustimmen.

1. Vizepräsidentin: Danke, Katharina. Dann hat Lena Allenspach von der SP-JUSO-Fraktion das Wort.

Lena Allenspach (SP) für die Fraktion: Wir befinden heute darüber, ob die Stadt Grundstück erwerben soll und die Liegenschaften der Spekulation entziehen. Ein Kauf zum Marktpreis von Liegenschaften an einer hervorragenden Lage in der Wohnzone. Es ist eine sehr gute Gelegenheit, die die Stadt unbedingt nutzen soll, und ein gelungenes Beispiel für eine aktive Bodenpolitik gemäss Wohnstrategie, die auch Dritte in die Pflicht nimmt, zu den wohnpolitischen Zielsetzungen der Stadt beizutragen. Das Geschäft zeigt auch, dass die Stadt gut verhandelt hat: Im Gegenzug zum Baufeld im Wankdorf kann sie die Liegenschaften in der Länggasse erwerben. Warum sind die aktive Bodenpolitik und das Geschäft, über das wir heute befinden, für die Menschen in dieser Stadt zentral? Die Mieten in der Schweiz steigen seit 16 Jahren an und das, obschon sie aufgrund der Zinse zumindest bis 2022 hätten sinken müssen. Das hat massgebliche Auswirkungen auf die Kaufkraft der Menschen. Die Miete stellt den grössten Posten im Haushaltsbudget der meisten Menschen dar. Die Situation verschärft sich jetzt noch zusätzlich durch die Erhöhung des Referenzzinssatzes. Damit aber noch nicht genug: Gerade einmal die Hälfte der Mieter*innen in der Schweiz haben in den letzten Jahren eine Mietzinsreduktion erhalten, das, wie gesagt, obschon die Vermieter*innen die sinkenden Zinssätze eigentlich hätten weitergeben müssen. Die Mieten sind sogar noch erhöht worden, wenn beispielsweise die Mieter*innen gewechselt haben. Faktisch ist damit eine Marktmiete eingeführt worden, ohne dass man das im Mietrecht niedergeschrieben hat. Im Sinne einer Boden- und Wohnbaupolitik, die den Menschen in dieser Stadt eine bezahlbare Wohnung ermöglicht, ist es wichtig, mehr Boden der Spekulation zu entziehen. Gleichzeitig ist dieser Kauf aber auch eine vorausschauende und sichere Investition für die Stadt. Der Wert wird mindestens gehalten und ich wage zu behaupten, dass er steigen wird. Das finanzpolitische Argument zieht bei diesem Geschäft daher nicht, auch wenn man probiert, das Sparschweinchen bei allen möglichen Themen auf das Plakat zu drucken. Es geht hier um die zentrale politische Frage, ob die Stadt Boden und Liegenschaften erwerben soll oder nicht, ob die Stadt dafür sorgen soll, dass sich in Bern die Menschen noch Wohnraum leisten können und wir überhaupt genug Wohnraum haben. Diese Frage beantworten wir klar mit ja. Die Stadt Bern nimmt heute schon eine Vorbildrolle ein, wenn es um die Schaffung von mehr bezahlbarem Wohnraum geht, nicht zuletzt dank des Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik. Zur Erinnerung: Mit dem Fonds sollen Grundstücke für den Wohnungsbau erworben werden, der Wohnungsbau gefördert und durch die Teilnahme am Boden- und Wohnungsmarkt Spekulationen und Preissteigerungen bekämpft werden. Diesen Weg soll die Stadt weitergehen, besonders jetzt, wo so viele Menschen nicht mehr wissen, wie sie ihre Rechnungen zahlen sollen, weil alles teurer wird. Es wird kritisiert, dass man ja noch gar nicht weiss, was die Stadt mit diesen Liegenschaften macht. Schliesslich könnten sie auch statt für Wohnungen für Schulraum gebraucht werden. Ich kann mir kaum vorstellen, dass jemand hier drin ernsthaft sagen möchte, dass wir in dieser Stadt zu viel Schulraum haben. Wir sind gespannt, aber auch zuversichtlich, wie die künftige Nutzung der Liegenschaften aussieht. Die SP-Juso-Fraktion stimmt dem Erwerb klar zu.

1. Vizepräsidentin: Danke Lena. Dann Raffael Joggi für die AL-PdA-Fraktion.

Raffael Joggi (AL) für die Fraktion: Jetzt haben alle Fraktionen geredet, da wollen wir natürlich nicht fehlen. Wir sind total motiviert, wir möchten dem Gemeinderat ein Kränzchen winden. Unsere Fraktion findet, wir sollten eigentlich so lange Liegenschaften kaufen, bis es kein Privateigentum mehr gibt an Wohnungen – also eine wunderbare Aktion. Und gerade in Zeiten der Krise muss man investieren, das ist wirklich aus dem Lehrbuch jedes BWL-Anfängerkurses: Nicht abkühlen lassen, mehr kaufen. Nur so kommen wir durch die Krise.

1. Vizepräsidentin: Danke Raphael. Wir kommen, weil alle Fraktionen geredet haben, zu den Einzelvoten, als erstes Ingrid Kissling -Näf.

Ingrid Kissling-Näf (SP): Ich habe mich entschlossen, kurz ein Einzelvotum zu halten zu diesem Thema, weil ich während mehreren Jahren das Glück gehabt habe, in diesen Lokalitäten zu arbeiten beim SNF. Ich habe ehrlich gesagt beim besten Willen nicht verstehen, dass man sich aus bürgerlicher Sicht gegen das Geschäft wendet. Es ist eine Toplage, es sind Top-Gebäude und nun kauft die Stadt diese auf – also, wenn man so will, der Sechser im Lotto. Und das kritisiert man vor dem Hintergrund der Tatsache, dass noch nicht ganz klar ist, wie man es verwendet. Ich denke, aus Sicht der Investitionen, aus Sicht der Anlage, aus Sicht des Standorts gibt es an diesem Kauf oder an diesem Angebot überhaupt nichts zu kritisieren und ich finde es wirklich sehr bedauerlich, dass man das noch mit dem Aspekt des Sparens und mit dem Sparschweinchen verbindet, denn es ist eine super Investition und eigentlich müsste man die Stadt beglückwünschen, dass sie den Kauf jetzt wirklich macht.

1. Vizepräsidentin: Danke Ingrid, denn Alex Feuz.

Alexander Feuz (SVP): Ich möchte zuerst meinen bürgerlichen Vorsprechern danken: Janosch Weyermann, der das schöne Beispiel gebracht hat, wie der Zustand dieser Hütte bald schlechter ist als die Ruine Grasburg. Ich möchte Michael Ruefer danken und Sibyl Eigenmann, die hier die richtigen Punkte erwisch haben. Ich hoffe, die Mitte stimmt jetzt dann auch Nein. Nach dem Votum der Alternative Liste PdA sollte sie eigentlich merken, dass es ein schlechtes Geschäft ist. Und sonst hoffe ich jetzt, mit meinem Votum euch noch dazu zu bewegen, doch klar Nein zu stimmen. Vielleicht etwas: Immobilien Stadt Bern (ISB) grossartig einleitend, Kühlewil hat man 2017 bis 2020 – ich bringe es immer wieder – für 30'300'000 saniert, hat es nachher im 2021 oder 2022 für 12'800'000 verkauft, und so läuft und rentiert das natürlich nicht. Auch das Geschäft hier gibt wiederum einen absoluten Reinfall.

Im Hinblick auf die Botschaft beschränke ich mich auf ein paar wesentliche Punkte. Wenn ihr schaut, insbesondere für die Mitte, Seite 9: Wenn man es dann einmal weiterverkaufen könnte mit Gewinn, müsst ihr dann die Hälfte wiederum dem Nationalfonds geben, wird es wiederum geteilt, und ihr habt nachher noch einen Besitzersteuerabzug. Schaut das einfach einmal gut an auf Seite 9. Und jetzt müsst ihr das Geschäft einmal anschauen, sie haben teilweise noch Stockwerkeigentum drin. Was heisst das konkret? Das heisst also unter Umständen, dass der eine Stockwerkeigentümer gegen das Bauvorhaben Einsprache macht, Beschwerde macht, und dann könnt ihr jahrelang nicht bauen. Nächster Punkt: Büroflächen. Ich würde ihnen jetzt abraten, in der Stadt Bern weitere Büroflächen zu kaufen. Wie viele Leerstände haben wir? Nächster Punkt: Bei allen Liegenschaften besteht ein hoher Investitionsbedarf, insbesondere wenn ihr die Sache umnutzen wollt für Wohnungen. Auch dort, das ist, wie wenn ihr einen alten VW habt ohne Oldtimerzeug, irgendeinen Passat aus den Achtzigerjahren, und dann wollt

ihr den Zwäg machen. Das ist dann möglicherweise teurer, als wenn ihr einen neuen kauft, der alles erfüllt. Das ist eine riesige Problemliegenschaft. Die Lage ist gut, aber die Umbaukosten sind jenseitig. Und wenn ihr jetzt da diese Wohnateliers von 105 bis 159 m² habt, das gibt Luxus-Appartements oder was auch immer. Was wollt ihr dort machen? Ein paar hochsubventionierte Künstler kommen dann vielleicht dorthin, für die die Stadt Bern auch wieder zahlen muss. Auch dort ein Reinform. und jetzt die 21 Zimmer mit einem Bad und einer Gemeinschaftsküche, das klingt für mich stark nach Business Appartements. Ich gehe davon aus, dass man dann wahrscheinlich nicht den stellvertretenden Direktor der Galenica zusammen mit einem Fürsorgeabhängigen. Da gehe ich dann davon aus, dass diese 2 Zimmer bekommen pro eine Wohneinheit, aber das sind Business-Appartements. Und Balkone könnt ihr dann teilweise auch nicht machen wegen des Denkmalschutzes. Und wenn ihr das einfach anschaut, mit diesem Investitionsbedarf, ist es ein Fass ohne Boden. Und wenn ihr seht, dass eben eine Liegenschaft als erhaltenswert eingestuft wird, dann dürft ihr keine Balkone machen. Auch das ist doch nicht attraktiv für eine Familie, wenn ihr nicht auf einen Balkon gehen könnt. Das ist wirklich ein Projekt, das vielleicht für einen Architekten noch lustig ist, für die Stadt Bern ein Reinform, der sich nicht rechnet. Und nachher das Problem, bis dann die Sache an die Stadt übergeht, habt ihr lange Prozesskosten, die Liegenschaften stehen leer.

Das gibt wiederum Grund, dass die Mitte ihren Standpunkt jetzt überdenkt und angesichts der Punkte die ich euch ganz einfach und summarisch aufgezeigt habe, hier nein sagt. Die GLP ist vernünftig und lehnt es ab, die FDP ist vernünftig und lehnt es ab und die SVP ist sowieso immer klar dagegen gewesen. Überlegt euch das nochmals und stimmt hier nein zu diesem Blödsinn. Denkt sonst einmal ein bisschen an Kühlewil, dann schlaft ihr schlecht.

1. Vizepräsidentin: Danke Alex. Das Wort hat Janosch Weyermann.

Janosch Weyermann (SVP): Ich will vielleicht auf ein paar Sachen Replik halten, die da gesagt worden sind, vor allem auf den Sprecher der Linksaussen-Fraktion, der immer die antizyklische Ausgabenpolitik predigt. Es geht einfach immer darum: Geld ausgeben, Geld ausgeben, Geld ausgeben – egal in welchem Konjunkturzyklus wir uns befinden. Das heisst immer in der Krise investieren, aber wenn die Wirtschaft wieder brummt, gebt ihr das Geld trotzdem aus, und das ist übrigens nicht BWL, sondern VWL, einfach zum Mitschreiben. Nachher wegen dem Bodenfonds: Es ist gesagt worden, das müsse man jetzt kaufen, das sei eine super Lage, aber es ist ja schon so – der Fonds ist unbestritten, den gibt es seit 1985, vom Volk gewollt – aber es ist doch schon so, wenn man jetzt das Geld ausgibt und nachher vielleicht bessere Liegenschaften auf den Markt kommen und der Stadt angeboten werden, hat man dann die Kohle vielleicht nicht, um das nachher kaufen. Das ist das Gleiche, wie wenn ich jetzt ein Auto kaufe, das 10'000 Franken kostet, aber eine Beule hat, weil es auf dem Markt gerade kein anderes hat. Ich nehme doch nicht das, nur weil es jetzt einfach nur das hat, denn es kommt ja dann vielleicht schon wieder ein Auto, das einfach auch ohne Beule zu haben ist. Ich bin schockiert.

1. Vizepräsidentin: Danke Janosch, dann Simone Richner.

Simone Richner (FDP): Ich habe noch schnell auf eine Aussage eingehen wollen, die hier immer wieder genannt wird, nämlich dass der Fonds die Steuerzahler nicht tangieren soll. Das stimmt so einfach nicht. Zum Beispiel werden ja die Kredite für den Fonds

über den steuerfinanzierten Haushalt aufgenommen und weitergegeben. Das Risiko für die Amortisationen und die Zinszahlungen trägt die ganze Stadt Bern und damit auch der Steuerzahler.

1. Vizepräsidentin: Merci Simone. Das Wort hat Johannes Wartenweiler.

Johannes Wartenweiler (SP): Boden kaufen ist eigentlich immer ein gutes Geschäft. Es ist eher ein schlechtes Geschäft, keinen Boden kaufen zu wollen, und es ist ein Fehler, wenn man hier nicht einsteigt. Und die Behauptung, dass man vielleicht dann bei einem besseren Geschäft kein Geld mehr hat, ist schon deswegen ziemlich an den Haaren herbeigezogen, weil in der Stadt Bern so viel Boden an so einer Lage sowieso nicht zur Verfügung steht. Also, dass die Stadt hier ihren Einfluss geltend macht und sich für das Stück Land mit den Liegenschaften darauf engagiert und jetzt Geld in die Finger nimmt, finde ich und finden wir von der SP nur vernünftig. Wir finden eigentlich, all die, die hier sich ein bisschen gegen das Geschäft aussprechen, handeln nicht sehr im Interesse der Öffentlichkeit.

1. Vizepräsidentin: Danke Johannes. Als nächstes kommt Dolores Dana.

Dolores Dana (FDP): Morgen ist Black Friday und dann kauft man oftmals Sachen, die man eigentlich nicht braucht. Und bei dieser Liegenschaft, ob das jetzt ein Sechser im Lotto ist oder nicht, das wird dann die Zeit weisen, aber Sechser im Lotto können auch durchaus zum Albtraum werden. Und wenn das wirklich so eine gute, super Liegenschaft ist, dann erkläre ich mir dann auch nicht, warum der Nationalfonds rausgehen will. Also von dem her finde ich diese Argumente ein bisschen speziell. Das zweite ist: Wenn die Stadt Bern umbaut, wird es immer – aber immer – teurer. Die Stadt kann nicht günstig bauen, weil es so viele Bittsteller hat, die da sind, und man muss dann noch dieses Blümchen hintun und es muss dann noch das möglich sein und es muss dann auch günstig sein und so weiter. An all die, die jetzt immer sagen wegen dem Fonds: Der Fonds ist schon besser dagestanden. Der hat im Moment eigentlich Geld verloren und wir sind einzig noch positiv, weil man so eine Aufwertungsreserve hineingemacht hat. Darum mussten sie auch mit den Mietzinsen hinauf, ein Skandal, oh, die Armen können sich dann nicht mehr einen Mietzins leisten. Nein, man muss einfach auch sehen, dieser Fonds muss auch rentieren, wir müssen mit diesem Geld umgehen. Und wenn wir jetzt einfach eine Liegenschaft kaufen und nicht einmal wissen, was wir damit machen wollen, und uns einfach auf eine Machbarkeitsstudie stürzen, also da habe ich dann schon ein bisschen Mühe. Also mit meinem eigenen Geld würde ich so jedenfalls sicher nicht umgehen. Gut, und dann will man das Privateigentum abschaffen, das finde ich auch immer wieder schön. All die, die das wollten, haben es einfach nicht überlebt, das sieht man auch bei den Russen, die nachher ins pure Gegenteil hineingegangen sind. Es ist zwar lustig als Idee, aber ich glaube, die Stadt sollte diesem Beispiel sicher nicht folgen.

1. Vizepräsidentin: Merci Dolores, dann Thomas Glauser.

Thomas Glauser (SVP): Immobilien kaufen ist sicher gut, in Immobilien zu investieren kann Vorteile haben, aber hier macht es sich die Stadt einfach, mit Steuergeldern Immobilien zu kaufen, so ein bisschen ohne Strategie. Hauptsächlich sind es Büroräume und Büroräume sind vielleicht auch nicht mehr so gefragt seit Corona. Es geht hier immerhin um 31'000'000, die man investieren will. Dass man dann dort Wohnungen

machen kann, das ist ja noch nirgends geschrieben, dass es Einsprachen gibt, dass es mühsam wird dort. Die ganze Sache in Wohnbau umzumodeln, wird sicher nicht einfach. Ich überlege mir schon ein bisschen die finanzielle Lage der Stadt Bern. Der Fonds ist ja gar nicht liquid. Was muss man dann machen? Pumpst man dann die FIFA wieder an für Geld oder wo nimmt man denn das Geld her? Macht euch dort schon ein bisschen Gedanken. Es ist immer einfach, wenn man mit fremdem Geld das Geld aus dem Fenster werfen kann. Herr Feuz hat es schon gesagt: Kühlewil ist das beste Beispiel hier, 30'000'000 Renovationen und nachher an die Siloah verkaufen für 12'800'000, da haben wir natürlich den schwarzen Peter gezogen als Steuerzahler. Darum: Lehnt das Geschäft ab.

1. Vizepräsidentin: Merci Thomas, dann noch einmal Ingrid.

Ingrid Kissling-Näf (SP): Warum sucht der Nationalfonds ein anderes Gebäude? Es gibt sicher mehrere Gründe, aber ein zentraler Grund ist, dass der Nationalfonds von seinen Aktivitäten und von seinem Staff her in den letzten 10 Jahren um mindestens 50% oder fast 100% gewachsen ist. Das heisst, die Verteilung auf die verschiedenen Standorte mit 5 Standorten ist ein Problem und das Wachstum hat so etwas ergeben und man hat sich entschieden, ins Wankdorf zu gehen. Ich hätte mir persönlich gewünscht, man wäre in den Westen gegangen zum Campus, aber das ist nun einmal so und das erklärt auch, warum eine Veränderung dort ansteht.

1. Vizepräsidentin: Merci Ingrid, dann noch einmal Alex Feuz.

Alexander Feuz (SVP): Keine Angst, ich wiederhole nicht das, was ich schon einmal gesagt habe. Ich habe gedacht, wenn Ingrid redet, muss der Feuz auch noch einmal nach vorne. Wenn der Nationalfonds die Sache verkauft, habe ich auch gar kein Problem damit, wenn sie an einen anderen Ort gehen. Aber dann soll doch die Stadt Bern nicht diese Hütten kaufen. Wenn der Nationalfonds eine Entscheidung gemacht hat und von dort weggeht, akzeptiere ich das, dann sollen er das Privaten überlassen, aber ich habe ausführlich dargelegt, wieso wir hier einen nassen Schuh herausziehen oder einen Schuh mit Dreck mit diesem Geschäft. Darum klar nein.

1. Vizepräsidentin: Danke Alex. Dann kommen wir zum Schluss zu Gemeinderat Michael Aebersold.

Michael Aebersold, Direktor FPI: Ich bin gerade ein bisschen erschrocken, als Raffael Joggi da vorne den Gemeinderat so gelobt hat, und ich habe mich gefragt, ob wir etwas falsch gemacht haben. Aber wir haben es also nicht, von dem her nehme ich das Lob dankend an. Ich möchte ein wohnpolitisches Intro halten. Ich werde dann nachher nicht zu jedem wohnpolitischen Vorstoss heute am Abend noch reden, weil ich das Wichtigste jetzt schon gesagt habe. Ich möchte euch einfach noch einmal die Zielsetzungen des Reglements über die Boden- und Wohnbaupolitik der Stadt Bern in Erinnerung rufen. Das ist ein Gesetz. Ein Gesetz ist zu befolgen. Das Gesetz sagt: "Die Gemeinde schafft durch eine aktive Boden- und Wohnbaupolitik die Voraussetzung für eine zeitgemässe, soziale, wirtschaftliche und bauliche Entwicklung der Stadt Bern. Sie fördert insbesondere den gemeinnützigen Wohnungsbau, sorgt für die Erhaltung von preisgünstiger Bausubstanz und ist bestrebt, ein ausreichendes Angebot kinderfreundlicher sowie behindertengerechter Wohngelegenheiten bereitzustellen. Die, die es interessiert, können in Artikel 2 nachlesen, wie das noch explizit ausgeführt ist. Ich will euch

da nicht das Ganze vorlesen, aber doch die Ziffer a: "Die Beschaffung und Abgabe von Grundstücken, Land und Liegenschaften." Ziffer f: "Die Teilnahme am Boden- und Wohnungsmarkt zur Bekämpfung der Spekulation und der Preissteigerung." Und Ziffer G: "Die Koordination mit dem Bund, dem Kanton, der Burgergemeinde und den Regionsgemeinden." Mit dem Kauf dieses SNF-Portfolios machen wir genau das: Wir befolgen das Reglement, in idealer Weise. Mit diesem Kauf kann sich die Stadt – es ist gesagt worden, ich wiederhole das – Grundeigentum an zentralster Lage sichern. Kolleginnen und Kollegen hier an der Uni, der Kanton, das Spital, die Stadt, wir suchen alle verzweifelt Areale in der Länggasse, gerade in der Länggasse aussen, um all die Bedürfnisse zu ersetzen, beispielsweise Schulraum. Von dem her werden wir hier ganz sicher auch 2 oder 3 Trumfasse haben, die man dann allenfalls sogar bei einem Tauschgeschäft mit dem Kanton, mit einem Spital, mit der Burgergemeinde einsetzen kann. Es geht um Finanzvermögen, ich sage das einfach noch einmal. Die Investitionen stammen nicht aus dem steuerfinanzierten Haushalt, die Schuldzinsen muss der Fonds selber tragen und nicht der steuerfinanzierte Haushalt.

Politisch haben wir eine ganz klare Unterstützung für unsere Wohnbaupolitik. Neben dem Reglement möchte ich daran erinnern, dass wir einen Rahmenkredit haben von 60'000'000 von 2019. Im September 2021 haben fast 70 % der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der Stadt Bern diesen Kredit noch einmal um 45'000'000 erhöht. Ich glaube also, wir sind höchst legitimiert, diesen Kauf zu tätigen. Wir bekommen, und das ist auch ganz wichtig, einen realen Gegenwert, also für die 34'000'000 kaufen wir Liegenschaften, die man wahrscheinlich, wenn man das wollte, sofort für mehr Geld verkaufen könnte, und das ist wahrscheinlich auch einer der Hauptgründe, dass sich der Nationalfonds ausbedungen hat, dass, wenn man die verkaufen würde, jetzt als Schnäppchen nehmen und nachher weiterverkaufen, dass er nachher am Gewinn beteiligt würde. Ich will hier auch sagen, das ist nicht einfach eine Gelegenheit, die uns über den Weg gelaufen ist, sondern das ist ein strategisch vorbereiteter Entscheid gewesen. Dann, als mein ISB-Verwalter gekommen ist und gesagt hat, der Nationalfonds ist interessiert an einem Baufeld im Wankdorf oben, habe ich gesagt, dann gibt es ein Gegengeschäft. Warum habe ich gesagt, es gibt ein Gegengeschäft? Wenn die Liegenschaft auf den Markt ginge, dann hätte man die nie kaufen können, das garantiere ich euch. Wir werden das genau gleich jetzt auch mit dem Kanton, mit dem Bund und mit den Bürgern probieren und sagen, ihr braucht etwas von uns, wir brauchen etwas von euch, entsprechend gibt es ein Gegengeschäft. Das gibt eine saubere Schätzung. Es ist eine Marktwert-Schätzung, die wir hier zahlen, basierend auf dem Maximum, das man herausholen kann, aber es ist nicht Best Price. Genau durch den Kauf zu Marktwerten entziehen wir diese Liegenschaften, diesen Boden der Spekulation. Jetzt ist es so, dass es effektiv verschiedene Möglichkeiten gibt dort oben: Wohnen, Schulraum ist ein Thema. Also wenn jetzt das Grüne Bündnis schon nur Wohnen verlangt, dann redet vielleicht einmal mit eurer Gemeinderätin, die schon klar gesagt hat, auch dort oben müsste man dann sicher auch schauen für Schulraum. Ich verstehe es jetzt auch nicht, gerade von bürgerlicher Seite, dass man jetzt da schon einen Haufen Geld hätte ausgeben sollen für Vorabplanungsentwicklungen und eine Studie machen, was dann dort oben passieren soll. Wir haben es seriös abgeklärt, wir haben Perspektiven, und wenn wir es gekauft haben, dann machen wir dann das, wenn die Stadt die selber entwickelt. Wir können die übrigens auch im Baurecht abgeben. Wir können dort ob eine von diesen Hütten abrechen und etwas Neues machen. Wir haben alle Möglichkeiten, es passiert aber nicht heute und morgen, weil nämlich im Moment der Nationalfonds noch dort drin ist. Also noch einmal: Es ist ein strategischer Entscheid. Bitte führt doch nicht jetzt schon eine Diskussion über Balkonfragen und welche Farben dann die Fenster und die

Rollläden haben. Es geht um einen strategischen Entscheid, eine Chance, die wir uns geschaffen haben und die wir ergreifen wollen und können.

Und jetzt komme ich noch zu einem guten oder zu einem schlechten Beispiel und da staune ich schon ein bisschen, dass das hier drin niemand erwähnt hat. Die Alkoholverwaltung, mag sich noch an die Alkoholverwaltung erinnern? Der Bund hat diese zu einem Best Price verkauft für über 30'000'000. Dort gibt es nicht günstigen Wohnraum. Ich kann Ihnen jetzt gerade sagen, es gibt überhaupt keinen Wohnraum in dieser Alkoholverwaltung. Wir haben das angeschaut, wie wir das mit diesen Liegenschaften gemacht haben. Wir gehen nicht einfach mit dem Daumen in die Luft, sondern wir haben das angeschaut und dann gesagt, wir können 18'000'000 bieten, für 18'000'000 können wir das sinnvoll entwickeln, allenfalls mit Genossenschaften zusammen. Es ist Best Price verkauft worden. Es hat ein Projekt gegeben an der Länggasse 31 mit 27 Kleinwohnungen. Das Baugesuch ist eingereicht worden, sie sind nicht bewilligungsfähig gewesen. Familienwohnungen hätte man bewilligen können, weil man dort auf der Lärmseite Küche und Bad hätte machen können. Dort ist jetzt eine Pensionskasse drin. Auch an der Länggassstrasse 35 und 37 ist nichts von Wohnen. Dort sind Post, Coop, Schule und Rektorat drin und es hat nie ein Baugesuch gegeben für Wohnen. Nur so viel dazu, wie der Markt funktioniert, wenn die Stadt nicht selber aktiv ist. Hier haben wir die Chance und ich bitte euch wirklich, dem Kredit zuzustimmen und dem Geschäft zuzustimmen.

Vielleicht noch ein letzter Punkt zur Frage, woher dass wir das Geld nehmen. Also ich habe mit dem Rahmenkredit nicht einfach einen Tresor in meinem Büro, in dem ich die 50'000'000 drin habe, und jetzt kann ich die herausnehmen und für etwas ausgeben. Das ist eine Ermächtigung, der Fonds wird das Geld aufnehmen, selbstverständlich auf dem Markt, er hat nicht so viel flüssig er kann das nicht einfach aus dem Umlaufvermögen hinknallen, aber das hat auch jeder private Immobilienverwalter nicht. Wir haben eine Schuldenobergrenze, wir dürfen bis 60% vom Verkehrswert der Liegenschaften Geld aufnehmen. Für die, die es interessiert: Geht doch in den Geschäftsbericht, dort sind all die Details drin. Also noch einmal: Stimmt dem Geschäft mit gutem Gewissen zu – und wie gesagt, ich komme dann nicht noch zu jedem Vorstoss und erzähle wieder das gleiche. Ich sage dann noch kurz etwas zu GüWR.

1. Vizepräsidentin: Merci, Michael Aebersold. Wir kommen zu den Abstimmungen. Es sind keine Änderungsanträge eingegangen. Das heisst, wir stimmen zweimal ab, zuerst über den Antrag des Gemeinderats und dann über die Abstimmungsbotschaft. Wenn ihr dem Antrag des Gemeinderats zustimmen wollt, stimmt ihr Grün, wenn ihr dagegen seid, Rot und sonst Weiss für Enthaltung. Wir stimmen ab.

Abstimmung

2023.FPI.000004

Annahme

Ja	48
Nein	20
Enthalten	0

Namensliste 013

1. Vizepräsidentin: Der Antrag ist angenommen worden. Wir kommen zur Abstimmungsbotschaft. Wir stimmen ab.

Abstimmung

2023.FPI.000004: Botschaft		
Annahme		
Ja	56	
Nein	11	
Enthalten	0	Namensliste 014

1. Vizepräsidentin: Sie haben dieser Abstimmungsbotschaft zugestimmt.

2018.SR.000266

4 Postulat Fraktion SP/JUSO (Bernadette Häfliger, SP/Lisa Witzig, JUSO): Anerkennung der gesellschaftlich unverzichtbaren Care-Arbeit durch die Stadt Bern als Arbeitgeberin; Prüfungsbericht

1. Vizepräsidentin: Dann kommen wir jetzt zu Traktandum 4. Es ist ein Prüfungsbericht zu einem Postulat der Fraktion SP-JUSO. Ich erteile den Einreichenden das Wort, das wäre Bernadette Häfliger.

Bernadette Häfliger (SP) für die Einreichenden: In der Schweiz werden jährlich rund 16'000'000'000 Arbeitsstunden geleistet, mehr als die Hälfte davon sind unbezahlt. Das entspricht ungefähr einer Million Vollzeitstellen und Arbeitskosten von über 80'000'000'000 Franken. Diese Arbeit wird einzig bei der AHV mitberücksichtigt, sonst ist sie nicht nur unbezahlt, sondern auch nicht versichert. Die Arbeit findet zu einem grossen Teil in der Betreuung und Pflege von Kindern und kranken Angehörigen statt. Unsere Volkswirtschaft verlässt sich also darauf, dass diese Gratisarbeit Tag für Tag erledigt wird. Wenn man sich beispielsweise vorstellt, dass beim aktuellen Fachkräftemangel, weitere 1'000'000 Vollzeitstellen müssten geschaffen werden, kann man sicher nachvollziehen, wie wertvoll die unbezahlte Arbeit ist. Anders als noch in den 50er- und 60er-Jahren sind die meisten Frauen heute erwerbstätig und damit wird die unbezahlte Arbeit aktuell häufig von berufstätigen Frauen geleistet, was zu einer Doppel- oder Dreifachbelastung führt. Neben einer Erwerbsarbeit werden Kinder betreut, der Haushalt gemacht und immer häufiger auch kranke Angehörige gepflegt. Kein Wunder also, dass 83% dieser Frauen sich unter Zeitstress fühlen, was unter anderem das Risiko für ein Burnout massiv erhöht. Dadurch werden nicht nur die Wirtschaft und die Versicherungen, sondern auch ganze Familiensysteme belastet. Das wiederum wird gemeinhin als einer der Gründe für erhöhte psychische Belastungen von Jugendlichen vermutet. Dass sich Care-Arbeit nicht ausschliesslich auf Kinderbetreuung bezieht, scheint noch weniger bekannt zu sein, auch im Gemeinderat. Das Thema dürfte aber in den nächsten Jahren weiter an Relevanz gewinnen. Schon heute oder 2020 sind in der Schweiz 458'000 Menschen über 80-jährig gewesen. Bis 2060 wird sich diese Anzahl noch mehr als verdoppeln und über 1'000'000 betragen. Mit dem steigenden Alter nimmt das Risiko zu, pflegebedürftig zu werden. So liegt der Anteil der Pflegebedürftigen in der Altersgruppe der über 85-Jährigen bei mehr als einem Drittel. Weil der Fachkräftemangel in der Pflege, gerade in der Langzeitpflege, erheblich ist, muss vermutet werden, dass auch diese Arbeit wieder zu einem grossen Teil unbezahlt geleistet werden muss. Auf diese Situation muss sich die Gesellschaft als Ganzes vorbereiten, das kann man nicht den einzelnen Familien überlassen.

Ein bisschen irritierend ist, wenn die Leistung von Care-Arbeit mit einem aufwändigen Hobby oder einer Freizeitbeschäftigung verglichen wird, wie das im sonst guten Postulatsbericht passiert und natürlich hat die vordergründige Gleichbehandlung nichts mit dem verfassungsmässigen Gleichbehandlungsgrundsatz zu tun, bei dem eben gerade vorgesehen ist, dass ungleiche Sachverhalte auch unterschiedlich behandelt werden sollen. Im Postulatsbericht des Gemeinderats wird zu Recht ausgeführt, dass die Stadt Bern nach der Revision des Personalreglement – das Postulat ist ein paar Jahre vorher eingereicht worden – hinsichtlich der Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Kinderbetreuung vorbildliche Bedingungen ausweist, auch der Umstand, dass in Notfällen bis zu 3 Tage bezahlter Urlaub bezogen werden kann, Hilfe zur Entlastung, ebenso wie die neue eidgenössische Regelung für Eltern mit schwer beeinträchtigten Kindern. Allerdings dürfte allen klar sein, dass 3 Tage in der Palliativpflege nicht genügen, weil das oft ein monate-, wenn nicht sogar jahrelanges Engagement bedingt. Da ist sicher die Flexibilisierung der Arbeitszeiten wie sie die Stadt Bern seit 2019 kennt, sehr hilfreich, wobei sich den Lohnverzicht, der mit dem Bandbreitenmodell verbunden ist, natürlich auch nicht ganz alle leisten können. Unbezahlte Arbeit wirkt sich in den meisten Fällen langfristig negativ aus, massiv tiefere oder gar gänzlich wegfallende Krankentaggeldleistungen oder tiefere Renten sind nur 2 Beispiele dafür. Freiwillige Sparbeiträge in die Pensionskasse sind für Menschen mit geringem Einkommen schlicht illusorisch. Die Stadt Bern kennt allerdings bereits heute eine Regelung bei der die Stadt auch ohne Einkommen die Arbeitgeberbeiträge an die Pensionskasse weiter leistet. Das ist bei den ehemaligen Gemeinderätinnen und Gemeinderäten der Fall, solange sie nicht bei einer neuen PK versichert sind. Es wäre zu überlegen, ob eine analoge Regelung nicht auch für Menschen mit Care-Verpflichtungen vorgesehen werden könnte. Wenn man sieht, was die Stadt seit der Einreichung des Postulats im Jahr 2018 in der Zwischenzeit alles unternommen hat, stimmt das hoffnungsvoll. Ich bin froh darüber, dass der Gemeinderat im Bereich der Vereinbarkeit von Beruf und Care-Aufgaben auch in Zukunft eine Weiterentwicklung vorsieht.

Für die Fraktion: Ich kann gerade das Fraktionsvotum anhängen, das ist sehr kurz. Die SP/JUSO unterstützt das Postulat und nimmt den Postulatsbericht an.

1. Vizepräsidentin: Danke Bernadette. Wir kommen zu den Fraktionsvoten. Es gibt keine Fraktionsvoten. Dann zu den Einzelvoten – das scheint auch nicht der Fall zu sein. Dann hat Michael Aebersold, der Gemeinderat, das Wort. Er verzichtet. Darum kommen wir direkt zur Abstimmung. Wenn ihr diesem Prüfungsbericht zustimmen wollt, stimmt ihr Ja, wenn nein, Nein und sonst Enthalten. Wir stimmen ab.

Abstimmung

2018.SR.000266: Prüfungsbericht

Annahme

Ja	59
Nein	1
Enthalten	0

Namensliste 015

1. Vizepräsidentin: Ihr habt dem Prüfungsbericht zugestimmt.

2018.SR.000074

5 Interfraktionelles Postulat GFL/EVP, GB/JA!, GLP/JGLP, AL/GaP/PdA (Marcel Wüthrich, GFL/Bettina Jans-Troxler, EVP/Katharina Gallizzi, GB/Eva Krattiger, JA!/Peter Ammann, GLP/Christa Ammann, AL/Luzius Theiler, GaP/Lionel Gaudy, BDP): Klimastrategie für die Anlagen der Personalvorsorgekasse; Prüfungsbericht

1. Vizepräsidentin: Dann kommen wir zu Traktandum 5, es ist wieder ein Prüfungsbericht über die Klimastrategie für die Anlagen der Personalvorsorgekasse. Ich erteile den Einreichenden das Wort – Marcel Wüthrich.

Marcel Wüthrich (GFL) für die Einreichenden: Zuerst einmal, wer ich bin: Ich arbeite nämlich bei der Oberaufsichtskommission berufliche Vorsorge im Risk Management und habe keine Verbindungen zur PVK der Stadt Bern.

Die grösste Gefahr für das Klima ist unser Geld. Die Altersvorsorge, Versicherungsbeiträge, Depots und Bankguthaben, die arbeiten im Normalfall gegen alle Bemühungen, das Klima zu schützen. Allein mit Pensionskassengeldern haben wir in der Schweiz in gleich viele Klimagasemissionen investiert, wie die Schweiz jährlich CO₂ ausstösst. Die Finanzwirtschaft sendet also fatale Signale. Auf der anderen Seite besteht dadurch eine gigantische Hebelwirkung als Chance, die Realwirtschaft in eine nachhaltigere und klimaverträgliche Zukunft positiv beeinflussen zu können. Das macht die ganze Angelegenheit zu einer zentralen Sache. Die Realwirtschaft umfasst sowohl die Produktion, wie auch den Verkauf und Kauf von Waren und Dienstleistungen, inklusive auch die ganzen Lieferketten. Das heisst heutzutage nachhaltige Finanzen oder auf Englisch Sustainable Finance. Braune Finanzinvestitionen unterlaufen aber alle direkten Anstrengungen der Stadt, die wir zum Beispiel in der Mobilität, bei den Gebäuden und in der Fernwärme treffen. Wir wissen, dass, auch wenn die Klimaerwärmung nur einer von vielen Nachhaltigkeitsaspekten ist, uns diese Klimaerwärmung vor irreversible Probleme stellen kann, und darum ist sie prioritär zu behandeln. Je rascher wir handeln, umso weniger Folgekosten werden auftreten.

Gut. Die Antwort, der Prüfungsbericht des Gemeinderats, datiert ja bereits vom 29. April 2020 und leider hat die Finanzdirektion kein Update zur aktuellen Situation liefern können. Gemäss den letzten Geschäftsberichten der PVK ist seither aber tatsächlich einiges in die positive Richtung passiert. Zum Beispiel ist erwähnenswert, was im Postulat als Punkt 2 gefordert ist, der Beitritt zu Ethos Engagement Pool International. Im Weiteren ist seit 2022 auch ein Nachhaltigkeitsbericht als Kapitel 3.5 im Geschäftsbericht enthalten, mit einer summarischen Angabe zu den CO₂-Emissionen, die mit PVK-Geldern finanziert sind. Das ist im Wesentlichen Punkt 3 des Postulats. Wir wissen jetzt, dass 2022 rund 84'000 Tonnen CO₂-Äquivalente finanziert worden sind. Dazu müsste man allerdings noch die Scope 3 Emissionen, das heisst die Emissionen, die aus vorgelagerten und nachgelagerten Lieferketten kommen, diese müsste man eigentlich auch noch ausweisen und dazu addieren. Was auch passiert ist: Es hat diverse Umschichtungen gegeben von Obligationen-Anlagen und Aktien-Anlagen, insbesondere bei Emerging Markets, in nachhaltige Anlagegefässe. Für diese ergriffenen Massnahmen danken wir der Pensionskasse der Stadt Bern, aber – was fehlt? Vermutlich sind es eben ausgerechnet unsere Kernforderungen. Wir wissen es nicht genau, aber was vermutlich fehlt, ist eben nach wie vor eine Klimastrategie, wie und ab wann klimaverträglich investiert wird, und das ist Punkt 1 unseres Postulats. Und mit einer Klimastrategie meinen wir eben auch die Formulierung nicht nur für die Wertschriften, sondern

auch für die Immobilien, aber bei den Wertschriften ist es besonders zentral. Darum sollte man wirklich vorsehen, wie und bis wann die PVK anderthalb Grad konform investiert. Das ist eine zentrale Forderung. Und zentral ist darum auch, dass die Klimaauswirkungen gemessen und die finanziellen Risiken bewertet werden und darauf basierend eine Strategie zur Umschichtung des Portfolios existiert. Nötig ist darum ein Absenkpfad, eigentlich analog, wie wir es auch im Klimareglement beschlossen haben, und das auch mit messbaren Zwischenzielen. Das verhindert nämlich einen Blindflug und das ist genau das, was nicht passieren sollte. Es ist auch eine ähnliche Forderung, wie wir das im Klimareglement haben, dass wir nämlich eine Planungssicherheit haben. Insgesamt minimiert das dann nämlich auch die Gefahr von übereilten Handlungen. Übereilte Handlungen, das ist etwas, wovon im Vortrag gewarnt wird, und das ist definitiv nicht etwas, was wir im Postulat gefordert haben. Im Gegenteil, uns ist von Anfang an klar gewesen, dass die PVK für die Umsetzung dieses Postulats Spielraum braucht, und darum haben wir eben ein Postulat gemacht und gerade nicht eine Motion. Der Gemeinderat hat 2018 zum Postulat auch keine Einwände gehabt und hat es zur Annahme empfohlen, und daraus heraus leitet sich darum auch eine gewisse Verpflichtung zur Umsetzung dieser Punkte ab.

Also noch einmal Punkt 1: Es stellen sich nämlich jetzt tatsächlich gewisse Fragen. Hat denn die PVK jetzt unterdessen ihre Klimarisiken in ihren Anlagerichtlinien präzisiert? Hat sie für die Wertschriften eine Klimastrategie formuliert? Ist bekannt, auf welchem Klimapfad sich die aktuellen Investitionen der PVK befinden? Existiert ein Pfad, wie und ab wann sie 1,5 Grad konform investieren können? Und im Fall, dass das so ist: Sind die Dokumente öffentlich oder sind sie mindestens einsehbar? Ja, genau das, wir wissen es eben nicht. Und im Weiteren haben wir auch angeregt, dass die PVK mit anderen vergleichbaren städtischen oder kantonalen Pensionskassen die Zusammenarbeit sucht, zum Beispiel mit der Pensionskasse der Stadt Zürich. Ja, wenn das so gewesen wäre, gibt es dann zum Beispiel auch konkrete Erfolge in Bezug auf neugeschaffene oder umstrukturierte Anlageprodukte im Nachhaltigkeitsbereich? Das wäre ja ein Effekt, den man dank des grösseren Anlagevolumens erreichen könnte. Ja, wir wissen es nicht. Auch mit dieser Massnahme könnten wir aber eben den Printflug reduzieren. Man könnte miteinander gemeinsame Kriterien definieren, damit entsprechend kostengünstige, passiv verwaltete Anlagefonds gebildet werden könnten, und dazu müsste man eben in Bern nicht das Rad neu erfinden. Ein weiterer Fragepunkt ist dann auch noch die Rolle der UBS und der CS, denn diese haben immer noch umfassende Vermögensverwaltungsaufträge. Wir stellen uns wirklich vor, dass im Bereich der Aktien in diesem Prozess die 2 Grossbanken nicht eine grosse Hilfe werden sein, wenn es um Nachhaltigkeit oder um ESG-Kriterien geht oder um sonstige ethische Ansprüche. Wir wagen das wirklich zu bezweifeln, denn diese 2 Grossbanken stehen unter dem notorischen Verdacht des Greenwashings, und auch nach dem Untergang der CS stellen wir uns die Frage: Werden die entsprechenden Vermögensverwaltungsmandate jetzt einfach von der UBS zu übernommen oder ist diese Situation nicht doch Anlass genug, um die Mandate an andere Institute mit Fokus auf Nachhaltigkeitsrisiken zu übertragen? Wir wissen es nicht.

Dann käme ich als zweiter grosser Punkt noch zu Punkt 4 des Postulats. Da geht es nämlich darum, wie die klimaverträgliche Vermögensanlage der Stadt – nicht nur der Pensionskasse, sondern der Stadt – gemäss Energie- und Klimastrategie Punkt 8G, den der Gemeinderat ja selber eingesetzt hat, wie diese umgesetzt wird. Und hier bleibt der Bericht völlig konfus. Und auch hier: Wir wissen es leider nicht. Immerhin gibt es Gefässe, die die Pensionskassenlandschaft etwas vergleichbar machen, und da ist vor allem die Klimaallianz hervorzuheben. Im Rating der Klimaallianz steht die PVK der

Stadt Bern als orange da. Das heisst, erste Schritte sind eingeleitet. Die Klimaallianz stellt aber auch fest, dass es eine Tendenz zur Verbesserung gibt. Es ist jetzt aber einfach so, dass die Pensionskasse der Stadt Zürich, die Pensionskasse Basel-Stadt, die bernische Pensionskasse BPK, die Berner Lehrerversicherungskasse BLVK, sie alle haben von der Klimaallianz ein Hellgrün bekommen, das heisst Good Practice. Das heisst mit anderen Worten, dass die Pensionskasse der Stadt Bern da einfach hinten-nach hinkt, obwohl im Reglement ein Nachhaltigkeitsartikel besteht. Das zeugt halt doch irgendwie davon, dass wir bis jetzt eine relativ schwammige und gemächliche Umsetzung haben. Es ist aber auch so: Die Welt bewegt sich ja und unterdessen ist es sogar so, dass der Pensionskassenverband ASIP Empfehlungen herausgegeben hat zu Nachhaltigkeitskriterien ESG, Risiken und so weiter. Eine gewisse Skepsis zur Gemeinderatsantwort müssen wir zudem noch durchschimmern lassen, weil diverse Vorstösse, die wir bereits gemacht haben, immer wieder ins Leere geführt haben. Und weil der Finanzdirektor ja auch Präsident der Verwaltungskommission der PVK ist, müssen wir auch daran erinnern, dass die Finanzdirektion die Nachhaltigkeitsrisiken bis jetzt nicht zuoberst auf der Agenda geführt hat. Das Stichwort sind da die FIFA-Kredite. Der Satz aus dem dortigen Vortrag lautet: "Bisher stellte er – nämlich der Gemeinderat – die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit in den Vordergrund." Das lässt tief blicken, denn ethische Aspekte sind bis jetzt offensichtlich nicht berücksichtigt worden.

1. Vizepräsidentin: Marcel, du siehst das Blinken, darum bitte zum Schluss kommen.

Marcel Wüthrich (GFL): Ich hänge auch noch das Fraktionsvotum an. Die Nachhaltigkeitsaspekte müssen endlich auch für alle städtischen Finanzflüsse gelten. Die Zeiten, in welchen die Stadt Bern auf diesem Auge blind agieren konnte, sind vorbei. Soweit wir uns erinnern, hat der Gemeinderat im Mai 2019 in corpore den Klimanotstand der Stadt Bern ausgerufen. Es sind also alle 5 Direktionen oben auf dem Münster gewesen. Die Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien gehört zur treuhänderischen Sorgfaltspflicht und liegt im Interesse der Versicherten. Sie ist also nicht gegen die Versicherten gerichtet und erzeugt langfristig eher eine höhere Performance. Ein Stichwort wäre da auch noch die Carbon Bubble, aber darauf gehe ich jetzt nicht näher ein. Ich möchte einfach sagen, all das sind keine Gegensätze zu den Zielen zur Erfüllung der Vorsorgezwecke für die Versicherten und auch nicht für das Erreichen der Ausfinanzierung mit dem Deckungsgrad bis ins Jahr 2051, wie das im Vortrag auch steht.

Jetzt komme ich zum Fazit für die Einreichenden. Wir wollen dem Gemeinderat und der PVK die Chance geben, die beschriebenen Lücken der Postulatsprüfung schliessen zu können. Da geht es wie gesagt um die Punkte 1 und 4. Wir lehnen darum den Prüfungsbericht ab und beantragen eine neue Frist bis Ende 2024.

Für die Fraktion: Dann würde ich gerne noch das Fraktionsvotum für die GFL/EVP-Fraktion halten. Wir haben den Eindruck, dass die PVK ihre unmittelbaren Hausaufgaben im Rahmen des BVG gut macht. Wenn man es genau anschaut, rein finanziell, darf man wirklich auch sagen, es ist eine erfolgreiche Anlagestrategie. Es ist darum aber auch richtig, dass wir den Fokus auf die Nachhaltigkeit richten. Dabei geht es nicht nur um klimarelevante und risikominimierende Aspekte, sondern durchaus auch um rentensichernde Aspekte. Ich sage noch einmal das Stichwort Carbon Bubble. Das Kernanliegen, nämlich den Ausstieg aus Investitionen in CO₂-intensive Unternehmen, das Divestment, das verstehen wir genau auch als Teil der Rentenversicherung, und es ist auch wichtig, dass die SP und die Gewerkschaften das wissen, denn sie haben im Jahr 2018 das Postulat nicht miteingereicht, haben ihm aber 2019 dann zugestimmt. Es ist

nicht so, dass nur das Pariser Klimaabkommen die Pensionskasse in die Verpflichtung nimmt, sondern seit Juni auch das eidgenössische Klimaschutzgesetz. Hingegen bezweifeln ein paar von uns in der Fraktion die Wirksamkeit unserer Vorstösse und gerade auch von diesem, der hier vorliegt. Dies, weil die Stadt auch immer wieder das Narrativ pflegt, dass die politischen Gremien einer selbstständigen Pensionskasse nicht in die Grundsätze der Vermögensverwaltung hineingreifen dürften. Allerdings ist das ein Punkt, der juristisch umstritten ist. Der Grund liegt darin, dass das BVG da sehr unpräzise ist. Es gibt da durchaus auch gegenteilige Rechtsgutachten, die das Umreissen von übergeordneten Zielen bei der Vermögensverwaltung erlauben. Und einer dieser Aspekte ist ja immerhin auch gerade der Nachhaltigkeitsgrundsatz, der ja selber im PVK-Reglement verankert ist. Wie dem auch sei, die GFL/EVP-Fraktion lehnt den Prüfungsbericht ebenfalls ab. Wir danken aber dem Gemeinderat und der PVK für die weiteren Schritte auf dem Weg zu klimaverträglicheren und nachhaltigeren Vermögensanlagen.

1. Vizepräsidentin: Danke Marcel. Dann kommen wir zu den Fraktionsvoten und zwar zu Ingrid Kissling-Näf für die SP-Juso-Fraktion.

Ingrid Kissling-Näf (SP) für die Fraktion: Der vorliegende Prüfungsbericht ist durch die rasante Entwicklung der ESG, also der Environment Social Governance Kriterien, in der EU und durch deren Auswirkungen auf die grossen Unternehmen bereits vollständig überholt. Also 5 Jahre später ist die Entwicklung, die reale Entwicklung und auch die legislative Entwicklung, schon viel schneller. Die EU hat mit dem Green Deal ganz klar gesagt, sie will der erste klimaneutrale Kontinent werden, und macht alles, dass die ESG-Ratings angewendet werden. Es braucht nicht nur eine Klimastrategie, wie das da gefordert wird für die Anlagen der Personalvorsorge, sondern es braucht ein ESG-Rating, das diesen Namen verdient. Klimarisiken sind auch Anlagerisiken, das sagt in der Zwischenzeit auch der grösste Vermögensverwalter Black Rock schon seit Jahren und verlangt von allen Partnern grundsätzlich ein ESG-Rating. Die Stadt Bern kann der PVK keine Vorschriften bezüglich Anlagen machen, aber natürlich haben wir festgestellt, dass da bereits Bestrebungen für das ESG-Rating vorliegen. Sind die ESG-Vorgaben noch vor kurzer Zeit ein Nice to have gewesen, sind sie heute ein Must. So ist es dann ab dem 1.1.2024 so, dass die grossen Unternehmungen in der EU und auch ihre Tochterfirmen im Ausland eigentlich die ESG-Berichterstattung machen müssen. Institutionelle Investoren, unter anderem auch Pensionskassen, müssen darum in ihre Bonitäts- und Unternehmensanalysen die ESG-Anforderungen integrieren. Das bedeutet nicht nur Klimaaspekte, sondern wir haben weitergehende Sorgfaltspflichten im Bereich Menschenrechte, Umwelt und auch die Berücksichtigung der Lieferketten. Klima ist inkludiert, auch die Biodiversität ist inkludiert. Die entsprechenden Standards sind im Moment in voller Entwicklung und auch die Berner Pensionskasse wird diesen Standards genügend müssen. Sie kann sich ganz sicher nicht entziehen. Das wird darum auch finanziell möglich und es hat auch eine direkte Auswirkung, so ein ESG-Rating, weil man die entsprechenden Kapitalanlagen anpassen muss. Sie müssen nachhaltig werden, sie müssen diesen genannten Kriterien im Bereich Sorgfaltspflichten, Menschenrechte, Umwelt, Biodiversität, Lieferketten und Klima entsprechen. Die SP-Juso-Fraktion nimmt den Prüfbericht an und geht davon aus, dass die Realität die davorliegende Forderung schon lange überholt hat. Sie geht ebenfalls auch davon aus, dass die Pensionskasse das ESG-Rating macht und entsprechende Anpassungen in der Anlagestrategie folgen. Es ist nicht nur ein Must, sondern es ist auch ganz klar von allen

grossen und auch kleineren Vermögensverwaltern gefordert, und das scheint mir sowieso eine logische Anpassung. In dem Sinne glaube ich, dass die Realität das sowieso einfordern wird und dass das passieren wird.

1. Vizepräsidentin: Danke Ingrid. Dann Katharina Gallizzi für die GB/JA-Fraktion.

Katharina Gallizzi (GB) für die Fraktion: Schon wieder reden wir von der PVK. Dieses Mal geht es um den Begründungsbericht unseres Postulats, das wir 2019 überwiesen haben. Unter anderem fordert das Postulat – und das hat Marcel vorher gesagt, das ist eigentlich so die Kernforderung –, dass aufgezeigt werden soll, ab wann die Anlagen der PVK 1,5 Grad konform investiert sein werden. Ich rede jetzt einfach vom Begründungsbericht und nicht von dem, was nachher eventuell vielleicht in Zukunft noch passieren könnte. Ich berufe mich in meinem Votum auf das, was in diesem Prüfbericht drinsteht. Also, die lapidare Antwort im Prüfbericht lautet, dass man darauf leider nicht eine Antwort geben könne, weil es davon abhängt, wann Vermögensverwaltungen geeignete Produkte auf den Markt bringen würden. Wie bitte? Die Stadt hat ein Klimareglement, das die Klimaziele von Paris 2035 umgesetzt haben will, und die Pensionskasse genau dieser Stadt sagt jetzt, es sei irgendwie unmöglich, in diese Richtung zu denken, weil man halt von den Vermögensverwaltungen abhängig sei. Das ist doch schlicht unverantwortlich. Einer der grössten Hebel zur Bekämpfung der Klimakrise sind die Finanzmärkte. Auch das hat Marcel vorher schon gesagt. Hier kann entschieden werden, in welche Technologien in Zukunft investiert wird, was in Zukunft noch produziert werden soll. Eine Investition in eine Erdölfirma oder eine Fluggesellschaft ist jetzt sicher nicht das Beste, wenn man die Klimakrise bekämpfen will. Zudem hat die Pensionskasse ja auch Immobilien und auch dort könnte man sich überlegen, wie man bei diesen Immobilien das 1,5 Grad Ziel erreichen kann. Aber anstatt auszuführen, wie das Portfolio der PVK und auch ihre Immobilien schrittweise klimaneutral werden könnten, erklärt der Bericht des Langen und des Breiten, dass die PVK eben wegen der Ausfinanzierung einen straffen Finanzierungsplan einhalten müsse, weil bis 2051 der Deckungsgrad von 100% erzielt werden müsse und darum gebe es keinen Spielraum, um bei den Vermögenserträgen freiwillig zu verzichten. Klimaneutrale Anlagen sind kein freiwilliger Verzicht! Es ist eine zwingende Pflicht, wenn wir die Klimaabkommen einhalten wollen, und wenn das Klimareglement nicht nur ein Papiertiger sein soll. Und noch besser gefällt mir die Stelle, wo drinsteht, dass die PVK zum momentanen Zeitpunkt keine übereilten Handlungen vornehmen dürfe und dass die Berücksichtigung der CO₂-Werte in den Portfolios noch kein Branchenstandard sei. Das scheint sich ja jetzt langsam zu ändern, aber sich hinter solchen Sachen zu verstecken, das geht einfach nicht. Wir fordern, auch das hat Marcel schon gesagt, ja nicht übereilte Handlungen, aber wir erwarten, dass zumindest der Weg aufgezeigt wird, wie erreicht werden kann, dass die Vermögensanlagen der PVK klimaneutral werden können. Leider steht dazu nichts in diesem Bericht. Wie immer können wir jetzt noch Diskussionen darüber führen, über aktive und passive Vermögensanlagen und dass man sich zusammentun soll mit anderen Pensionskassen, was wir auch schon sehr häufig gesagt haben, auch Marcel hat das wieder gesagt, aber das haben wir vor ein paar Wochen schon diskutiert und darum gehe ich jetzt nicht mehr des Langen und des Breiten darauf ein. Wie man unschwer heraushören kann, sind wir mit dem Begründungsbericht des Gemeinderats nicht einverstanden und werden ihn entsprechend ablehnen.

1. Vizepräsidentin: Danke vielmals. Dann ist die erste Sitzung durch und wir machen Pause. Nachher kommt Michael Hoekstra wieder zurück, er hat schon eine Zeitlang von oben zugeschaut. Merci vielmals, einen guten Appetit und bis später.

Schluss der Sitzung: 19.01 Uhr.

Namens des Stadtrats

Die 1. Vizepräsidentin

06.02.2024

X 

Signiert von: VALENTINA ACHERMANN

für das Protokoll

11.02.2024

X 

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER
Redaktion: Marianne Hartmann

Anwesenheit in der Sitzung von 20.30 bis 22.30 Uhr

Stadtrat anwesend

Michael Hoekstra, Präsident

Yasmin Amana Abdullahi	Franziska Geiser	Dominic Nellen
Valentina Achermann	Thomas Glauser	Florence Pärli Schmid
Janina Aeberhard	Claude Grosjean	Halua Pinto de Magalhães
Timur Akçasayar	Lukas Gutzwiller	Simone Richner
Lena Allenspach	Bernadette Häfliger	Claudio Righetti
Ursina Anderegg	Erich Hess	Michael Ruefer
Mirjam Arn	Matthias Humbel	Kurt Rüegsegger
Tom Berger	Seraphine Iseli	Mahir Sancar
Diego Bigger	Bettina Jans-Troxler	Judith Schenk
Lea Bill	Anna Jegher	Sara Schmid
Laura Binz	Raffael Joggi	Nicole Silvestri
Gabriela Blatter	Nora Joos	Chandru Somasundaram
David Böhner	Barbara Keller	Ursula Stöckli
Michael Burkard	Ingrid Kissling-Näf	Irina Straubhaar
Eva Chen	Nora Krummen	Therese Streit-Ramseier
Francesca Chukwunyere	Corina Liebi	Bettina Stüssi
Dolores Dana	Maurice Lindgren	Michael Sutter
Milena Daphinoff	Simone Machado	Johannes Wartenweiler
Sibyl Eigenmann	Salome Mathys	Lukas Wegmüller
Vivianne Esseiva	Esther Meier	Janosch Weyermann
Alexander Feuz	Matteo Micieli	Marcel Wüthrich
Jelena Filipovic	Szabolcs Mihalyi	Paula Zysset
Sofia Fisch		
Katharina Gallizzi		

Stadtrat entschuldigt

Ruth Altmann	Fuat Köçer	Barbara Nyffeler
Lionel Gaudy	Anna Leissing	Mirjam Roder
Thomas Hofstetter	Niklaus Mürner	Sarah Rubin
Ueli Jaisli	Tanja Miljanovic	

Gemeinderat anwesend

Alec von Graffenried PRD	Marieke Kruit TVS	Michael Aebersold FPI
Reto Nause SUE		

Stadtkanzlei anwesend

Claudia Mannhart, Stadtschreiberin

Ratssekretariat anwesend

Nadja Bischoff, Ratssekretärin	Franck Brönnimann, Stv. Ratsweibel	Cornelia Stücker, Sekretariat
Marianne Hartmann, Redaktorin		

2018.SR.000074

5 Interfraktionelles Postulat GFL/EVP, GB/JA!, GLP/JGLP, AL/GaP/PdA (Marcel Wüthrich, GFL/Bettina Jans-Troxler, EVP/Katharina Gallizzi, GB/Eva Krattiger, JA!/Peter Ammann, GLP/Christa Ammann, AL/Luzius Theiler, GaP/Lionel Gaudy, BDP): Klimastrategie für die Anlagen der Personalvorsorgekasse; Prüfungsbericht

Präsident: Geschätzte Anwesende, ich begrüße zurück zur zweiten Sitzung vom heutigen Abend. Wir fahren weiter beim Traktandum 5. Wir sind stehen geblieben bei den Fraktionsvoten. Bereits geredet hat die GFL/EVP-Fraktion, die SP/JUSO-Fraktion, das GB und als nächstes hat sich für die GLP/JGLP-Fraktion Gabriela Blatter angemeldet.

Gabriela Blatter (GLP) für die Fraktion: Ich mache es relativ kurz. Ich schliesse mich den meisten Aussagen von meinen Vorrednern*innen an. Nächste Woche fangen die Klimaverhandlungen an. Es ist wieder einmal die UN-Klimakonferenz. Und das erste Mal, seit das Pariser Abkommen abgesegnet worden ist, findet die globale Bestandsaufnahme statt, inwieweit, dass wir mit der Umsetzung vom Pariser Abkommen auf dieser Welt sind. So viel zu dem. Der Zustand ist desaströs insbesondere auch in der Umsetzung des dritten Ziels des Pariser Abkommen, der Klimaverträglichkeit der Finanzflüsse. Das heisst, dass wir alle brauchen, jeder und jede und vor allem alle institutionellen Investoren*innen von dieser Welt, damit sie etwas bewegen und damit sie tatsächlich ihr Geld dort hintun, wo ihre Politik ist oder "put your money where your mouth is", wie man so schön auf Englisch sagt. Wir sehen ganz klar, wie meine Vorredner*innen auch, klare Verbesserungsmöglichkeiten in dem Postulats-Bericht und wir werden ihn darum auch ablehnen. Es hat für uns zu wenig Fleisch am Knochen. Es ist viel zu viel Bluff und viel zu wenig Spezifisches. Schliesse mich da vor allem auch dem Votum von Marcel an, und was wir wirklich brauchen, sind konkrete Massnahmen und klare Strategie. Ingrid hat es gesagt, der Rechtsrahmen hat sich recht stark verändert, seit das Postulat eingereicht worden ist, international, aber vor allem auch national. Wir haben das Klima- und Innovationsschutzgesetz angenommen und dort hat es ganz klar einen Plan drin, dass die Unternehmungen Transitionspläne mit klaren Zwischenzielen vorlegen sollen. Das erwarten wir auch von der Personalvorsorgekasse der Stadt Bern (PVK). Und genau das ist das, was wir eigentlich mit dem Postulat wollen: Einen klaren Transitionsplan mit klaren Zwischenzielen und bis wann, wie schnell und wie, vor allem die PVK ihre Anlagen mit dem "1,5-Grad-Ziel", aber auch mit der globalen Klimaresilienz in einen Einklang bringen kann. Und was wir auch wissen, ist das die Firmen der Realwirtschaft sehr stark – das wissen wir aus Studien – darauf reagieren, wenn die Investoren ihnen klar kommunizieren, wie ihre Strategie funktioniert. Also wann deinvestieren sie zum Beispiel ihre Anlagen? Was wünschen sie von den Firmen in der Realwirtschaft, in was sie investiert, etc. Und dann sehen wir eine Wirkung im Handeln des Finanzsektors in der Realwirtschaft, und genau darum ist es so wichtig, dass die PVK eine klare Strategie und einen klaren Transitionsplan hat und den auch offen und deutlich gegenüber den Firmen kommuniziert, wo sie investiert sind. Das sie jetzt Teil sind von Ethos etc., das ist alles gut, das sind gute Verbesserungen, aber es reicht einfach nicht. Ja und darum "Long Story short" werden wir das ablehnen. Merci vielmal.

Präsident: Danke vielmals, Gabriela Blatter. Ich sehe keine weiteren Fraktionsvoten. Gibt es Einzelvoten? Scheint nicht der Fall zu sein. Dann hätte das Wort Herr Gemeinderat Michael Aebersold.

Michael Aebersold, Direktor FPI: Ich weiss nicht, ob ich so lange reden muss, bis die SVP und die Mitte da sind, damit dann der Bericht angenommen wird. Ich bitte Euch auf alle Fälle darum, das zu machen und werde das jetzt auch begründen. Es ist einfach, muss ich schon sagen, ein bisschen schwierig, wenn nicht mühsam, wenn wir Fragen haben, die berechtigt sind, wenn wir eine Antwort liefern, die zu dieser Zeit aktuell war – ob es einem gefällt oder nicht – oder, und wir hier einen Antrag vom 29. April 2020 haben. Das ist euer Bier, das ist nicht unser Bier. Marcel hat sich bei mir gemeldet und ich habe gesagt, das können wir einfach nicht bieten als Verwaltung. Wir haben die Ressourcen nicht. Ich kann nicht einfach den Vorstoss zweimal beantworten und das ganze Zeug recherchieren lassen, um da aktuelle Antworten zu geben und darum macht es so wenig Sinn, jetzt den Bericht einfach zurückweisen zu wollen. Vielleicht sind auch die Fragen nicht mehr ganz aktuell. Zum Teil, ist selbst gesagt worden, hat sich es überrollt und es ist so, die PVK ist ein institutioneller Anleger in Fonds. Wir sprechen da von Aktien und Ihr wollt Gebäudemanagement, das ist völlig ein anderes Thema, was absolut hoch auf dem Radar bei der Pensionskasse ist. Wie auch bei den Immobilien, wo man jede Liegenschaft, wenn man sie saniert, selbstverständlich schaut, dass man die umweltgerecht sanieren kann. Aber auf der anderen Seite wird eine Heizung nicht herausgerissen, die einfach noch 10 Jahre hat. Dann warten wir bis zum Lebenslaufende. Das sind auch gewisse Vorgaben, die wir haben und das ist so, das muss ich sagen, der bundesrechtliche Versorgungsauftrag hat einfach erste Priorität. Die Pensionskasse: Das ist auch meine Verpflichtung als Verwaltungsratsmitglied – als Präsident, zwischendurch bin ich nur Vizepräsident –, dass die Pensionskasse sicherstellen kann, dass sie Renditen erwirtschaftet, selbstverständlich nicht über Leichen, aber das ist das oberste Ziel. Und ich will einfach auch festhalten, die PVK hat eine Environmental Social Governance-Strategie (ESG) und strebt eine kontinuierliche Verbesserung nicht nur an, sondern setzt das auch um. Ich komme noch darauf zurück. Oder auch für die, die wirklich interessiert sind, wir haben eine Website. Im Netz könnt ihr die Jahresberichte nachlesen gehen, in denen wir mittlerweile auch über die ganzen ESG-Kriterien berichten. Man hat darin geschrieben, dass wir beim Ethos Engagement-Pool in der Schweiz Mitglied sind. Warum sind wir dort Mitglied? Unter anderem, weil dort 140 Pensionskassen angeschlossen sind, damit man dort einen Dialog mit den grossen börsenkotierten, schweizerischen Unternehmungen führen kann, mit dem Ziel von good Governance. Da muss ich sagen, wenn Jürg Schad von der Pensionskasse bei Holcim angeklopft, werden sie ihn wohl kaum empfangen, um gute Ratschläge entgegenzunehmen. Aus dem gleichen Grund sind wir jetzt auch im Ethos Engagement-Pool international. Dort sind ebenfalls 50 Pensionskassen – aktueller Stand – angeschlossen und auch der hat das Ziel, den Dialog zu führen. Im Sinn, wie wir das hier drin auch wollen, dass wir Richtung nachhaltige Investitionen gehen: Umwelt, Soziales und auch eine verantwortungsvolle Geschäftsführung. Ich möchte noch einmal betonen, dass wir alle Beteiligungen an Unternehmen ausgeschlossen haben, die geächtete Waffen haben und das ist zur Kenntnis genommen worden. Danke Marcel, dass wir Obligationsanlagen umgelagert haben in ein nachhaltigeres Anlage-Gefäss. Wir haben die Finanzanlage auch dieses Jahr überprüfen lassen, das machen wir alle Jahre, das ist noch nicht publiziert. Einfach auch mit dem Ziel, dass wir unsere Ziele laufend verfolgen können und auch schauen, ob wir besser werden. Wir weisen generell um 24% tieferen CO₂-Ausstoss gegenüber dem Benchmark aus. Also so schlecht sind wir nicht, Benchmark 24% darunter. Wenn man das Resultat beim ESG-Screening anschaut, haben wir im 2023 ein Rating AA mit einem Score von 7,2. Also alte Profis hier wissen, was das ist. Das ist eine Skala von 0 bis 10. Im Jahr 2021 hatten wir noch eine AK bei

6,8. Also hier eine klare Verbesserung, kontinuierlich. Es geht nicht von heute auf morgen. Resultat vom Carbon-Screening und über die Scope 1, 2, 3 können wir dann vielleicht einmal im kleineren Kreis etwas diskutieren, was das beinhaltet und was nicht. Auch da können wir das nicht selbst erfinden, es tut mir leid, wir können das ausweisen. Scope 1 und 2 ist noch einfach. Scope 2, wo man Schluss noch schauen muss wie lange, dass sie auf dem Velo herumfahren oder wie viel CO₂, dass sie dort ausstossen, das ist nicht so simpel. Ich habe es so ein bisschen simplifiziert. Aber zum Sagen, wir haben uns auch beim CO₂-Ausstoss verbessert, um 31% haben wir uns von 21 auf 22 verbessert. Also wir sind dran. Wir machen was machbar ist. Das unmögliche braucht einfach ein bisschen länger Zeit oder, und dann brauchen wir einfach halt wirklich auch die Grossen, die mithelfen. Die sagen, wir helfen nicht mehr mit, dass man da in Sachen investiert, die nicht sauber sind. Entsprechend wirklich, es ist ein alter Bericht und auch die Fragen sind nicht mehr aktuell, nehmen Sie diesen zur Kenntnis. Wir sind gerne bereit mit Ihnen weiter über das Thema zu diskutieren. Merci.

Präsident: Merci vielmals, Michael Aebersold. Wir kommen beim Traktandum 5 zur Abstimmung über die Annahme von diesem Prüfungsbericht. Wir stimmen ab.

Abstimmung

2018.SR.000074: Prüfungsbericht		
Ablehnung		
Ja	20	
Nein	35	
Enthalten	1	Namensliste 016

Präsident: Sie haben den Prüfungsbericht abgelehnt.

2020.SR.000052

6 Interfraktionelle Interpellation SVP, BDP/CVP (Alexander Feuz/Ulrich Gränicher, SVP/Lionel Gaudy/Philip Kohli, BDP): Was für neue Aufgaben übernahm die Stadt seit 2017? Wo hätte sie sparen können?

Präsident: Wir kommen zum Traktandum Nummer 6. Traktandum Nummer 6 ist eine interfraktionelle Interpellation der SVP, BDP/CVP-Fraktion. Wir stimmen darum darüber ab, ob die Diskussion gewährt wird. Ich weise darauf hin, dass wir heute Abend nur einen Stimmzähler am Tisch haben. Bezüglich des Quorums bitte ich sie, sich bereit zu halten.

Abstimmung

2020.SR.000052		
1/3-Quorum nicht erreicht		
Ja	12	
Nein	41	
Enthalten	2	Namensliste 017

Präsident: Das Quorum ist nicht erfüllt. Dann hätten hier die Einreichenden noch Zeit für ein kurzes Votum von einer Minute, die jemand noch anmelden müsste. Alex du müsstest noch schnell drücken. Ich kann dich leider nicht drücken.

Alexander Feuz (SVP) für die Einreichenden: Ich bedauere, dass Ihr die Problematik nicht diskutieren wolltet. Wir wissen, wir haben Probleme. Damals als wir es eingereicht haben, haben die Finanzen noch ein bisschen besser ausgesehen als jetzt. Es ist eine schöne Auflistung. Man sieht, wo es durch geht, für was man Geld ausgibt, was man für neue Aufgaben gemacht hat. Ich schlage jetzt den Ball ein bisschen weiter. Sie haben gesehen das Budget, es wird langsam knapp. Ich hoffe jetzt wirklich, dass Ihr merkt – ich bin Cassandra –, dass wenn wir so weiterfahren, wir unweigerlich in eine Steuererhöhung reinlaufen. Ich habe dann schon letztes Mal gesagt: Die AL und die PdA, die den Antrag gestellt haben, haben wir natürlich bekämpft. Er ist aber wenigstens ehrlich gewesen und wenn Ihr jetzt gehört habt, was wir alles noch machen sollen, am liebsten das Privateigentum ganz abschaffen oder was auch immer, dann geht es eben schief. Darum, ich sehe wegen der kurzen Redezeit von weiteren Ausführungen ab. Ich warne einfach, denn das Licht ist jetzt nicht rot, sondern dunkel-rot. Merci.

Präsident: Merci, Alex. Zufriedenheitsgrad? Teilweise zufrieden. Merci vielmal.

2020.SR.000203

7 **Interpellation Fraktion SVP (Ueli Jaisli, SVP): Gelebte Solidarität in der Krise – kann die Verwaltung auch einen Beitrag leisten?**

Präsident: Wir kommen zum Traktandum Nummer 7 und das ist eine Interpellation der Fraktion SVP. Wir stimmen auch hier ab, ob die Diskussion... Keine Diskussion, gut. Dann wäre das auch erledigt. Teilweise zufrieden, danke vielmals. Dann kämen wir zu den Traktanden Nummer 8, 9, 10, 11, 12 und 13. Ich gebe den Einreichenden das Wort. Wir müssen kurz darüber abstimmen, ob wir die Diskussionen der Interpellationen gewähren. Wir stimmen darum – Entschuldigung Johannes –, wir stimmen darum zuerst ab über Traktandum Nummer 9.

Abstimmung siehe Traktandum 9

2016.SR.000253

8 **Interfraktionelle Motion AL/GPB-DA/PdA+, SP, GB/JA! (Christa Ammann, AL/Martin Krebs, SP/Franziska Grossenbacher, GB): Für mehr günstige Wohnungen mit Vermietungskriterien (GüWR)!; Begründungsbericht**

Gemeinsame Beratung der Traktanden 8 bis 13.

Präsident: Das ist eine Motion. Da müssen wir nicht darüber abstimmen. Also wir stimmen ab über Traktandum Nummer 9.

Präsident: Traktandum Nummer 8: Kommt jemand der Einreichenden sprechen? Johannes Wartenweiler.

Johannes Wartenweiler (SP) für die Einreichenden: Da das eine Block-Geschichte ist und wir jetzt bei einzelnen Geschichten die Diskussion bewilligt, bei anderen nicht bewilligt haben, ich aber ein Referat vorbereitet habe über alle 6 oder 7 Vorstösse, kann es passieren, dass ich zu etwas spreche, worüber wir eigentlich gar nicht diskutieren wollen. Also bitte ich um Entschuldigung. Wir verhandeln also hier ein halbes Dutzend Traktanden zum Wohnen und es drängt sich wieder einmal auf, etwas über Wohnbaupolitik im Allgemeinen zu sagen. Deswegen hier aus Sicht der SP ein paar Grundsätze. Erstens, der Boden sollte eigentlich der Öffentlichkeit gehören und die soll es im Bau-recht abgeben. Insofern ist es richtig, was die Stadt am Wildhainweg macht. Zweitens die SP der Stadt Bern sieht gemäss einem Wohnpapier vom Herbst 2019 ein idealer Wohnungsmix vor, der wie folgt aussieht: 1/3 gehört der Stadt, 1/3 ist genossenschaft-lich und 1/3 ist privat. Und wie Ihr wisst, es sind im Moment etwa 80% von den Woh-nungen in privaten Händen. Wir sind also weit davon entfernt, um diesem Idealzustand näherzukommen. Und nachher noch etwas, der Markt entscheidet nicht alles, soll nicht alles entscheiden. Demokratische Entscheidungen sind ebenbürtige Entscheidungskri-terien und gerade im Wohnungsbau gibt es starke demokratische Signale für Marktein-griffe, wie zum Beispiel die massive Annahme der Wohninitiative von 2016 uns zeigt. Und zu den Vorstössen und Forderung deswegen jetzt folgendes im Einzelnen: Güns-tiger Wohnraum ist eine Voraussetzung, dass Menschen aus ganz unterschiedlichem Milieu und mit ganz unterschiedlichen Einkommen in der Stadt ein Dach über dem Kopf finden und das ist heute schwieriger geworden. In den letzten 20 Jahren ist der Druck auf den günstigen Wohnraum gestiegen und Städte mit einem Triple A – Ausländer, Alte, Auszubildende ect. – sind wieder begehrte Wohnorte geworden. Dazu beigetragen hat ein vielfältiges Angebot in der Stadt, neue Bedürfnisse wie familienergänzende Kin-derbetreuung, aber auch die Neuausrichtung der Mobilität, weg von der Vorfahrt für die Autos und entsprechend der Nachfrage. sind auch die Mieten gestiegen und die sind heute für viele nicht mehr zu finanzieren. Die Stadt und Genossenschaften haben im-mer schon einen grossen Teil des preisgünstigen Wohnraums gemacht. Die Prozesse, die zum Teil noch aus der Vorkriegszeit sind, sind aber im Jahr 1980 mehr oder wenig zum Stillstand gekommen und es hat sich eine Lücke aufgemacht, die wir heute wieder schliessen wollen. Zu der städtischen Wohnungen ist zu bemerken, dass wir hier bis zur Jahrtausendwende mit einem organisierten Chaos kämpft haben und der Fonds, der im Jahr 1985 gegründet worden ist, ist lange Zeit nicht wirklich handlungsfähig gewesen. Da hat erst die RGM die Wende gebracht. Eine halbwegs saubere Rechnung existiert seit den 2000-Jahren, wo die Stadt erstmals die Mieten aufgrund der Kosten erhoben hat, und inzwischen haben wir ein Kostenmodell, das unter dem Namen "Ber-ner Modell" steht. Die Stadt hat heute ein Portfolio von rund 2'500 Wohnungen, die sie weitgehend zur Kostenmiete vermietet und sie hat vom Stadtrat den Auftrag, 1000 Woh-nungen im Bereich GüWR (Vermietungskriterien günstiger Wohnraum) zu vermieten und anzubieten, also im Bereich, der zusätzlich subventioniert ist. GüWR-Wohnungen sollen explizit für Menschen mit kleinen Einkommen zur Verfügung stehen. Der Kriteri-enkatalog, um dem zu genügen, ist umfangreich und verlangt von den Mieter*innen die Offenlegung der finanziellen Verhältnisse und die Schraube ist zuletzt angezogen wor-den. Aus unserer Sicht sind zusätzliche Kriterien. wie Teilzeitbeschäftigung als Argu-ment nicht zielführend. Die Zahl der GüWR-Wohnungen steigt langsam, aber stetig. Im Moment sind es 642 beziehungsweise 656, wobei der Jahresbericht des Wohnbaufonds dort nicht eindeutig ist. Allerdings sind sie gegenüber dem Jahr 2022 auch wieder zu-rückgegangen. Und jetzt muss ich schnell schauen, wo es weitergeht. So ok... Jetzt hier ein paar Punkte zu den aktuellen Wohnbauprojekten, wie wir sie verlangt haben in der Motion, die überwiesen worden ist. In verschiedenen Punkten wurde verlangt, dass

man in bestehenden und in die geplanten Wohnbauprojekte, konkret GüWR-Wohnungen einrichtet. Der Gemeinderat hat bei verschiedenen Sachen gesagt, dass es vorbei sei, das gehe nicht mehr, das sei zu spät. Man hat allerdings zum Beispiel bei der Reichenbachstrasse 118 zusätzliche 24 GüWR-Wohnungen eingeplant und die sind heute eigentlich auch umgesetzt. Die Motion ist dann überwiesen worden mit diesen Punkten und der Begründungsbericht, der jetzt vorliegt, den nehmen wir an.

Also jetzt muss ich halt ein bisschen schauen, zu was wir reden sollen, zu was nicht, weil das haben wir ja vorher diskutiert.

Bei den Genossenschaften ist folgendes zu sagen: Die Stadt hat – das hat Michael Aebersold schon vorher erwähnt – im Wohnbaufondsreglement durchaus den Auftrag, auch gemeinnützige Wohnbauträger, dazugehören die Genossenschaften, aktiv zu unterstützen. Sie macht das auch, denn sie ist selber Teil von verschiedenen gemeinnützigen Genossenschaften. Die meisten von denen sind im Bereich des preisgünstigen Wohnungsbaus aktiv. Sie hat auch signalisiert, dass sie bereit ist, bei der Wohnbaugenossenschaft Viererfeld jetzt einen Beitrag zu leisten. Das kann natürlich sein, indem sie Genossenschafterin wird, aber auch – wie es gemäss Fondsreglement auch vorgesehen ist –, indem sie in die Genossenschaft, die auf dem Viererfeld baut, eine Unterstützung finanzieller Art in Form von Darlehen geben könnte. Insgesamt würde ich folgendes sagen: Die Stadt Bern hat ihre Wohnbaupolitik auf Bereiche ausgerichtet, die vom Markt im Allgemeinen vernachlässigt werden. Also die Privaten bauen lieber im hochpreisigen Miet- und Eigentumswohnungssegment. Wir werden sehen, was es bringt, wenn jetzt die Verpflichtung auf den gemeinnützigen Drittel, der in der Wohnbauintiative vorgesehen ist, umgesetzt wird, wie viel das zur Entlastung der Mieten beiträgt. Wir wissen aber auch, dass die Kostenmiete, so wie sie vom Bundesamt für Wohnungswesen vorgesehen ist, viel Luft hat und haben zum Beispiel auch mit einem Vorstoss im Herbst 2021 verlangt, dass zum Beispiel auf dem Viererfeld im gemeinnützigen Bereich so gebaut werden muss, dass die Anlagekosten um 10% unterschritten werden sollen. Und die gemeinnützigen Wohnbauträger sind im Moment sehr aktiv und leisten einen wichtigen Beitrag. Es ist ein bisschen schwierig im Moment überall so vorwärtszukommen, wie man gerne vorwärtskommen möchte. Das sind Sachen, die man überwinden muss und es braucht halt einfach mehr Zeit. Und es bleibt aber die Aufgabe der Stadt – die grosse Aufgabe – den Wohnungsbau zu fördern und voranzutreiben. Dass sie den Bedürfnissen der vielen Menschen in der Stadt, aber auch darüber hinaus – den Bedarf nach günstigem Wohnraum – kann zufrieden stellen. Wohnraum ist aus Sicht der SP und für die JUSO ein Grundrecht, das grösstes Engagement und höchste Dringlichkeit verlangt. Merci vielmals.

Präsident: Merci vielmals, Johannes. Wenn ich dir zugehört habe, ist das auch gerade gleichzeitig das Fraktionsvotum gewesen? Merci. Wir wären darum bei Traktandum 9 für die Einreichenden. Da käme Simone Richner. Du hast eine Minute Zeit, um zu sprechen. Merci.

Simone Richner (FDP) für die Einreichenden: Wenn man die Antwort des Gemeinderats anschaut, ist eine kritische Betrachtung unumgänglich. Projekte wie die Zwysigstrasse und Centralweg haben eigentlich deutlich gezeigt, dass unsere Bauprozesse in der Umsetzung erhebliche Mängel aufzeigen und die Frage aufwerfen, ob unsere Steuerungsmechanismen wirklich so effektiv sind, wie sie sein sollten. Besonders bedenklich wird das im Kontext mit den neuen Projekt Viererfeld und Gaswerkareal. Die beiden Projekte leiden ebenfalls unter erheblichen Mängeln und legen nahe, dass der

Gemeinderat offenbar nichts aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt hat. Wir brauchen darum mehr als Versprechen, wir brauchen endlich handfeste Aktionen und verbindliche Richtlinien. Merci vielmals.

Präsident: Merci vielmals, Simone. Wir wären für die Einreichenden bei Traktandum 10. Das wäre von der Mitte jemand. Sie verzichten. Traktandum Nummer 11 ist auch angekündigt worden. Das wird im Votum direkt eingebaut. Traktandum Nummer 12: Kommt jemand vom GB? Auch im Votum. Merci vielmals. Dann wären wir beim Traktandum Nummer 13. Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Einreichenden: Ich habe mich entschlossen, ich werde das Votum halten für die Motionäre zum Traktandum 13 und werde anschliessend nachher auch gerade das Votum halten für die Fraktion. Ich glaube, dass es sinnvoll ist, denn es ist einfacher. Dann habe ich auch die Möglichkeit noch einmal zu reden, sonst hätte ich das nicht. Vielleicht rasch noch eine Vorbemerkung: Ich bin sehr enttäuscht, dass die RGM zuerst die Gewährung gibt für die Diskussion zum Vorstoss der FDP zum Traktandum 9 und nachher stellt man ein Rückkommensantrag. Insofern hat es jetzt das Grüne Bündnis auch etwas erwischt am Löffel, dass man nachher die Diskussion nicht gewährt hat. Und jetzt denkt auch etwas praktisch, alle die Traktanden sind zusammen traktandiert. Man kann dazu reden. Ich werde mir erlauben, noch zu diesen Traktanden, zu denen teilweise keine die Diskussion gewährt worden ist, ganz kurze Ausführungen zu machen. Ich komme da mit der Zeit gut durch. Keine Angst ich machen hier nicht die Ermüdungsrede, aber ich bin der Meinung, dass wir hier doch gewisse Sachen haben, worüber man reden muss, die von Bedeutung sind. Ich werde mich allerdings schergewichtig auf den Vorstoss 13 berufen und jetzt sage ich Euch ganz klar die Motionäre missgönnen diesen Leuten, die in diesen Wohnungen sind, wenn sie jetzt Teilzeit arbeiten, für die Berechnung aber auf Vollzeitbeschäftigung abgestellt wird, nicht. Aber Ihr seid die, die diejenigen bestrafen, die die Möglichkeit nicht haben Teilzeit zu arbeiten. Ich habe immer gesagt der Oberrichter – wie gesagt, nicht dass wir ein Problem bekommen, ich mache einfach jetzt Berufsbeispiel – und gewisse andere Berufskategorien können sich eine Teilzeitarbeit leisten. Das sind vielleicht die Leute der Justiz. Das sind Leute, die eine Kaderstelle haben, die beim Bund sind, beim Kanton und der Stadt. Sei das ein Pfarrer, sei das ein Oberrichter, sei das der Schulleiter oder was auch immer und gewisse Leute haben die Chance nicht. Der Hilfsabwart, Migros-Kassierer, ein Coop-Kassierer, die Aldi-Kassierer, die haben nicht die Möglichkeit zu sagen, wir arbeiten jetzt nur 60%. Es geht dann trotzdem. Und der Mann, der vielleicht Taxi fährt oder irgendwie Schreiner oder Hilfsarbeiter auf dem Bau ist, der sagt ich arbeite jetzt auch nur 40%, dass ich mehr Zeit für die Kinderbetreuung und für mein Hobby habe. Die haben die Möglichkeit nicht und das ist genau der Ansatzpunkt der Motionäre. Es kann nicht sein, dass die Steuerzahler, das geht von einfacheren bis zu ganz teuren, und die die Vollzeit arbeiten für die anderen aufkommen müssen. Das ist eben eine unsoziale Sache und darum sind wir der Meinung, dass man hier neue Massnahmen haben soll. Wir haben hier im Traktandum 13, 2 Punkte: Wir haben verlangt, dass der Gemeinderat die nötigen geeigneten Massnahmen zu ergreifen hat, damit die ungerechtfertigte Praxis geändert wird. In Zukunft soll der Anteil der Personen, die die Vergabekriterien nicht oder nicht mehr erfüllen, wegfallen. Beschäftigungsgrad: Der Grund für das Teilpensum, freiwillig versus krankheitsbedingt, aufgrund von Kinderbetreuung oder Pflege von Angehörigen, ist in den Vergabekriterien zu berücksichtigen. Da möchte ich jetzt klar festhalten – darum haben wahrscheinlich die von der Mitte und die GLP den Vorstoss unterschrieben –, das ist kein unsozialer Vorstoss. Ein

IV-Rentner, der eben eingeschränkt ist, von dem verlange ich nicht, dass 100% arbeiten geht, wenn er eben vielleicht nur 40% oder 50% arbeitsfähig ist. Jemand, der kleine Kinder hat und alleinerziehend ist, aber sehr viel verdient und vielleicht noch ein grosses Vermögen hat, auch dort muss man nachher differenzieren. Da kann man durchaus wie wir es drin haben. Aber man muss einfach dann schauen, wenn der fünfzigjährige hohe Kaderangestellte in der Justiz, der liiert ist mit einer gut situierten Schulleiterin ohne Betreuungspflichten, wenn dann die sagen, wir wollen uns um irgendwie autogenes Training oder irgendwelches Zeug kümmern. Wir wollen uns für das frei halten, da soll dann der Steuerzahler nicht zahlen müssen. Da muss man differenzieren und genau das haben wir eben hier vorgesehen. Darum ist der Vorstoss – das sage ich nach wie vor – einer von den Besseren, den wir geschrieben und eingereicht haben. Darum appelliere ich an Euch den zu unterstützen. Und nachher gibt es eben noch einen Punkt. Das ergibt sich auch daraus. Es gibt Situationen, wo Leute die Betreuungspflichten haben oder was auch immer, wo man sagen muss, die haben dann in dieser Situation Anspruch auf Vergünstigungen. Das sollen sie haben. Das habe ich also eigentlich immer gesagt, der Feuz hat nicht a priori etwas gegen Sozialwohnungen. Es ist ein Angebot, über das die Stadt Bern verfügen muss, das ist kein Problem, aber wenn die Voraussetzungen eben weggefallen sind, dann sollen sie eine marktübliche Miete zahlen. Und das ist eben gerade der Punkt und das wird ja nicht gemacht. Wir haben X Fälle gehabt, in denen wir nachher gesehen haben, wie es ist. Und jetzt müsst Ihr die Antwort des Gemeinderats schauen. Sie haben das eben mehrmals wiederholt, dass man das eben nicht berücksichtigt. Wieso man es nicht berücksichtigt, da hält man sich dann eben wieder ein bisschen vornehm zurück. Man hält sich dann wiederum zurück. Es ist eben das Berner Modell, das bemüht wird. Mit anderen Worten, das ist eine reine Klienten Schutzpolitik für die Wähler und für die Kreise, wo man hofft, dass man von diesen dann die Stimme hat, dass die einem nachher unterstützen. Damit eben dann vielleicht auch das hohe Kader, sei es in der Privatwirtschaft oder bei der öffentlichen Verwaltung, bei den nächsten Wahlen einem dann wieder hilft, weil man sagt, ich fahre eigentlich gut. Und das ist auch ein Fall – ich bin jetzt ein bisschen böse, ich gehe so ein bisschen weiter und provoziere – von Stimmenkauf. Man erhofft sich hier die Stimmen von diesen Leuten, wo man sich ebenso erkaufte, damit sie eben hier Vorteile haben, und sie jemand wählen. Das ist nicht sozial. Das ist sehr unsozial von allen diesen Leuten, die die Möglichkeiten nicht haben. Der Feuz sagt dann mal, wenn jemand die Voraussetzung nicht hat, dann kann er verbilligten Wohnungsbau machen, da habe ich nichts dagegen. Aber es sollen die Leute in diesen Wohnungen sein, die effektiv Anspruch und es aus nötig haben. Wir sollten nicht Teilzeit oder private Sachen fördern auf Kosten der Steuerzahler und den Leuten, die es nicht machen können. Und dann muss man die Sache eben dann auch anpassen. Und dann müsst Ihr weiterlesen, wie es eben dann heisst: "Was ist ein Hauptgrund?" Der Mehraufwand, der Mehraufwand... Der Steuerzahler, der muss die Steuererklärung machen und dann wird das Geld nachher verschleudert und verschwendet. Wir haben es gesehen beim teuren Spielplatz. Wir haben es gesehen, was man jetzt für Hütte kauft. Ich zitieren da Janosch Weyermann, der es teilweise wirklich auf den Punkt gebracht hat. Sie haben einen schlechteren Zustand als die kleine Ruine Grasburg. Dort wird das Geld wieder mit beiden Löffeln ausgegeben. Vielleicht gibt es natürlich dann wieder einen Wettbewerb einer Architektin oder Architekten, der jemanden nahesteht, der dort ein Projekt entwickeln kann, der dann auch macht. Aber man will eben nicht den Mehraufwand, aber dafür plagt man die anderen Leute, die die eben das Teilzeit-Model nicht wählen können, die Steuerzahler müssen es machen, das ist eben ungerecht. Das ist für mich eine

Gemeinheit. Das ist eine Abzockerei des Steuerzahlers und von denen, die die Möglichkeiten nicht haben. Sie profitieren auf dem Buckel von den anderen. Ich hoffe, der Gemeinderat und der Finanzdirektor hören hier zu, wenn ich kritisiere. Das ist für mich eine Gemeinheit, die nicht nachvollziehbar ist und dann wird es noch mit administrativer Überlastung begründet. Und wir haben ja viel zu wenige Beamte. Wenn es nach dem Gemeinderat Aebersold und andere geht, müsste man ja noch vielmehr Leute einschalten. Ihr seht, dass wenn Leute – ich wiederhole es, jedes Mal – nicht fähig sind, mit dem Geld vom Steuerzahler umzugehen, dann geht es eben schief. Stichwort Kühlewil: Für 30'300'000 Franken sanieren, 2017-2021, und nachher verkauft man es für 12'800'000 Franken. Wenn man so budgetiert, dann geht es schief. Wenn man dann das Viererfeld noch in den Sand setzt, muss man dann wahrscheinlich die Elfenau dann wiederum überbauen. Man hat uns lange versprochen, dass sei dann geschützt. Aber nein, jetzt ist es wieder strategisches Land- und Baulandreserve. Wir zerstören die Stadt Bern. Der Springgarten kommt dran, alles kommt dran. Man hat keine Lebensqualität mehr, aber man soll für die Klientel, die einem wohlgesinnt ist, soll man das nötige machen. Ich komme jetzt noch ganz kurz – Ihr seht, ich mache das nicht episch hier – zum Vorstoss 8. Ich will mich hier kurzhalten. Der Begründungsbericht, die RGM wird den wahrscheinlich ablehnen, dann werden wir dieser Sache dann zustimmen. Aber ihr seht, es geht ganz in die falsche Richtung. Man will einmal mehr die Mehrheitsverhältnisse zementieren. Ich bin jemand, der sehr gerne Geschichte hat: "Das rote Wien". Ich habe das schon vor 10 oder 15 Jahren gesagt und geschrieben, wie hat das rote Wien seine Mehrheit bekommen? Man hat in den Zwanziger-/Dreissigerjahren einen Karl Marx-Siedlung gemacht. Ein grosser Ringhof, da sind vor allem langjährige Sozialdemokraten von der SPU von der KPÖ drin gewesen und dort hat man die Mehrheitsverhältnisse politisch zementiert. Dann in den Neunzigerjahren haben sie dann ein bisschen gewechselt. Es sind die alte FPÖ-Wähler und die ÖZP oder wie sie heissen, eingezogen. Aber es ist genau das Modelle, welche die rote Stadt Bern macht, und ich sage wehret den Anfängen. Es geht um das. Da hoffe ich dann vielleicht, dass auch Eure Wähler, die es sich eben nicht leisten können, die nicht dort drin sind, einmal reklamieren und merken, dass das Geld wäre, dann vielleicht gescheiter für uns und für die Familien eingesetzt worden, als dass wir hier ein Teilzeitmodell von gewissen hablichen Leuten finanzieren. Ihr habt die Diskussion eben erstaunlicherweise zuerst gewährt, habe da schon danken wollen. Darum bin ich ganz grosszügig gewesen und ich habe häufig schon Euren Vorstössen auch die Diskussion gewährt, denn ich sage dann schon das, was mir nicht passt, da habe ich keine Angst. Aber Ihr seht eben genau – dass schon beim Traktandum 10 – wie viel Geld da verschenkt wird. Ich fange jetzt gerade mit Nummer 10 an: Wenn ich es richtig interpretiert habe, hätte man Marktmietzinsen von 2'700'000 Franken realisieren können. Das könnte man problemlos haben, wenn man das dort machen würde. Aber wie gesagt die wunderbare Stadt: "Man hat kein Geld, ich brauche es gerne." Das Beispiel vom Zirkus Wunderplunder vom Timur, das bringe ich gerne einmal. Da hat man dort kein Geld. Man hat auch kein Geld für die Abendeintritt in der KA-WE-DE von 3'000-3'500 Franken, aber für irgendwelche Teilzeitmodelle von hablichen Leuten zu finanzieren. Da hat man dann wiederum Geld. Darum wie gesagt, es ist ein bisschen schade, dass die Mitte hier nicht die Diskussion verlangt hat, die immer gesagt hat, das ist ein interessanter Vorstoss. Ihr seht, wie leichtfertig man Geld ausgibt. Ich habe auch gesagt – wenn man jetzt schon den rundum Schlag machen kann – bei der Schützenmatte verzichtet man auch pro Jahr auf 600'000 Franken, dann wären wir schon bei 3'300'000 Franken. Aber die Stadt Bern will ja nicht sparen, man macht ja lieber eine Steuererhöhung. Dann habe ich dann die Hoffnung,

dass dann vielleicht die Leute, die Teilzeit machen, dann plötzlich mehr müssen arbeiten, dass sie die Steuern wieder zahlen können. Könnte dann vielleicht einmal passieren. Vielleicht merken sie dann, dass sie da einem Betrug und einer Abzockerei von den anderen aufgesessen sind. Ihr seht nachher auch die lange Interpellation, die eingereicht worden ist: "Soziale Wohnpolitik stärken. Die Stadt Bern wird selber Genossenschafterin." Da kann man nachher natürlich die Leute noch mehr auswählen, die nachher drin sind. Ihr seht es immer mit dem Mietermodell "Muri-Feld", da dürfen die Mieter bestimmen, wer Nachmieter wird von den freien Wohnungen. Es ist mir klar, wenn Ihr natürlich ein Mietermodell habt, wo alle Leute aus dem Rotgrünen Kuchen sind, da wird wahrscheinlich niemand mehr von der Mitte oder irgendjemand, wo katholisch oder reformiert ist, die eine Position in der EVP oder was auch immer hat, eine Wohnung bekommen. Und SVP und Freisinnige müssen sich wahrscheinlich dort schon gar nicht bewerben, denn das ist schade für das Porto oder für die Zeit am Computer. Das sind genau die Fehlanreize, aber ich habe aufzeigen wollen, wie das ist und bei Nummer 12, muss ich sagen, da bin ich ein bisschen schadenfreudig. Ich bin sonst nicht immer so, aber die, die immer die Diskussion verweigern wollen, jetzt redet man dann zur Interpellation 12 auch nicht viel. Und ich habe immer gesagt, dass man von Armut betroffene Menschen, dass man diesen Wohnraum zur Verfügung stellt, sage ich nicht Nein. Aber man muss den ganzen Kasten sehen und wenn man die Wohnbaupolitik auch sieht, muss man bei guten Objekten an guter Lage, da muss die Stadt etwas verdienen können. Aber wenn man halt Schrott zusammenkauft, teure Kindergärten macht und dann meint, es gäbe eine gute Sache für den Steuerzahler und den Betroffenen, dann zieht man einen Schuh voller Dreck heraus. Und wie ich es schon gesagt habe, mit diesen Sachkompetenzen Kühlewil, da habe ich nicht das geringste Vertrauen in die FPI und in die zuständigen Instanzen, dass da etwas Gutes herauskommt. In dem Sinn, danke ich allen noch, die unsere Vorstösse unterstützen und ihr seht auch, wie wäre bei der Abstimmung. Ich glaube, der Fall ist klar. Ich hoffe auch die Medien nehmen die Sache auf, dass es hier nicht gegen die Leute geht. Es geht um die Leute, die eben gerne eine Wohnung hätten und dann darf man nicht einfach, die die sich es leisten können auf Kosten vom Steuerzahlern abzocken. Das ist ein Stimmenkauf der RGM. Merci.

Präsident: Merci, Alexander Feuz. Wir sind durch mit den Einreichenden-Voten und gewissen Fraktionsvoten. Wir sind darum für alle anderen, die Fraktionsvoten halten wollen jetzt bereit für die restliche Fraktionsvoten. Also da käme für die GFL/EVP-Fraktion, Lukas Gutzwiller.

Lukas Gutzwiller (GFL) für die Fraktion: Seit Jahren ist die Schaffung von günstigem Wohnraum ein politischer Schwerpunkt der Stadt Bern. Das soll auch in Zukunft so bleiben. Unter dieser Prämisse hat der Gemeinderat im Oktober 2018 die städtische Wohnstrategie verabschiedet und sich zum bestehenden System GüWR bekennt. Auch die GFL/EVP-Fraktion sieht die Lösung im Zukauf von GüWR-Wohnungen und Wohnungen mit Kostenmiete. Dazu hat die Stimmbevölkerung bekanntlich einem Fonds zugestimmt, mit dem die Stadt günstige Altbauten kaufen und zu GüWR-Kriterien vermieten kann. Das erste Traktandum von diesem Block ist ein Begründungsbericht zu einer Motion von GB, SP und AL, den wir positiv zur Kenntnis nehmen. Motionäre fordern im ersten Punkt, dass auch Neubauwohnungen als GüWR-Wohnungen vermietet werden. Der Gemeinderat entgegnet zu Recht, dass die Mietzinsen von Neubauwohnungen in aller Regel, die vom Gemeinderat festgelegte gelegten GüWR-fähigen Mietzinsen nach

Berner Modell überschreiten. Wir gehen mit dem Gemeinderat einig, dass Neubauprojekte in aller Regel nicht für GüWR-Wohnungen geeignet sind. Gerade aus dem Grund haben wir auch dem Fonds für den Zukauf von Bestandeswohnungen als primäre Massnahme für den Zubau von GüWR-Wohnungen zugestimmt. Das Neubauprojekt Reichenbachstrasse hat übrigens gezeigt, welche Klimmzüge gemacht werden müssen, um wenigstens einen Viertel der Wohnungen im GüWR-Segment zu vermieten. Wenn die Stadt baut, ist bekannt, dass die Kosten um rund 50% höher sind, als wenn Gemeinnützige bauen. Wir begrüssen auch, dass der Gemeinderat anhand vom Projekt Viererfeld und das Mittelfeld prüfen will, ob beziehungsweise wie viele GüWR-Wohnungen dort schon in der ersten Etappe erstellt werden können. Dabei muss man aber wiederum in Erinnerung rufen, dass der Fonds die gesetzliche Pflicht hat, eine Rendite zu erwirtschaften. Alleine die Infrastrukturerschliessung und der Boden beim Viererfeld schlagen mit über 100'000 Franken pro geplante Wohnung zu buche. Das wird bestimmt nicht einfach sein, dort noch so günstig zu bauen, wie an der Mutachstrasse. Das heisst, es wird dort sehr schwierig sein, günstige Mieten anbieten zu können. Wichtig scheint uns auch der historische Rückblick bis zur Jahrtausendwende. Damals sind alle rund 2000 städtischen Wohnungen natürlich mit Ausnahme der Herrschaftswohnungen, als preisgünstige Wohnungen mit Vermietungskriterien vermietet worden. Die Betriebskommission vom Wohnbaufonds hat damals beschlossen, der grössten Teil davon zu marktüblichen, aber nicht exzessiven Mietpreisen zu vermieten. Der Grundsatz ist heute nicht mehr eingehalten und praktisch alle städtischen Wohnungen werden zu Kostenmiete vermietet oder eben GüWR. Da ist doch die Antwort zur Interpellation Daphinoff interessant: "Durch die Vermietung zur Kostenmiete anstatt zur Marktmiete entgehen dem Fonds jährlich 2'700'000 Franken." Das ist umgerechnet pro Wohnung etwa 200 Franken pro Monat, wo die Wohnungen zur Kostenmiete unter dem Marktzins liegen, und es entspricht doch einer relativ grossen Marge zu steuern. Für unsere Fraktion stellt sich darum schon die Frage, ob Erstens auch für die städtischen Wohnungen mit Kostenmieten Vergabekriterien eingeführt werden sollten und Zweitens, ob die Mietverhältnisse nicht dynamisch ausgestaltet werden könnten, so dass die Mieten bis auf das Marktniveau angehoben werden könnten, sobald jemand die Vermietungskriterien nicht mehr erfüllt. Es geht unserer Fraktion aber auf keinen Fall darum, dass man Mietende aus den Wohnungen herauswirft. Um das geht es uns sicher nicht. Es führt effektiv zu Ungerechtigkeiten, wenn die städtischen Wohnungen mit Kostenmiete einem Segment zugutekommen, die allenfalls gar nicht darauf angewiesen ist. Das führt für einen Teil der Fraktion zu einer Entsolidarisierung und wir werden uns einen entsprechenden Vorstoss überlegen, wo die Stadt dynamische Mietverträge ausstellt. Die Antwort vom Gemeinderat ist uns zu plakativ und unterstellt, dass wenn jemand einmal bedürftig geworden ist, dass er auf immer und ewig bedürftig bleibt, das ist zum Glück nicht so verallgemeinert gültig. Das ist im Übrigen auch das Anliegen der bürgerlichen Motion zum Centralweg. Die ist für uns aber zu radikal und wie gesagt, wir sehen aber durchwegs Handlungsbedarf.

Präsident: Merci vielmals, Lukas. Dann käme Simone Richner für die FDP/Jungfreisinn-Fraktion.

Simone Richner (FDP) für die Fraktion: Ich verzichte darauf, das nochmal zu wiederholen, weil es mein Vorredner Alexander Feuz schon ausführlich und treffend erwähnt hat. Möchte aber gleich noch einmal auf unsere Motion eingehen. Wenn wir die Antwort des Gemeinderats anschauen, stellen wir die entscheidende Frage, ob die Vergabekriterien für unsere städtischen Mietwohnungen wirklich gerecht und effizient sind. Die

Antwort des Gemeinderats auf die berechtigte Kritik erscheint ausweichend. Zwar erkennt sie die komplexen Lebensumstände von Teilzeitbeschäftigten, wie auch Alleinerziehenden und krankheitsbedingten eingeschränkte Personen an, das ist allerdings gar nicht der Gegenstand dieser Debatte. Vielmehr übergeht sie den zentrale Kritikpunkt von dieser Motion, dass unsere Vergabesysteme auch solche begünstigen könnten, die sich Wohnraum zum Marktpreis eigentlich leisten könnten. Die potenzielle Ungerechtigkeit, die durch das aktuelle System entsteht und Personen mit geringem Arbeitspensum bevorzugen könnte, könnte andere auf günstigen Wohnraum dringend angewiesenen Bewerbern benachteiligen. Der Gemeinderat scheint den Kernpunkt aber zu ignorieren. Seine Argumentation und die Berücksichtigung des Beschäftigungsgrades würden unangemessene administrative Aufwände bedeuten, wirkt wie eine Flucht vor der Verantwortung, ein gerechtes und transparentes System zu schaffen. Es ist unsere Pflicht, ein System zu entwickeln, das tatsächlich diejenigen unterstützt, die es am nötigsten haben. Und vielleicht würde ja das auch gerade eine Idee sein, dass wir endlich von der Objektfinanzierung wegkommen und endlich zur Subjektfinanzierung kämen.

Präsident: Merci vielmals, Simone. Da käme Esther Meier für die GB/JA!

Esther Meier (GB) für die Fraktion: Der Gemeinderat hat am im Oktober 2018 die städtische Wohnstrategie mit entsprechenden Massnahmen verabschiedet. Dort drin bekennt er sich unter anderem zu den folgenden Zielsetzungen: Nämlich, dass er einerseits die Angebote von preisgünstigen Wohnungen erhöhen und vermehrt selbst bauen will und andererseits, dass er die Anzahl der Mietverträge im Segment von den günstigen Wohnungen mit Vermietungskriterien, den sogenannten GüWR-Wohnungen bis 2025 auf 1000 erhöhen will. In seiner Antwort auf die Interpellation 12 rühmt sich der Gemeinderat noch, die Zielvorgabe von plus 50 GüWR-Mietverträgen pro Jahr, ich zitiere: "zum zweiten Mal in Folge übertroffen zu haben." Wenn man aber die Zahlen aus den Geschäftsberichten für die Jahre 2021 und 2022 zusammenträgt, zeigt sich in aller Deutlichkeit, dass der Gemeinderat inzwischen weit davon entfernt ist, die eigenen Zielvorgaben für das 2025 zu erreichen. 2021 ist die Zahl der GüWR-Mietverträge nämlich nur um einen einzigen Mietvertrag gestiegen. Immerhin könnte man da mit Blick auf das Folgejahr sagen, denn 2022 ist die Zahl dann sogar um ganze 19 Mietverträge auf insgesamt nur noch 642 Mietverträge im GüWR-Segment gesunken. Sogar wenn wir die 251 WEG-Mietverträge, die bis Ende 2027 auslaufen und anschliessend im GüWR-Segment vermietet werden sollen, dazu zählt, wird die Zielvorgabe mit einem Delta von über 100 Wohnungen sehr deutlich verfehlt. Mit Blick auf die sich abzeichnende Mietkrise ist der Handlungsbedarf im Moment aber dringender, denn je. Die aktuelle Teuerung und die drohende Mietzinsexplosion aufgrund des steigenden Referenzzinssatzes stellen für viele Haushalte schon jetzt eine kaum stemmbare finanzielle Belastung und ein Armutsrisiko dar. Darum muss der Gemeinderat jetzt seine Verantwortung wahrnehmen und mit den entsprechenden Investitionen rasch dafür sorgen, dass ausreichend günstiger Wohnraum kann geschaffen werden. Denn die Stagnation bei der Anzahl von GüWR-Wohnungen kommt leider nicht überraschend. Bei den von der Stadt Bern realisierten Bauprojekten an der Reichenbachstrasse und im Stöckacker sind die GüWR-Anteile mit je knapp 25% sehr tief. Weder ist in den letzten Jahren genug bestehender Wohnraum dazugekauft worden, noch hat der Gemeinderat die Absicht umsetzen können, vermehrt eigene Bauprojekte zu realisieren, die bis 2025 bezugsbereit wären. Die GB/JA!-Fraktion erachtet vor dem Hintergrund der drohenden Mietkrise die Zielvorgabe von 1000 GüWR-Mietverträgen bis 2025 als zu tief angesetzt und plädiert dafür, möglichst rasch eine Erhöhung zu prüfen. Besonders stossend ist es aus Sicht

der GB/JA!-Fraktion, dass es der Gemeinderat, wie er im Begründungsbericht der Motion 8 eingesteht, verpasst hat, bei neuen Genossenschaftsüberbauungen die Erstellung von GüWR-Wohnungen einzufordern, wie das eigentlich auch in seinem eigenen Grundsatzpapier für gemeinnützige Wohnbauträgerschaften explizit vorgesehen wäre. Aufgrund vom Genossenschaftskapital, das eingebracht werden muss, schliessen die Genossenschaften Menschen mit kleinem Einkommen und Vermögen leider oft aus. Da muss aus Sicht von der GB/JA!-Fraktion noch dringend und rasch nachgebessert werden. Einerseits die verstärkte städtische Beteiligung an genossenschaftlichen Wohnformen, die auch für Menschen mit etwas wenig Vermögen zugänglich sein sollen, andererseits aber auch indem der Fonds alles daransetzt, dass freie Wohnungen in bestehende Genossenschaft zur Weitervermietung im GüWR-Segment übernommen werden können. Denn es darf aus unserer Sicht nicht sein, dass nur Personen die zum Beispiel geerbt haben oder über die entsprechenden Kontakte verfügen von den gemeinnützigen Wohnungen in der Stadt Bern profitieren können. In dem Sinn wird die GB/JA!-Fraktion der Begründungsbericht der Motion 8 zur Kenntnis nehmen, auch wenn wir die Massnahmen, die der Gemeinderat umgesetzt hat, als ungenügend erachtet. Die Motion 13 andererseits, wo darauf abzielt, dass die Mieter*innen, die Teilzeitarbeiten ihren Anspruch auf GüWR-Wohnungen verlieren, lehnt die GB/JA!-Fraktion dezidiert ab. Wie der Gemeinderat in seiner Antwort gut aufzeigt, würden die zusätzlichen Kriterien einen unverhältnismässigen Eingriff in die Privatsphäre der Mieter*innen darstellen. Auch erachten wir den einseitigen Fokus auf Lohnarbeit als Gesellschaftspolitisch schwierig. Unsere Gesellschaft funktioniert nur dank unzähligen Stunden, die Menschen in ehrenamtliches Engagement und unbezahlte Care-Arbeit investieren und sowieso liegt das Problem nicht bei denen, die von den Motionär*innen unter Generalverdacht gestellt werden, sondern mit dem verspekulierten Wohnungsmarkt und den ungenügenden politischen Regulierungen, so wie auf der Einnahmeseite bei einer verfehlten Steuerpolitik, wo die Reichen und Grossunternehmen schont, anstatt sie in ihre gesellschaftlichen Pflicht zu nehmen.

Präsident: Merci vielmals, Esther. Dann käme als nächstes Janina Aeberhard von der GLP/JGLP-Fraktion.

Janina Aeberhard (GLP) für die Fraktion: Wir haben es heute schon gehört, die Mieten sind ein grosser Ausgabeposten von vielen Haushalten und per 1. Dezember wird der Referenzzinssatz bereits zum zweiten Mal dieses Jahr steigen und damit auch die Mieten zusammen mit sonst steigenden Kosten, wie zum Beispiel für Strom oder auch Lebensmittel, ergibt das eine Situation, die für sehr viele Menschen eine grosse Herausforderung darstellt und dieser Herausforderung sind wir uns, glaube ich sehr wohl alle bewusst und es ist darum auch wichtig, dass es bezahlbaren Wohnraum gibt. Wer und wie der günstige Wohnraum zur Verfügung gestellt werden soll, da sind wir uns aber offenbar weniger einig. In der Stadt Bern soll sich bis 2025 die Zahl der Wohnungen mit Vermietungskriterien auf 1000 erhöhen. Wichtiger als die nackte Zahl von Wohnungen mit Vermietungskriterien ist für uns aber, dass die Wohnungen dann auch tatsächlich von Leuten mit geringem Einkommen gemietet werden, also eben Leute, die die Vergabekriterien erfüllen. Das ist aktuell nicht immer der Fall und wir finden, man muss hier – wie es schon vorher erwähnt worden ist, von Simone Richner und von Alex Feuz – klar unterscheiden, ob die Leute freiwillig ein tiefes Einkommen haben, denn sie wollen Teilzeit schaffen oder ob sie das müssen, weil sie daneben zum Beispiel noch eine Kinderbetreuung oder die Betreuung von Angehörigen übernehmen. Also die Care-Ar-

beit, die Esther Meier vorher erwähnt hat, würde berücksichtigt. Das Beschäftigungspensum wird bei der Vergabe der GüWR-Wohnungen zwar auf dem Bewerbungsformular angegeben und angeschaut, aber nicht weiter evaluiert. Für eine Prüfung des Beschäftigungsgrades und vom Grund dafür, hat sich die Betriebskommission vom Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik 2019 erneut ausgesprochen. Das steht in der Antwort des Gemeinderats. Ich kann verstehen, dass das ein grösserer Aufwand – ein administrativer Aufwand – würde bedeuten, zu schauen, wie viel jemand arbeitet und ob ein Teilzeitpensum begründet ist oder nicht. Aber ich kann auch verstehen, dass es einen Unmut darüber gibt, dass Leute in GüWR-Wohnungen leben, die die Vergabekriterien nicht mehr erfüllen und sie nicht würden erfüllen, wenn sie nicht freiwillig würden Teilzeit arbeiten. Denn die Frage, die wir uns stellen müssen, ist doch wie können wir sicherstellen, dass die Leute, die es wirklich dringend nötig haben, von günstigem Wohnraum profitieren können? Die Stadt müsste immer mehr Liegenschaften kaufen und aktiv auf dem Immobilienmarkt auftreten, um günstigen Wohnraum sicherzustellen können, weil wenn zunehmend Leute in den GüWR-Wohnungen leben, die aber eigentlich die Kriterien nicht mehr erfüllen, müssen immer wieder mehr Immobilien in den Händen von der Stadt sind. Jetzt habe ich gerade den Faden verloren entschuldig, genau... Weil die Leute die Kriterien nicht mehr erfüllen und sie nachher, wenn sie Kriterien nicht mehr erfüllen, in ein Berner Modell wechseln und auch dann keine Marktmiete zahlen. Oder wäre es dann besser, dass die Leute, die die Vergabekriterien nicht mehr erfüllen, innerhalb von einer bestimmten Frist umziehen müssten, damit dann wieder Leute, die den Wohnraum brauchen, davon profitieren können. Zumindest eine Marktmiete müsste verlangt werden, wenn die Kriterien nicht mehr erfüllt werden. Wir sind dagegen, dass die Stadt ihr Immobilienportfolio laufend erweitert, wie Ihr das auch schon beim Traktandum 3 heute am Abend bemerkt habt und wir lehnen es auch ab, dass die Stadt frisch sanierte topmoderne Wohnungen nachher als GüWR-Wohnungen anbietet, einfach nur, damit man X Wohnungen im GüWR-Segment hat. Ja, die Stadt Bern soll für alle sein, soll eine Wohnstadt für alle sein, egal ob mit grossem oder kleinem Budget und ja, es ist nicht erstrebenswert, dass die Leute mit kleinem Budget aus der Stadt vertrieben werden und nachher zur Arbeit Pendeln in die Stadt müssen. Es braucht einen Mix von verschiedenen Wohnungsangeboten, aber es muss auch sichergestellt werden können, dass der günstige Wohnraum wirklich von diesen Personen gemietet wird, die eben auf so ein Angebot angewiesen sind. Darum empfehlen wir Euch auch die Motion des Traktandum 13 anzunehmen Merci.

Präsident: Merci vielmals, Janina. Ich sehe keinen weiteren Fraktionsvoten. Gibt es Einzelvoten? Johannes Wartenweiler.

Johannes Wartenweiler (SP), Einzelvotum: Ich möchte halt die Gelegenheit, via Einzelvotum nützen, doch auch noch zum Traktandum 13 ein paar Sätze zu sprechen. Es geht um das ewige Problem, ob die Wohnungen, die die Stadt hat, gerecht verteilt werden, ob die richtigen drinsitzen, ob die Kriterien genug sind oder ob das ein Beschiss ist, welcher hier stattfindet. Und die Diskussion kenne ich seit mindestens 30-40 Jahre. Das ist schon eine Diskussion gewesen, die man im Muri-Feld geführt hat, in Ausserholligen, immer hat es geheissen, da machen es sich ein paar bequem auf Kosten der Allgemeinheit. Und Ihr verlangt jetzt, um die Raster noch präziser zu fassen, dass jetzt auch Teilzeitbeschäftigungen ausgewiesen werden müssen, um GüWR beanspruchen zu dürfen beziehungsweise eben nicht. Und Ihr geht einfach davon aus, man arbeitet dann halt Teilzeit und den Rest hat man zur freien Verfügung, macht sich ein gutes Leben und deswegen ist es nicht gerechtfertigt, so eine Wohnung zu beanspruchen. Ihr

ignoriert komplett, dass ein Grossteil von diesen Teilzeitbeschäftigungen damit verbunden ist, dass eben Kinder zu betreuen sind oder andere Angehörigen zu betreuen sind, dass die Leute nicht einfach nichts machen auf Kosten der Stadt. Ihr unterstellt eigentlich tendenziell allen, die nicht 100% Arbeiten, dass sie faul sind, und das muss man einfach hier einmal mit aller Entschlossenheit zurückweisen. Ich glaube, die Stadt gibt sich grosse Mühe, die Kriterien für ihre Wohnungen so zu formulieren und die Leute so auszuwählen, dass sie auch wirklich wohnberechtigt sind in einer GüWR-Wohnung, aber auch in einer städtischen Wohnung. Es ist auch richtig, wenn wir als Stadt Wohnraum, den wir haben, den Leuten zur Verfügung stellen, die in dieser Stadt wohnen, und zwar nicht zu Marktmieten, sondern zu Kostenmieten, weil ich finde, die Stadt hat ähnlich, wie die Genossenschaft, eine Funktion nicht auf dem Markt aktiv zu sein, sondern marktergänzend aktiv zu sein. Und es ist auch völlig falsch, wenn man Leute, die jetzt unter GüWR sind, unter den Generalverdacht stellt. Von dem her, wir glauben, dass die Art und Weise, wie die Stadt ihre Wohnungen verwaltet, korrekt ist und dass es keine zusätzlichen Kriterien braucht, schon gar nicht die Teilzeitbeschäftigung nachzuweisen und begründen zu müssen. Und wir halten nach wie vor fest, die Stadt muss ihre Wohnungen nicht zu Marktmieten vermieten. Sie macht das in einem Segment von diesen Herrschaftswohnungen sehr wohl, aber beim Rest finden wir, soll sie Markt ergänzend arbeiten mit Kostenmiete, gut berechnet, korrekt berechnet, aber nicht auf maximalen Ertrag ausgerichtet. Dank.

Präsident: Merci vielmals, Johannes. Dann käme Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Ich will es nicht gross verlängern, aber ich habe gedacht, wenn Johannes Wartenweiler redet, muss ich auch noch rasch kurz nach vorne kommen. Ich möchte vielleicht noch hier klar etwas sagen, es geht immer um das Lesen. Die Motionäre können nicht mehr machen als schreiben. Was haben wir gesagt, was die Vergabe betrifft? Und nachher ist in Ziffer 1 auf der Seite – Ihr müsst es wirklich lesen, was genau drinsteht – der Beschäftigungsgrad und der Grund für ein allfälliges Teilzeitpensum, ob freiwillig, allenfalls krankheitsbedingt, aufgrund der Kinderbetreuung oder die Pflege von einem Angehörigen, haben wir sogar aufgenommen. Und jetzt kommt etwas anderes der, der Sozialhilfe hat, der muss – mit Ausnahme der Ukrainer, dort hat es eine Ausnahme gegeben, den die müssen das Auto nicht verkaufen –, einen Seelenstrip machen. Wenn der dann noch irgendwie ein Pferd oder irgendwo noch eine Beteiligung an einer Ferienwohnung oder was auch immer hat, dann muss das zuerst veräussert werden. Der kann dann nicht ein mittelalterlicher VW Golf oder ein halb verrosteter Porsche nachher noch behalten. Den muss er dann verkaufen. Aber hier, wo wir 2'700'000 Franken, und es ist wahrscheinlich noch mehr, aufs Spiel setzen, die der Steuerzahler und die Anderen leisten sollen, dort soll man das dann nicht abklären. Und mir geht es darum nicht um das akribische Zeug, aber Ihr wollt ja nicht einmal das. Und jetzt habe ich es eben gehört, man will das nicht in der Sozialhilfe. Bei dem, der dort drin ist, bei dem ist man dann genau, dort verlangt man dann alles. Und hier soll man nicht einmal Auskunft geben müssen, wieso man Teilzeit arbeitet oder nicht Teilzeit arbeitet. Also das ist eine vorsätzliche Verschleuderung von Steuergeldern, die unterstützt wird vom Finanzdirektor. Eben wie gesagt, es ist eben ein System, in dem man zusammenarbeitet. Wo es darum geht, dass man eben die Wahrheit nicht merken soll. Und ich appelliere an alle, es geht uns um Transparenz. Und ich legen ganz klar fest, wenn Ihr behauptet, wir wollen da neugierig sein und das nicht machen, hier habt Ihr es Schwarz auf Weiss geschrieben, dass man genau eben die Teilzeitmodelle und die Betreuungssache sogar die Pflege von kranken Angehörigen – dort gibt es immer

einen gewissen Interpretationsspielraum –, das haben wir alles drin, aber man will nicht. Man will eben mit Steuergeldern die Mehrheitsverhältnisse zementieren und darum bekämpfen wir das auch. Wenn Ihr gerecht seid und Euch einsetzt, auch für Eure Leute, die die Möglichkeiten nicht haben, dann müsst Ihr hier dem Vorstoss zustimmen. Danke.

Präsident: Merci vielmals, Alex. Ich sehe keine weiteren Einzelvoten. Dann hätte hier das Wort Herr Gemeinderat, Michael Aebersold.

Michael Aebersold, Direktor FPI: Ich habe irgendwie das Gefühl, ich bin nicht der einzige hier drin, der nicht so genau weiss über was, dass man jetzt redet und über was nicht. Und man hat einfach ein bisschen das erzählt, was einem wichtig scheint. Ich will mich in meinen Ausführungen vor allem auch mit der Wohnbaupolitik auseinandersetzen, und nachher mit dem Thema GüWR. Also gut das Grundproblem ist ganz ein simples und da sind sich alle einig, in dieser Stadt Bern gibt es zu wenig günstigen, bezahlbaren Wohnraum. Das ist ein Fakt, das könnt Ihr überall schauen, das wird überall geschrieben. Das ist ein Problem und das hat auch damit zu tun, dass halt vielen Orten der Profit im Vordergrund steht. Ich sage das nicht nur als Kritik oder so. Vorher haben wir von der Pensionskasse geredet. Die Pensionskasse investiert in Liegenschaften. Warum, weil sie neben Obligationen, Aktien und andere Anlagen, mit diesen Liegenschaften etwas verdienen kann. Die Frage ist dann einfach wie viel zieht man dort raus und wie viel nicht. Und die Stadt Bern – das ist unsere Wohnbaupolitik – will einfach nicht ein Maximum herausziehen, sondern wir wollen günstigen Wohnraum zur Verfügung stellen. Stichwort Kostenmiete, wie das auch Genossenschaften machen und eben beim GüWR, sogar noch darunter sein. Und das ist das Ziel des Gemeinderats mit den Legislaturziele, mit der Wohnstrategie, mit dem Fonds, mit der Fondsstrategie und der Teilstrategie und das ist, glaube ich, eine klare politische Mehrheit im Parlament. Aber in dieser Stadt der Bevölkerung, die unsere Politik trägt. Und unsere Politik heisst Vielfalt und Diversität, das heisst preisgünstig, gemeinnützig und das heisst Markt ergänzt und die Instrumente, die wir als Stadt brauchen, ist die Abgabe in Baurecht. Das ist nämlich fast der grösste Teil, weil wir gar nicht das alles selbst managen können. Aber wir geben Darlehen, wir entwickeln Areale, wir kaufen Liegenschaften, wie heute am Abend. Das ist explizit Teil von unserer Policy und wir bauen selbst, wie im Stöckacker und an der Reichenbachstrasse. Im Gaswerkareal ist es ebenfalls vorgesehen und ich sage hier mit einem gewissen Stolz, das mit dem Stöckacker und mit der Reichenbachstrasse die Stadt bewiesen hat, dass sie Superprojekte – Vorzeigeprojekte – realisieren kann, die sich auch zahlen. Also so wahnsinnig teuer sind die beiden nicht. Wir werden auch im Stöckacker im Rahmen des Budgets dort abschliessen. Ein Thema ist, die ganze Geschichte – auch hier wieder in Anlehnung an die Pensionskasse – mit der Frage der Nachhaltigkeit. Wir können nicht höchste Standards im Energiebereich umsetzen, nachher noch das wirtschaftlich machen und noch am Schluss noch sozial, damit es bezahlbar ist. Und dort muss man halt Abstriche machen, am einen oder am anderen Ort, und genau das sind die politische Aufgabe und die Frage. Oder es sind die Diskussionen mit dem Viererfeld, wie schon gesagt, wie viele holen wir dort mit der Marktorientierung heraus. Was hat man für Auflagen bezüglich der Umweltstandards, der Materialisierung? Am Schluss wer soll dann die Wohnung noch zahlen? Aber das ist, glaube ich, auch ein normaler Prozess. Jetzt komme ich noch zu den GüWR-Wohnungen. Wir überprüfen die Kriterien und machen Korrekturen. Also es ist da irgendwie suggeriert worden, dass mindestens, wenn man die Kriterien nicht mehr erfüllt, dass man dann eine normale Miete zahlt. Das ist so, da machen wir

nicht eine Marktmiete, nicht "highest Prize" aber sicher Kostenmieten. Also genau das wird gemacht und dann wirklich einfach auch die Philosophie, dass man Leute, die irgendwie 20'000-30'000 Franken erben oder wo es zu einer Scheidung kommt, wo die Belegungsvorgaben nicht mehr erfüllen, dass man die dann aus dem Umfeld herausreisst und aus dieser Wohnung hinausschmeisst. Die müssen dann halt, je nach dem, einfach mehr zahlen. Ein schönes Beispiel ist die Attinghausenstrasse. Dort ist man ja kritisiert worden. Wie gesagt, wir machen alles GüWR-Wohnungen, also mit diesen Vorgaben und mit diesen Kriterien. Das ist gar nicht schlecht, wenn es jetzt dort gewisse Parteien gibt, die die Kriterien nicht mehr erfüllen, eine höhere Miete zahlen und damit auch zu einer gewissen Durchmischung beitragen. Es ist auch noch gesagt worden, dass bei Genossenschaften, diejenigen die kein Kapital haben, die können nicht rein. Falsch. Auch dort gibt es Modelle, wie heute an der Huebergass, wo es die gibt, die ihr Kapital einbringen müssen. Es sind übrigens Beträge, die wenn man nachher die günstige Miete rechnet, sich innerhalb von wenigen Jahren eigentlich auszahlen. Also dann kann man aus der Pensionskasse einen Teil herausnehmen. Das zahlt sich sehr rasch aus, weil man nachher in einer günstigen Wohnung ist. Also es gibt die, die das zahlen können. Es gibt die, die das nicht können. Das ist in der Huberstrasse rund einen Drittel und dann gibt es einen Drittel, die das eben ein bisschen praktischer haben, die Zahlen dann Zweidrittel. Genau das sind wieder soziale Modelle, die ich auch sehr pushe, wo ich sage, das ist eigentlich eine Aufgabe der Genossenschaften. Genauso müsst Ihr das machen, dass auch Ihr für eine Durchmischung sorgt, dass Ihr solche drin habt, die dann eben halt auch jemanden der das Kapital nicht einbringen kann, das Kapital quasi nachher dort kann einbringen. Das alles passiert, finde ich vorbildlich in der Stadt Bern. Dort möchte ich noch ein Update machen. Sometimes I'm up, sometimes I'm down: In den letzten 2 Jahre sind wir gut gewesen, nachher schlecht. Ich kann Ihnen hier noch als Primeure den Stand bekannt geben, aktuell per Ende 2023, der ist noch nicht kommuniziert. Ich bin beim 31. Dezember gewesen. Jetzt ist es plötzlich Juli 2022: Da haben wir 656 Mietverträge im Segment GüWR abgeschlossen. Nach Bereinigung, wie gesagt solche, die mittlerweile mehr verdienen, die nicht mehr als GüWR-Wohnungsmietende gelten, können wir Ende 2023 723 Wohnungen an eine GüWR-Berechtigte vermieten. Also das heisst es ist ein Zuwachs von 67 GüWR-Mietverträge. Wir haben also in diesem Jahr die Vorgabe des Stadtrates erreicht. Ich komme noch zu diesen 2 Vorstössen in dem Block, wo es etwas zu entscheiden gibt: Nämlich beim Nummer 8 bitten wir Sie, den Begründungsbericht zur Kenntnis zu nehmen und zu der Motion 13 bitte ich Euch dem Gemeinderat zu folgen und die abzulehnen. Ich kann Euch einfach noch etwas versichern, anhand von der Vergabe am Centralweg, habe ich mich die Mietenden geben lassen. Das habt Ihr vielleicht auch gelesen, das ist völlig explodiert. Ich kann Euch sagen, jede, die dort drin ist, ob das jetzt eine alleinerziehende Frau ist, ob das eine Familie mit Migrationshintergrund ist, alle die, die verdienen es, die sind zu Recht in einer solchen Wohnung. Und dort könnt Ihr auch etwas Vertrauen in meine Profis haben, die die Wohnungen vergeben. Die vergabe nicht ich, Alexander Feuz. Er ist draussen, dann kommt er wenigstens nicht mehr reden. Ah Entschuldigung, freut mich. Gut, du hast es gehört. Also jetzt bin ich gerade aus dem Konzept gefallen. Meine Verwaltungsleute machen das sehr verantwortungsvoll, die prüfen die Vergaben. Das bin nicht ich, habe ich gesagt, der die Wohnungen vergibt den Leuten, die wir dann nachher aufgrund von einer GüWR-Wohnung auf die Liste tun. Merci.

Präsident: Merci vielmals, Michael Aebersold. Wir kommen zum Traktandum 8. Dort nehmen wir den Begründungsbericht so zur Kenntnis. Ich frage beim Traktandum 9

bezüglich Zufriedenheitsgrad? Nicht zufrieden. Beim Traktandum 10: Zufriedenheitsgrad der Mitte-Partei wäre das? Teilweise zufrieden. Wir kommen zu Traktandum 11, nicht zufrieden. Traktandum 12, nicht zufrieden.

2018.SR.000151

9 Interfraktionelle Interpellation Fraktion FDP/JF, SVP (Barbara Freiburghaus/Bernhard Eicher, FDP/Alexander Feuz, SVP): Unter welchen Umständen investiert die Stadt Bern in den Wohnungsbau?

Gemeinsame Beratung der Traktanden 8 bis 13: siehe Traktandum 8.

Präsident: Ich frage zuerst in die Runde: Wollt Ihr die Diskussion beantragen? Traktandum Nummer 9 jawohl. Das ist eine Motion. Darüber müssen wir nicht abstimmen. Also wir stimmen ab über das Traktandum 9, ob wir die Diskussion gewähren.

Abstimmung

2018.SR.000151		
1/3-Quorum erreicht		
Ja	33	
Nein	25	
Enthalten	1	Namensliste 018

Präsident: Diese Diskussion ist gewährt. Wir kommen zum Traktandum 10.

Präsident: Wir stimmen nochmal ab über die Diskussion zu Traktandum Nummer 9. Zuerst über das Rückkommen, Entschuldigung. Wir stimmen ab über das Rückkommen, ob man nochmal über die Diskussion Traktandum Nummer 9 abstimmt. Jetzt haben wir es.

Abstimmung

2018.SR.000151: Rückkommen		
Annahme		
Ja	47	
Nein	14	
Enthalten	1	Namensliste 020

Präsident: Das Rückkommen ist angenommen. Wir stimmen darum nochmals ab über die Interpellations-Diskussion des Traktandum Nummer 9. Ich bitte um Ruhe, damit mich alle höre, wenn ich etwas sage. Wir stimmen ab über Traktandum Nummer 9, ob die Diskussion gewährt wird oder nicht.

Abstimmung

2018.SR.000151		
1/3-Quorum nicht erreicht		
Ja	15	

Nein	45	
Enthalten	1	Namensliste 021

Präsident: Diese Diskussion ist abgelehnt worden.

Präsident: Alex ich muss dich unterbrechen, über 11 haben wir noch gar nicht abgestimmt.

Traktandum 11 wurde abgestimmt.

Präsident: Also ist gut, Rückkommensantrag zum Traktandum 11.

Abstimmung

Rückkommen zu Traktandum 11		
Annahme		
Ja	57	
Nein	2	
Enthalten	1	Namensliste 022

Präsident: Gut, das Rückkommen zum Traktandum 11 ist gewährt. Alle wieder zuhören schnell.

Abstimmung siehe Traktandum 11

2018.SR.000251

10 Interpellation Michael Daphinoff/Milena Daphinoff (CVP): Auf welchen Betrag verzichtet die Stadt Bern mit der Vermietung ihrer Wohnungen zu kostendeckenden Mietzinsen?

Gemeinsame Beratung der Traktanden 8 bis 13: siehe Traktandum 8.

Präsident: Wir kommen zu Traktandum Nummer 10, wo wir auch über die Diskussion abstimmen. Ist diese gewünscht von den Einreichenden? Nicht gewünscht. Dort habt ihr die Gelegenheit für eine kurze Erklärung. Wir kommen zum Traktandum 11.

2019.SR.000026

11 Interpellation Fraktion GB/JA! (Franziska Grossenbacher, GB): Soziale Wohnpolitik stärken: Stadt Bern wird selber Genossenschafterin

Gemeinsame Beratung der Traktanden 8 bis 13: siehe Traktandum 8.

Präsident: Hier stimmen wir ab über die Diskussion. Ist diese gewünscht von der Seite der Einreichenden? Sie ist gewünscht, also wir stimmen darüber ab. Wir stimmen ab über Traktandum Nummer 11, ob die Diskussion gewährt wird.

Abstimmung

2019.SR.000026		
1/3-Quorum nicht erreicht		
Ja	19	
Nein	38	
Enthalten	1	Namensliste 019

Präsident: Diese Diskussion ist bewilligt für das Traktandum 11. Gut ich habe einen Rückkommensantrag zum noch einmal Abstimmen über die Diskussion zu Traktandum 9.

Abstimmung siehe Traktandum 9

Präsident: Wir stimmen jetzt nochmal ab über die Diskussionsgewährung zu Traktandum Nummer 11.

Abstimmung

2018.SR.000151		
1/3-Quorum erreicht		
Ja	21	
Nein	42	
Enthalten	0	Namensliste 023

Präsident: Das 1/3 ist erfüllt. Gemäss Reglement braucht es einen Drittel, das 3. Drittel ist punktgenau erreicht. Die Diskussion ist gewährt für das Traktandum 11. Wir stimmen jetzt ab über die Diskussion zu Traktandum 12.

Abstimmung siehe Traktandum 12

2021.SR.000034

12 Interpellation Fraktion GB/JA! (Rahel Ruch/Anna Leissing, GB): Wie stellt der Gemeinderat sicher, dass mit der Wohnstrategie die Folgen der Corona-Krise gelindert werden können?

Gemeinsame Beratung der Traktanden 8 bis 13: siehe Traktandum 8.

Präsident: Ich frage zuerst auch dort wieder, ist die Diskussion gewünscht zu Traktandum Nummer 12. Einreichende wäre das GB. Die Diskussion ist gewünscht. Dann stimmen wir ab über die Diskussion zu Traktandum 12.

Abstimmung

2021.SR.000034		
1/3-Quorum nicht erreicht		

Ja	17	
Nein	43	
Enthalten	1	Namensliste 024

Präsident: Diese Diskussion ist nicht gewährt. Dann würden wir anfangen mit den Einreichenden von Traktandum Nummer 8. Das kann niemand von denen sein, die sich angemeldet haben.

2023.SR.000041

13 Interfraktionelle Motion SVP, FDP/JF, GLP/JGLP, Mitte (Alexander Feuz, SVP/Thomas Glauser, SVP/Simone Richner, FDP/Ursula Stöckli, FDP/Janina Aeberhard, GLP/Claudio Righetti, Mitte): Die Vergabekriterien bei städtischen Mietwohnungen sind zu überdenken!

Gemeinsame Beratung der Traktanden 8 bis 13: siehe Traktandum 8.

Präsident: Dann machen wir noch die Abstimmung zum Traktandum 13: Motion als Richtlinie. Punktweise Abstimmung ist gewünscht. Wir stimmen ab über Traktandum 13, Punkt Nummer 1, als Richtlinie.

Abstimmung

2023.SR.000041: Punkt 1 als Richtlinie		
Ablehnung		
Ja	21	
Nein	45	
Enthalten	0	Namensliste 025

Präsident: Das ist abgelehnt. Wir stimmen ab über Traktandum 13, Punkt Nummer 2.

Abstimmung

2023.SR.000041: Punkt 2 als Richtlinie		
Ablehnung		
Ja	21	
Nein	44	
Enthalten	1	Namensliste 026

Präsident: Das ist abgelehnt.

2019.SR.000346

**14 Interpellation Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser, SVP):
Zwischennutzungen – Werden die massgeblichen Vorschriften durch
die Benutzer kontrolliert und eingehalten oder herrscht Wildwuchs?**

Präsident: Wir kommen zum Traktandum 14. Hier frage ich, ob die Diskussion gewünscht ist. Sie ist gewünscht. Dann stimmen wir ab über die Diskussion zu Traktandum 14.

Abstimmung

2019.SR.000346		
1/3-Quorum nicht erreicht		
Ja	16	
Nein	49	
Enthalten	1	Namensliste 027

Präsident: Die ist nicht gewährt. Dann hätten die Einreichenden hier die Möglichkeit eine kurze Erklärung abzugeben. Es müsste dich noch jemand anmelden, Alexander Feuz. Eine Minute.

Alexander Feuz (SVP) für die Einreichenden: Ich bedaure es, dass wir hier nicht für die Diskussion unterstützt worden sind. Vorab "maximale Unzufriedenheit" bei dieser Antwort. Ihr müsst Euch die Antwort auf der Zunge zergehen lassen. Ihr seht die Frage in 2: Da habe ich gefragt eben wegen dem Gewässerschutz – das sollte Euch eigentlich interessieren, die den Klimanotstand ausrufen –: "Was die Einhaltung von baurechtlichen Vorschriften betrifft, ist der Gemeinderat soweit es nicht übergeordnete Interessen, wie beispielsweise der Umweltschutz betrifft, tolerant." Also dort lässt man es dann durch. Auch Frage 3: Ich habe nachher dort auch detaillierte Fragen gemacht: "Wie häufig man das kontrolliert hat" und es aufgliedert nach Standorten. Es ist eine Interpellation gewesen und keine kleine Anfrage, meine Herren Gemeinderäte. Und die Antwort ist wieder einmal mehr als eine Ohrfeige. Wenn ich eine kleine Anfrage gemacht hätte, hättet Ihr gesagt, es sprengt den Rahmen von einer kleinen Anfrage. Hier habe ich eine Interpellation gemacht, was...

Präsident: Deine Zeit ist abgelaufen.

Alexander Feuz (SVP) setzt sein Votum fort: Ja, nur ganz kurz. Das wage ich mir also noch zu sagen. Auch hier wird eine alternative Gruppierung toleriert. Ich hoffe, dass der Wähler merkt, wie ungerecht der Gemeinderat ist. Merci.

Präsident: Du bist nicht zufrieden, in dem Fall? Maximal unzufrieden, gut. Wir kommen zum Traktandum Nummer 15.

2022.SR.000214

15 Interfraktionelle Motion AL/PdA, GB/JA! (David Böhner, AL/Katharina Gallizzi, GB): Freiraum statt Planraum

Präsident: Das ist durch den Gemeinderat bestritten. Dort übergebe ich das Wort den Einreichenden, David Böhner.

David Böhner (AL) für die Einreichenden: Die Motion "Freiraum statt Planraum" ist zu Stande gekommen, weil Markus Flück auf Katharina Galizzi und mich mit dem Anliegen zugekommen ist. Markus Flück hat im Verein "Vorpark", den Park bei der Huebergass mitgestaltet, bis die Baumaschinen aufgefahren sind, um auf dieser lebendigen Brache einen Park zu bauen. Markus und die anderen Nutzer*innen des "Vorparks" haben dort mit der Unterstützung der Stadtverwaltung viele wertvolle Erfahrungen gesammelt und sind enttäuscht gewesen, als der spannende Prozess im Quartier mit dem Park-Baubeginn so abrupt ist beendet worden. Seit dem Sommer 2022 ist dort jetzt eine Baustelle, die noch bis nächsten Sommer dauern wird und dann soll der definitive Park eröffnet werden. Das Ziel von dieser Motion ist, dass die Stadt die Freiraumplanung nicht nur auf dem Reissbrett entstehen lässt, sondern ganz real im öffentlichen Raum, der von der Bevölkerung genutzt und angeeignet wird. Mit dieser Motion wollen wir uns nicht gegen die Stadtverwaltung stellen oder die wichtige Arbeit, die die Stadt in den Quartieren leistet, kritisieren. Aber und jetzt kommt es, aber die Antwort des Gemeinderats auf die Motion ist doch sehr enttäuschend. Der Gemeinderat ist offenbar der Meinung, dass es nur einen gültigen, zielführenden Weg geben kann, um solche Freiräume einzurichten und zu gestalten, und der Weg ist eher Top down. Natürlich mit ein bisschen Mitwirkungsprozessen und Bevölkerungsbefragungen, aber mehr nicht. Was wir mit der Motion fordern, ist genau das umgekehrte, dass eine Zone definiert wird, die sich die Bevölkerung ausprobieren kann. Man kann auch eine rollende Planung machen, auf die Bedürfnisse der Nutzer und Nutzerinnen ergebnisoffen eingehen und dann schauen, dass die Wünsche und die Bedürfnisse mit den gesetzlichen Rahmenbedingungen in Übereinstimmung gebracht werden können. Darum fordern wir, dass bei einer zukünftigen Überbauung eine Fläche definiert wird, in der nicht alles bis zum letzten Gebüsch durch die Stadt geplant und umgesetzt wird. Wenn der Gemeinderat Angst hat, dass ein solches Areal schlussendlich nur von einer Gruppe benutzt wird und wenn man verhindern will, dass sich Platzhirsche herausbilden, die alleine bestimmen, könnte die Nutzung von einem solchen Areal alle 3 bis 5 Jahre neu ausgeschrieben werden. Dann würde das immer in Bewegung bleiben und Veränderungen geben und ja, es geht darum, dass ein solches Areal nicht zeitlich beschränkt ist, weil gerade für ein paar Jahren nichts Gescheiteres vorgesehen ist auf einem bestimmten Platz. Sondern es geht darum, dass die Stadt den Wert von einem solchen Projekt würdigt und eben keine zeitliche Beschränkung vorsieht. Das ist gemeint mit: "im Stile einer Zwischennutzung aber ohne Ablaufdatum", wie wir in der Motion geschrieben haben. Das hat der Gemeinderat offenbar nicht begreifen wollen und nein, gratis wäre ein solches Projekt auch nicht, auch wenn es sicher günstiger wäre als ein fixfertig gebauter Park. Es braucht dafür finanzielle Mittel und Unterstützung der Verwaltung. Markus Flück, den ich am Anfang des Votums erwähnt habe, und der die Motion mit verfasst hat, findet das beim "Lernenden Park", das ist das Motto gewesen des "Vorparks", der für ein paar Jahre in der Huebergass hat entstehen können, tatsächlich viel ist gelernt worden. Das es spannend wäre das Konzept an einem anderen Ort noch konsequenter umzusetzen und dann ohne Ablaufdatum, zum Beispiel bei den Bauprojekten im Marzili oder auf dem Viererfeld, auszuprobieren. Merci.

Präsident: Merci vielmal, David. Wir kommen zu den Fraktionsvoten. Für die FDP/Jungfreisinn-Fraktion, Tom Berger.

Tom Berger (FDP) für die Fraktion: Ein urbaner Wohn- und Lebensraum lebt vom stetigen Wandel und zu dem Wandel gehört es, dass es temporär, aber eben temporär, zu

einer brachliegenden Fläche oder zu einem leerstehenden Gebäude kommen kann. Es ist richtig und wichtig, dass Leerstände und so Brachen möglichst niederschwellig, mit möglichst wenigen bürokratischen Auflagen können belebt und genutzt werden. Und ich gehe mit den Motionär*innen einig, dass so Orte nachher auch zu einem Labor werden können, wo neue Sachen ausprobiert werden können, wo man neue Formen vom mit- und nebeneinander testen kann, ohne dass das grosse Konsequenzen hat. Aber ehrlich gesagt, habe ich ein bisschen schmunzeln müssen, als ich nachher die Forderung in dem Geschäft gelesen habe. Es steht nämlich wortwörtlich, dass die Stadt eine Fläche für eine Zwischennutzung ohne Ablaufdatum zur Verfügung stellen soll. Etwas ohne Ablaufdatum kann keine Zwischennutzung sein. Eine Zwischennutzung, das sagt schon der Namen, dass es eine Nutzung zwischen 2 Nutzungen ist, und dass sie eben nur temporär dort sein kann. Wenn man diesen stetigen Wandel hat, wie ich vorhin gesagt habe, den es in einem urbanen Wohn- und Lebensraum braucht, dann gehört es eben dazu, dass es mal eine Brache und mal einen Leerstand geben kann. Es gehört auch dazu, dass die Brachen und dieser Leerstand mit kreativem Leben kann gefüllt werden. Es gehört aber eben auch dazu, dass die Zwischennutzung nachher irgendwann ein Ablaufdatum hat, und ich verstehe das sehr gut, dass es für die Zwischennutzenden nachher schwer ist, wenn sie ihr lieb gewonnenes Projekt aufgeben müssen, aber das Schöne an einem urbanen Wohn- und Lebensraum im stetigen Wandel ist, dass die nächste Brache bestimmt kommt und dann kann man auch die wieder zwischen Nutzen. Wir lehnen die Motion ab, weil aus unseren Augen eigentlich dem Sinn und Zweck von diesen urbanen Zwischennutzungen zu wieder läuft, wenn man sich die vom Staat will zur Verfügung stellen lassen. Ich hoffe, die Leute hinter diesen Nutzungen sind genug kreativ und genug eigenverantwortlich, dass sie sich auch ohne die städtische Hilfe solche Brachen aneignen können. Merci.

Präsident: Merci, Tom. Als nächstes kommt für die GB/JA!, Katharina Gallizzi.

Katharina Gallizzi (GB) für die Fraktion: Nachdem was Tom gesagt hat, habe ich das Gefühl, ich müsse vielleicht nochmal ein bisschen ausführen, was die Motion eigentlich will. Sie fordern, dass ein Areal, der in naher Zukunft sowieso umgestaltet oder neu entwickelt wird, bereitgestellt wird, dass sich darauf etwas Neues entwickeln kann. Im Gegensatz zu einem klassischen Park oder Aussenraumgestaltung soll aber nicht zuerst auf dem Papier entschieden werden, wie das Areal genutzt werden soll, sondern lediglich der Prozess definiert werden, der dazu führt, dass die Bevölkerung sich das Areal aneignen kann. Solche Prozesse, das hat David vorher auch gesagt, sind normalerweise bei Zwischennutzungen schon häufiger ausprobiert worden. Darum auch das Wort "Zwischennutzung". Wir haben aber nicht gesagt, es muss jetzt eine Zwischennutzung sein, sondern es geht um einen ähnlichen Prozess und wenn man das falsch verstehen will, kann man es natürlich falsch verstehen und dann sagen: "Ja wir lehnen das ab, denn eine Zwischennutzung ist ja beschränkt". Aber eben um das geht es eigentlich nicht. Es geht mehr darum zu illustrieren, was wir meinen. Wie gesagt, solche Prozesse sind bei Zwischennutzungen öfters ausprobiert worden, zum Beispiel in den "Warmbächli"-Brachen oder beim "Vorpark", wir haben es vorhin schon gehört. Es können vielerlei Nutzungen und Aktivitäten entstehen, die von den unterschiedlichsten Menschen genutzt werden können. Das traurige an einer klassischen Zwischennutzung ist jedoch, dass ihre Dauer beschränkt ist, und dass es früher oder später zu einer definitiven Umgestaltung oder Überbauung vom Areal kommt. Das ist schade, weil viel Energie und Kreativität, die in solchen Orte investiert werden, geht wieder verloren. Darum fordert der Vorstoss einen Ort zu suchen, der eine solche Zwischennutzung oder

so eine Art von Nutzung des Raums auf unbestimmte Zeit stattfinden könnte. Der Gemeinderat lehnt unseren Vorstoss ab mit der Begründung, es habe sich gezeigt, dass das nicht funktionieren könne. Sobald einen Generationenwechsel bei den Initiant*innen entstehe, passiere in der Regel nichts mehr auf solchen Arealen und sie würden wieder veröden. Auch seien solche gewachsene Parks in der Regel nur für bestimmte Gruppen zugänglich und würden weniger vernetzte Bevölkerungsgruppen ausschliessen. Diese Argumente des Gemeinderats klingen in meinen Ohren doch ein bisschen wie faule Ausreden. Natürlich gibt es keine Garantie, dass so ein Projekt funktionieren kann, aber der Vorstoss fordert nicht, dass man gerade den ganzen neuen Viererfeldpark in unserem Sinn geplant oder eben nicht geplant werden soll. Es kann auch ein viel kleineres Areal sein, damit man die Art von Freiraumplanung ausprobieren könnte. Auch können Prozesse und Rahmenbedingungen festgelegt werden, für Entwicklungen zum Beispiel, um es zugänglich zu machen für verschiedene Nutzergruppen. Und sollte das Experiment, wie der Gemeinderat Angst hat, dann auch wirklich ganz fest scheitern und es würde ganz fest nicht gehen, gäbe es ja dann immer noch die Möglichkeit, einen Park im herkömmlichen Sinn im Nachhinein zu planen und umzusetzen. Wir verstehen vor dem Hintergrund nicht, wovor dass der Gemeinderat eigentlich Angst hat. Er hat die Legislatur-Richtlinien unter dem Motto "Stadt der Bevölkerung" gestellt. Doch wenn es jetzt darum geht, dass die Bevölkerung sich wirklich beteiligen darf, dann bekommt er kalte Füsse. Wie David auch vorhergesagt hat, wir wollen nicht schmälern, was schon gemacht wird, wie Parks. Es ist einfach ein anderer Ansatz, den man auch mal irgendwo ausprobieren könnte, damit man nicht immer das gleiche macht und wer weiss, vielleicht entsteht ja etwas ganz Tolles und Schönes, wo wir uns jetzt noch gar nicht vorstellen können. Wir hoffen, dass Ihr unsere Motion überweist und so dem Experiment vom ungeplanten Park eine Chance geben.

Präsident: Merci vielmals, Katharina Gallizzi. Dann kommt als nächstes Barbara Keller von der SP/JUSO-Fraktion.

Barbara Keller (SP) für die Fraktion: Ich kann mich relativ kurzhalten. Meine Vorrednerin Katharina hat schon sehr viel Wichtiges erwähnt Zwischennutzungen und eine mögliche Kreativität, sie ermöglichen die Entstehung von wertvollen Treffpunkten und Freiräumen. Es geht darum, Sachen auszuprobieren und Räume zu verändern. Die Motion der AL/PdA und GB/JA! fordert ein Areal, den man als so eine Zwischennutzung brauchen und um- und neugestalten kann, und das Ganze in einem partizipativen Prozess. Zugegeben, dass ein Raum ohne Ablaufdatum genutzt werden kann, widerspricht ein bisschen dem Begriff der Zwischennutzung. Wir sind aber, wie die Motionär*innen der Meinung, dass Bern solche Freiräume gut brauchen könnte. Ich denke hier zum Beispiel an Freiräume für Jugendliche, für das Quartier oder einfach für alle, die dann auch immer nützen wollen. Es geht hier um Themen wie Inklusion, Partizipation und Teil haben. Wir werden darum die Motion annehmen und hoffen, dass sie der Gemeinderat dann auch entsprechend umsetzt.

Präsident: Merci vielmals, Barbara. Dann kommt als nächster Thomas Glauser für die SVP.

Thomas Glauser (SVP) für die Fraktion: Zwischennutzung kann Sinn machen, wenn man ein Gebäude nicht braucht, wenn jemand temporär ein Projekt hat, das gerade hineinpasst, dann ist es eine Win-Win-Situation, die für beide stimmt. In dieser Motion fordert man eine Zwischennutzung, die zeitlos ist. Das ist für uns von der SVP eigentlich

keine Zwischennutzung mehr, wenn man irgendwie das Projekt anfängt und das nachher zeitlos ist. Und dort sind wir eigentlich der gleichen Meinung wie der Gemeinderat. Irgendwann hört halt die Zwischennutzung auf. Zum Teil ist es auch so, dass wir gerade Zwischennutzungen vor allem sehr sozial gehandhabt haben. Gas und Wasser wird zum Teil nicht bezahlt. Man nützt dort den Staat auch ein bisschen ausnutzen, vielleicht zu rechten Dinge. Aber, dass man dann zeitlose Zwischennutzungen macht, da haben wir ein Problem und darum lehnen wir die Motion klar ab, wie es der Gemeinderat hier empfiehlt.

Präsident: Merci vielmals, Thomas. Ich sehe keine weiteren Fraktionsvoten. Gibt es Einzelvoten? Erich Hess.

Erich Hess (SVP), Einzelvotum: Zwischennutzungen, wie viele Zwischennutzungen haben wir gehabt in städtischen Liegenschaften, die zuerst entweder besetzt und nachher als Zwischennutzungen deklariert oder von Anfang an als Zwischennutzungen deklariert worden sind. Aber beide Varianten sind immer zum Providurium geworden. Und wer hat versagt? Sie sitzen hinter mir. Der Gemeinderat hat versagt. Nehmen wir zum Beispiel die ehemalige Feuerwehrkaserne: Man hat schon lange gewusst, dass man eine neue Feuerwehrkaserne baut. Der Gemeinderat hat nichts geplant für in diesem alten Gebäude zu machen. Aber wenn man weiss, dass man ein neues Gebäude baut, und man weiss in etwa ca. 3-4 Jahre ist das fertig, plant man schon vorher, wenn man ein bisschen vernünftig mit dem Geld umgehen will, was man mit dem alten Gebäude machen will. Und alles andere ist Diebstahl am Steuerzahler. Diebstahl. Wir haben mehrere Beispiele: Die Feuerwehrkaserne, der PROGR, die Reithalle, ist alles Diebstahl am Steuerzahler. Es gibt noch mehrere andere Beispiele. Und so etwas akzeptiert hier der Wähler in der Stadt Bern. Das macht mich effektiv gerade verrückt. Dass ein gewählter Gemeinderat, der die Verantwortung hätte, die Geschäftsführung dieser Stadt weitsichtig zu führen, so versagt. Ich bitte Euch darum alle Zwischennutzungen in Zukunft, die die Stadt anbieten will, abzulehnen. Das heisst auch die Motionen, weil wenn es eine Zwischennutzung braucht, ist es mit grösster Wahrscheinlichkeit ein massives Versagen unserer Regierung.

Präsident: Als nächstes hat sich David Böhner angemeldet.

David Böhner (AL), Einzelvotum: Nur ganz kurz, aber es scheint auch wirklich ein Missverständnis vorzuliegen. Vielleicht ist die Motion zu wenig deutlich geschrieben worden. Es geht hier nicht um eine Zwischennutzung. Ich hatte es schon vorher gesagt im Votum. Es steht in der Art was passieren soll. Im Stile einer Zwischennutzung – ich weiss nicht, ob man hier will ein Germanistikseminar machen –, im Stil einer Zwischennutzung aber ohne Ablaufdatum. Also es geht um etwas, das soll bleiben. Im Stil einer Zwischennutzung heisst einfach, dass es sich immer wieder verändern soll, aber wir reden nicht über Zwischennutzungen. Das ist das Missverständnis.

Präsident: Als nächstes Johannes Wartenweiler.

Johannes Wartenweiler (SP), Einzelvotum: Jetzt hast du, glaube ich, alle noch ein bisschen verwirrt, aber das ist nicht schlimm. Diebstahl am Steuerzahler, ich meine, das sind demokratisch legitimierte Entscheide. Wie kommt Ihr auf die Idee, dass das Diebstahl ist. Ihr werft da hinten dem Gemeinderat vor, er seid schuldig. Das, was Ihr erzählt, ist vor X Jahren gewesen. Keiner von diesen Gemeinderäten ist dann im Amt

gewesen. Was sind das für grobe Geschütze, die Ihr hier auffahrt. Wozu, das ist doch gar nicht nötig.

Präsident: Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Jetzt kommt halt noch der Artillerie Offizier, wenn man von schweren Geschützen redet. Nein, ich bin jetzt hier wirklich provoziert worden. Ich möchte David Böhner immerhin danken. Er hat es klar gesagt, um was es geht. Es geht eben im Sinne einer Zwischennutzung aber ohne Ablaufdatum. Er ist ehrlich gewesen. Ich lehne den Vorstoss ab, aber er hat es klar gesagt und der Gemeinderat hat das auch erfasst. Er hat nämlich auch gesagt, dass er die Motion ablehnt. Er hat es klar gesagt – der Feuz hat es heute Abend zweimal gesagt –, und ich bin Weissgott nicht der Verteidiger des Gemeinderats. Zum Glück habe ich mich mit diversen Voten klar distanziert, aber immerhin habe ich es schon gesagt, bei dem einen Begründungsbericht, bei dem einen Vorschlag – ich glaube, es ist die Klimastrategie für Anlagen gewesen –, habe ich auch dem Prüfungsbericht zugestimmt im Gegensatz zum Rot-GrünMitte-Bündnis (RGM). Hier muss ich sagen, der Gemeinderat hat recht und jetzt muss ich eben etwas wegen dem Diebstahl sagen. Ich möchte doch immerhin klar festhalten, beim Zaffaraya-Areal hat der Regierungsrat gesagt, es ist gewohnheitsrechtliche Zwischennutzung, das kann man gar nicht mehr ändern. Ihr habt es gesehen bei diesen Leuten des Campingplatzes Gampelen, die jahrzehntelang dort waren, da hat dann das Gewohnheitsrecht nicht gegolten. Das Gewohnheitsrecht gilt dann, wenn man es will und dann, wenn man es nicht will, soll es eben nachher dann nicht gelten. Ich bin zuerst davon ausgegangen, dass alle diese Vorstösse zusammen behandelt werden. Darum kann ich jetzt hier nochmal rasch etwas ausführen zu meiner Interpellation, wo mich eben dann stört. Ich habe es immer kritisiert und sage es noch einmal, wenn man einen Vorstoss einreicht, sollte man ihn richtig beantworten. Ich habe dann wirklich präzise Fragen gestellt, wie bei den einzelnen Arealen aufgeschlüsselt, Vorschriften und Abmachungen eingehalten werden. Der Gemeinderat mit ganz groben Ausführungen – wie bei einer kleinen Anfrage –, das zeigt einfach einmal mehr, wie man es beantwortet. Da heisst es: "Der Gemeinderat toleriert die alternativen Gruppen und deren Wohnformen, solange sie sich in das nachbarschaftliche Umfeld einfügen, abgeschlossene Vereinbarungen einhalten und die Personensicherheit gewährleistet ist." Wenn Ihr noch "gescheit" gewesen wärt, hättet Ihr noch gesagt: "und die Umweltvorschriften eingehalten sind." Das habt Ihr eben nicht gemacht. Auch das habt Ihr in eurer Kompetenz und Selbstherrlichkeit verpasst. Ihr kommt jetzt dann dran – vielleicht dann mal wegen Begünstigung –, weil Ihr wisst, dass gewisse Leute etwas machen, wo nicht zulässig ist. Ihr kontrolliert es nicht. Ihr seid darauf aufmerksam gemacht worden, dass es ein nicht rechtlich haltbarer Zustand ist, und dann werdet Ihr einmal zur Verantwortung gezogen werden. Ich mache David Böhner keinen Vorwurf, er ist wenigstens ehrlicher. Das habe ich schon letztes Mal gesagt bei der Steuererhöhung. Aber Ihr, die dieser Sache jetzt hier zustimmt, Ihr müsst nicht sagen, wir haben es nicht gewusst, dass es um die Zwischennutzung gegangen ist. Es ist klipp und klar und ich verurteile hier ebenfalls, wie meine Vorredner Erich Hess und Thomas Glauser, das Vorgehen des Gemeinderats. Danke.

Präsident: Merci vielmals, Alex. Erich Hess.

Erich Hess (SVP), Einzelvotum: Ich wollte eigentlich nicht mehr sprechen kommen. Stadtrat Wartenweiler hat mich aber noch einmal schnell nach vorne gerufen, weil er

mich direkt angesprochen hat. Es ist so, dass es in der letzten Zeit viel passiert ist. Ich bin ja noch nicht lange im Stadtrat, aber in dieser kurzen Zeit, wo ich im Stadtrat bin, ist Erstens die Zaffaraya verlegt worden. Die Stadt hat die Erschliessung bezahlt von einer Bauverbotszone. Eine massive Bauverbotszone, in der man gar nicht bauen darf, sind mehrstöckige Gebäude gebaut worden, die rein widerrechtlich sind. Zweitens der PROGR: Der PROGR ist als Zwischennutzung in dieser Zeit gebraucht worden. Anschliessend ist die Zwischennutzung zu einem Providurium gemacht worden. Drittens die Feuerwehrkaserne, die ja in dieser kurzen Zeit gewesen ist, wo ich im Stadtrat gewesen bin. Und die Feuerwehrkaserne – habe ich vorhin schon ausgeführt – da hätte man viel früher planen können, weil man gewusst hat, dass die frei wird. Viertens die Stadt-Zigeuner, die immer wieder Grundstück auf längere Zeit mit Fahrnisbauten bebauen, werden immer toleriert und das ist alles Land, das den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern gehört und darum ist das ein massives Versagen des Gemeinderats.

Präsident: Ich sehe keine weiteren Einzelvoten. Dann hätte das Wort, wenn gewünscht, Herr Gemeinderat Michael Aebersold.

Michael Aebersold, Direktor FPI: Ja, ich will mich nicht sehr lange fassen, weil auch ich ein bisschen verwirrt bin über was, dass wir jetzt schlussendlich reden: Aneignung, Zwischennutzung oder kreativ sein in der Planung. Das sind alles Sachen, die der Gemeinderat sehr unterstützt. Die wir auch ermöglichen. Es ist mir schon noch wichtig, einfach nochmal darauf hinzuweisen, dass am Schluss es entweder etwas Definitives, längerfristiges ist und dann bestimmt man für was, dass man das Areal brauchen will oder ob man dort etwas realisieren, bauen, planen, Wohnungen machen will, oder man will sagen, es ist uns ein bisschen Wurst. Wir haben irgendwo an einem Ort, ein Areal und dann kann man mal ein bisschen schauen, was passiert. Also ich glaube, da ist schon ein bisschen das Problem, dass wir einfach in der Stadt auch nicht mehr so viel Areale haben, die nicht schon verplant sind, wo wir nicht zum Beispiel günstigen Wohnraum hinstellen wollen. Was mich noch wichtig scheint, bei den Zwischennutzungen gibt es wie zwei Arten und die eine Art ist tatsächlich die Zwischennutzung, die zuerst eine Besetzung gewesen ist. Also dann kommt irgendjemand am Sonntag oder über Nacht und besetzt das Areal und dann ist es einmal eine Besetzung. Und dann ist die Haltung der Stadt Bern, wenn das möglich ist, macht man aus dieser Besetzung eine Zwischennutzung. Ein Beispiel ist das "Warmbächli", das ist gesagt worden. Ich mag mich noch gut erinnern, dass ich irgendwann plötzlich das Telefon erhalten habe, dort sind Leute und bauen Hütten und so hat man dann wirklich auch mit denen die Vereinbarungen abgeschlossen. Aber die sind heute weg. Das ist eine Zwischennutzung gewesen, die hat man sein lassen können, bis man dann irgendeinmal dort angefangen hat zu bauen bzw. zu realisieren und die haben weg zu müssen. Und das gleiche ist mit dem Viererfeld, Mittelfeld und mit dem Gaswerkareal. Dort haben wir Besetzungen gehabt, die wir jetzt quasi legalisiert und Zwischennutzungen mit Vereinbarungen gemacht haben, die mehr oder weniger – wenn es ein lautes Sommerfest gibt – gut laufen. Aber im Wesentlichen, wenn man wirklich mit ihnen übereingekommen ist, was dort passiert. Dort muss man schon sagen, da geht es sehr oft um Eigennutzungen bzw. also um eigenes Interesse. Das sind Leute, die ihre Interessen haben, die sind unter sich und haben jetzt dort die Zwischennutzung und die müssen irgendeinmal wieder gehen. Viererfeld, Mittelfeld, Gaswerkareal wollen wir entwickeln. Dort wo jetzt die Anstalt ist, dort wollen wir genossenschaftlicher Wohnungsbau, das ist glaube ich allen bekannt und die müssen irgendeinmal weg. Und dann gibt es die geplanten Zwischennutzung, wo es tatsächlich darum geht auch zu schauen. Wir haben ein Areal, das geht

in eine Transition. Dort gibt es irgendetwas anderes, wo man weiss, man hat eine gewisse Zeit und jetzt schauen wir, was dort alles möglich ist. Gute Beispiele sind das Ziegler-Areal, die Feuerwehrekaserne und jetzt auch das Gaswerkareal. Ich rede nicht als Idealstadt und dort ist es uns als Stadt schon auch wichtig, dass wir dort auch das Quartier mitnehmen, dass wir dort mit den Quartierorganisationen, die eine breite Legitimation haben, zusammenarbeiten und sagen: "Hey was seht ihr, was braucht auch das Quartier." Nicht einzelne Interessen, sondern das Quartier. Wenn die jetzt im Gaswerkareal unten eine Rollschuhbahn oder ein Pumptrack oder was auch das ist, das sind die anderen Zwischennutzungen. Und da denke ich sind wir an beiden Orten gut unterwegs. Einfach nur so ein bisschen zur Idee, dass man alle 3-4 Jahren ausschreibt: Wenn da jemand an so einem Ort ist und das cool findet, und dann kommt man nachher und sagt: "So sorry jetzt Jungs und Mädels ihr müsst weg." Dann wärt Ihr die Ersten, die sagen, man könne da nicht mit der Polizei gehen und möchte das auch nicht. Also ich finde die Stadt macht das eigentlich gut. Wir müssen nicht noch neue Modelle jetzt da testen gehen. Entsprechend haben wir Euch auch beantragt, die Motion abzulehnen.

Präsident: Merci vielmals, Michael. Wir stimmen ab über Traktandum 15, Motion als Richtlinie.

Abstimmung

2022.SR.000214: als Richtlinie

Annahme

Ja	38
Nein	26
Enthalten	0

Namensliste 028

Präsident: Die Motion ist angenommen. Wir haben noch knapp 10 Minuten. Ich würde gerne noch durch die offenen traktandierten Interpellationen durchzuflitzen um zu schauen, wo überhaupt noch Diskussionsbedarf besteht oder nicht. In der Hoffnung, dass man vielleicht das eine Traktandum oder das andere noch abschliessen kann in diesen 10 Minuten. Ich erlaube mir darum in das Traktandum 18 einzusteigen.

2019.SR.000073

18 Interpellation Fraktion SVP (Alexander Feuz/Hans Ulrich Gränicher, SVP): Bern Welcome oder Bern goodbye? Wie geht es mit Bern Welcome weiter?

Präsident: Das ist eine Interpellation der Fraktion SVP: Ist gewünscht, dann stimmen wir darüber ab.

Abstimmung

2019.SR.000073

1/3-Quorum nicht erreicht

Ja	14
Nein	48
Enthalten	0

Namensliste 029

Präsident: Die ist nicht gewährt, dann haben die Einreichenden die Zeit für eine Minuten Erklärung. Wir können auch noch abstimmen. Können wir machen, das ist eine gute Idee.

2019.SR.000074

19 Interpellation Fraktion SVP (Hans Ulrich Gränicher/Alexander Feuz, SVP): Bern Welcome und Förderverein Bern Tourismus: Gibt es hier Interessenkonflikte?

Präsident: Wir stimmen ab über das Traktandum 19, also die Diskussionsgewährung.

Abstimmung

2019.SR.000074		
1/3-Quorum nicht erreicht		
Ja	15	
Nein	47	
Enthalten	1	Namensliste 030

Präsident: Diese Diskussion ist auch nicht gewährt worden. Dann hättest du insgesamt 2 Minuten für beide Traktanden 18 und 19. Könntest du ihn schnell anmelden? Merci.

Alexander Feuz (SVP) für die Einreichenden: Ich bedaure, dass man über das nicht sprechen will. Überrascht mich natürlich nicht, wenn "Bern Welcome" stark in rotgrüne Hände ist. Ich bedaure das, aber ich danke die Fraktionen alternative Linke und PdA, die es unterstützt haben, weil dort im "Bern Welcome" hat es mehrere Probleme, wie man einfach sehen muss, die hier verschwiegen werden. Wir haben hier kritische Fragen gestellt. Ihr habt gesehen die Interpellationen sind alt. Ihr habt gesehen, um was es uns gegangen ist. Wir sehen hier genau Interessekonflikte, die eben meines Erachtens bestehen. Es gibt eben noch andere Sachen, bei denen ich das Gefühl gehabt habe. Das mit diesem von Marazzi gebauten Gaswerkareal ist auch ein klassischer Interessenkonflikt gewesen. Einer, der massgeblich dabei gewesen ist, und es nicht einmal für nötig gehalten hat in den Ausstand zu treten, ist jetzt heute nicht da. Nach uns gibt es die Interessenkonflikte. Man hat sie nicht dringlich erklärt. Ihr habt auch gesehen die ganzen Probleme, die wir gehabt haben. Es ist aufgezeigt, man will genau in gewissen Sachen eben den Weg weiterführen. Man will nicht, dass man die Sache genauer anschaut. Umso mehr wäre es wichtig gewesen, dass man hier Klarheit hat. Es kann einfach dann mal sein, dass die SVP-Fraktion eine vermehrte Ausrichtung auf Velo-Tourismus und irgendwie ökologische Vorschriften und Körnerfresserei, und dann den "Bern Welcome" Kredit vielleicht mal nicht mehr unterstützt und dann hat man dann vielleicht mal keinen Kredit. Tourismus ist etwas Wichtiges, aber es muss richtig gemacht werden, aber so mit diesen Interessenskollisionen und mit diesen Ausrichtungen geht es schief. Ihr seht auch hier, wo wir hier detaillierte Fragen gestellt haben. Ihr seht nachher die Antworten, die da gekommen sind. Wir sind also mit beiden Interpellationen nicht zufrieden. Ihr seht die Situation wie das Geld gebraucht worden ist. Corona ist eine schwierige Zeit gewesen, aber wir haben die Interpellationen vorher eingereicht. Ihr habt auch gesehen, was wir für Probleme haben. Ihr seht, am Thema bleiben wir

dran und wenn Ihr die Situation seht, haben eben gewisse Leute kein Interesse, dass die Sachen abgeklärt werden, und dieser Stall etwas genauer anschaut wird. Wir haben dieses Mal nicht einmal mehr eine Einladung bekommen für am "Ziebelemerit". Das haben wir früher alle bekommen, auch das ist nicht mehr gewünscht. Wir sind eben eine Quantite negligable. Merci.

Präsident: Zufriedenheitsgrad, nehme ich an, bei beiden nicht zufrieden. Wir kommen zu Traktandum 20. Das ist eine Interpellation der SVP.

2020.SR.000130

**20 Interpellation Fraktion SVP (Niklaus Mürner/Alexander Feuz, SVP):
Wirtschaftsunterstützung während Corona-Zeiten für heimische Gewerbetreibende, insbesondere Selbständigerwerbende, die durch die Maschen des Bundes und Kantons fallen. Nichtstun ist keine Lösung.**

Präsident: Wir stimmen auch hier ab über die Diskussionsgewährung.

Abstimmung

2020.SR.000130		
1/3-Quorum nicht erreicht		
Ja	15	
Nein	45	
Enthalten	1	Namensliste 031

Präsident: Diese Diskussion ist nicht gewährt.

Alexander Feuz (SVP) für die Einreichenden: Ich mache es hier kurz. Ich will Euch nicht gross den Abend verderben. Aber einfach wie gesagt, wir haben damals Interpellationen eingereicht. Im Gegensatz zu denen von den anderen Parteien, sind sie nicht dringlich erklärt worden. Im Gegensatz zu den anderen Parteien, wo man alle die Coronamassnahmen miteinander behandelt hat, hat man unsere aussen vorgelassen. Wichtig ist für mich, die SVP hat sich klar eingesetzt für die Folgen von Corona. Wir sind hier aussen vorgelassen worden. Es ist bewusst gewesen, das ist eben das Vorgehen, aber ich danke dem Ratspräsidium, der sie doch jetzt traktandiert hat. Und auch gerade abschliessend, das kann ich im Votum auch sagen, dass die alten Vorstösse "Bern Welcome", "Zwischennutzung", die ein bisschen im Giftschränk gewesen sind, dass man die hervorgehoben hat. Mein Vorwurf geht an den früheren Ratspräsidium, der das eben teilweise nicht gebracht hat, insbesondere vom MCW, der damals an der Macht gewesen ist. Merci.

Präsident: Auch hier Zufriedenheitsgrad, Alex? Beide nicht zufrieden. Wir springen noch schnell zu Traktandum 23.

2020.SR.000131

**21 Interpellation Fraktion SVP (Niklaus Mürner, Alexander Feuz, SVP):
Wirtschaftsunterstützung während Corona-Zeiten für heimische Ge-
werbetreibende, insbesondere Selbständigerwerbende, die durch die
Maschen des Bundes und Kantons fallen. Konkreter Projektverzicht.**

Präsident: Stimmen gerade noch einmal ab über die Traktandum 21, die Diskussions-
gewährung.

Abstimmung

2020.SR.000131		
1/3-Quorum nicht erreicht		
Ja	15	
Nein	45	
Enthalten	1	Namensliste 032

Präsident: Die Diskussion ist auch nicht gewährt. Dann hätten auch hier die Einrei-
chenden das Wort für eine kurze Erklärung. Thomas du müsstest noch einmal drücken.

2018.SR.000267

**23 Interpellation Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP): Spesenexzesse in
Genf: Offene Fragen zu den Spesen und Ausgaben der Gemeinderäte
und Direktionen in Bern**

Präsident: Das ist eine Interpellation auch von der Fraktion SVP. Wir stimmen ab über
die Diskussionsgewährung bei Traktandum Nummer 23.

Verschoben und eingereicht

Abstimmung

2018.SR.000267		
1/3-Quorum nicht erreicht		
Ja	15	
Nein	45	
Enthalten	1	Namensliste 033

Präsident: Die Diskussion ist auch nicht gewährt. Dann hätten auch hier die Einrei-
chenden noch die Möglichkeit für ein kurzes Votum.

Alexander Feuz (SVP) für die Einreichenden: Ich bedauere es, dass man die Diskus-
sion nicht hat gewähren wollen. Ich halte einfach klar fest, wir haben hier auch Spesen-
ausgaben der Gemeinderäte und der Direktion. Es wäre sehr interessant, wie das ge-
wesen ist. Ich habe auch meine Zweifel und ich sage es Ihnen ganz ehrlich, dass da
gestützt auf Best-Pratice-Regel der Gemeinderat und die Kaderangehörige nach New
York fliegen konnten. Wie die Best-Pratice-Regel aussieht, haben wir heute in einer

kleinen Anfrage erfragen wollen, wie es herauskommt. Es ist einfach immer wieder schön – der Stadtpräsident soll vielleicht auch kurz zuhören –, dass die Privaten schikaniert werden, die bekommen keine Parkplätze und der Herr Stadtpräsident fliegt in einer grossen Selbstherrlichkeit herum.

Der Präsident bittet den Rat um Ruhe für die letzten 2 Minuten.

Merci vielmals. Und wir sollen das nachher büssen, aber darüber geht man kalt lächelnd hinweg und sagt, es ist sehr wichtig für die Stadt Bern, dass man dort in New York ist. Es gibt gewisse Korruptionstatbestände. Man muss das wirklich genauer anschauen und es ist dann die Frage, ob der Gemeinderat nicht hier Selbstbeschränkungsmassnahmen machen soll. Es kann für mich nicht sein, dass man nachher sagt, man untersteht nicht am Personalreglement und kann nachher eben teure Geschenke entgegennehmen. Das ist genau das. Das sind zwar nicht Spesenexzesse, aber man lässt sich dann teuer einladen. Für mich ganz klar, dass wird weitere Nachforschungen nach sich ziehen. Pierre Maudet ist verurteilt worden und im Wallis will man die Kantonsräte, die ein Skibillet genommen haben, in die Verantwortung nehmen. Merci.

Präsident: Merci vielmals, Alex. Ich habe Euch lange genug beübt. Merci vielmals, sind wir noch durchgekommen. Wir machen Feierabend. Ihr habt Euch das Feierabend-Bier verdient. Ich wünsche allen einen schönen Abend und wir sehen uns in 2 Wochen zur letzten Sitzung. Adieu miteinander.

Verschobene Traktanden

Der Stadtrat verschiebt die Beratung der folgenden Traktanden auf eine spätere Sitzung:

16 Motion Fraktion SP/JUSO (Laura Binz / Timur Akçasayar / Barbara Nyffeler, SP): Schliessung Spital Tiefenau: Zwischennutzungen jetzt angehen

17 Motion Fraktion GB/JA! (Devrim Abbasoglu-Akturan, GB) – übernommen durch Katharina Gallizzi (GB): Soziale Wohnpolitik stärken: Preisgünstigen Wohnungsbau mit «Berner Definition»; Begründungsbericht

22 Motion Freie Fraktion AL/GaP/PdA (Simone Machado, GaP/Eva Gammenthaler/Tabea Rai, AL/Zora Schneider, PdA): Jeder Käfer zählt!

24 Interfraktionelle Interpellation SP/JUSO, GB/JA! (Bettina Stüssi, SP/Ursina Andereg, GB): Bei Verbesserungen der städtischen Anstellungsbedingungen Leistungsabbau bei den Leistungsvertragspartner*innen verhindern

25 Interfraktionelle Motion AL/GPB-DA/PdA+, GFL/EVP, GB/JA!, SP, GLP (Christa Ammann, AL/Daniel Egloff, PdA/Janine Wicki, GFL/Leena Schmitter, GB/Lena Sorg, SP/Melanie Mettler, GLP/Bettina Jans-Troxler, EVP): Stadtteile ohne Partnergewalt (StoP). Für ein Pilotprojekt in Bern!; Begründungsbericht

26 Motion Marcel Wüthrich (GFL): Lärmschutz vor nächtlichem Zeitschlag

27 Interfraktionelles Postulat GB/JA!, GFL/EVP, GLP/JGLP, SP/JUSO, FDP/JF (Regula Bühlmann, GB/Ursina Andereg, GB/Matthias Stürmer, EVP/Marcel Wüthrich, GFL/Edith Siegenthaler, SP/Melanie Mettler, GLP/Dannie Jost, FDP): Nachhaltige Entwicklungsziele (SDG): Berns Beitrag zur Umsetzung der UN-Agenda 2030; Prüfungsbericht

28 Interpellation Henri-Charles Beuchat (SVP) – übernommen durch Alexander Feuz (SVP): Islamismus provoziert – Erhalt der öffentlichen Ordnung in der Stadt Bern

29 Postulat Fraktion SP/JUSO (Bernadette Häfliger/Yasemin Cevik, SP): Kameraüberwachung des öffentlichen Raums durch Private; Prüfungsbericht

- 30 Interpellation Henri-Charles Beuchat (SVP) – übernommen durch Alexander Feuz (SVP): Polizeipatrouille mit Leuchtsignalmunition vom Dach der Reitschule angegriffen – schwere Straftat nicht einfach hinnehmen
- 31 Interfraktionelle Motion GB/JA!, SP/JUSO, AL/GaP/PdA (Franziska Grossenbacher, GB/Timur Akçasayar, SP/Tabea Rai, AL/Luzius Theiler GAP): Keine Buebetrickli bei den verkehrintensiven Vorhaben (ViV) – gegen eine Erhöhung der Fahrtenzahl für das Einkaufszentrum Westside; Begründungsbericht
- 32 Interpellation Thomas Glauser (SVP): Griffige Massnahmen zum Schutz vor politisch motivierter Gewalt
- 33 Interpellation Erich Hess (SVP): Transparenz und Kontrolle der ambulanten Familienbegleitungen und ihre Tarife, Präsenzstunden und Kosten
- 34 Interpellation Fraktion SP/JUSO (Edith Siegenthaler/Timur Akçasayar, SP): Leih EWB dem AKW Gösgen Geld?
35 Interpellation Fraktion GFL/EVP (Marcel Wüthrich, GFL): Gewährung eines Aktionärsdarlehens an das KKW Gösgen?

Eingereichte Vorstösse

An der heutigen Sitzung wurden folgende Vorstösse eingereicht:

1. Kleine Anfrage (Marcel Wüthrich, GFL / Laura Binz, SP / Gabriela Blatter, GLP / Raffael Joggi, AL / Sibyl Eigenmann, Mitte / Therese Streit, EVP): Stand der interfraktionellen Motion "Effektive Massnahmen gegen Lichtverschmutzung in der Bauordnung aufnehmen"
2. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP / Thomas Glauser, SVP): Kontroverser Palästina Brief der neu gewählten Direktorin der Kunsthalle: Wieso schweigt der Gemeinderat weiterhin? Wieso folgt der Gemeinderat nicht dem Beispiel des zuständigen Regierungsrats des Kantons Basel Stadt? Was unternimmt der Gemeinderat konkret gegen die künftige Direktorin der Kunsthalle und die Leiterin Kultur?
3. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP / Thomas Glauser, SVP): Werden im bisher unangetastetem Wald neue Bauten erstellt? Sind der geplante Waldwipfelpfad, das neue Betriebsgebäude und die Liftanlage im Wald bewilligungsfähig? Bauen im Wald, braucht es dafür nicht Zonenplanänderung mit Volksabstimmung? Prozessrisiken? Werden neue Bereiche im Dählhölzliwald zusätzlich kostenpflichtig? Alle Handys verfügen heute über Karten-Apps: Wieso soll es gleichwohl für unkundige Besucher schwierig sein, die Eingänge in den Tierpark zu finden?
4. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP / Thomas Glauser, SVP): Wieso wurde die zuständige Quartierkommission QUAV4 und die Quartierbevölkerung nicht vorgängig über das Projekt und die geplante Schliessung des Streichelzoos informiert? Wieso wurde der neben dem Streichelzoos gelegene Kinderspielplatz 2020 teuer saniert werden, wenn nun der Streichelzoo aufgegeben werden soll?
5. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP / Thomas Glauser, SVP): Abschaffung Streichelzoo: Gehört der artengerechte Umgang mit Nutztieren und das Wissen über das Verhalten von Wildtieren nicht ebenfalls zum Bildungsauftrag des Tierparks? Soll der Kontakt von kleinen Kindern zu Tieren in Zukunft vorab über Kröten und Gelbbauchunken erfolgen? Wie soll das als Ersatz vorgesehene Aare-Artenschutzzentrum und der Waldwipfelpfad den direkten Umgang mit Tieren für kleine Kinder ersetzen? Geht die wichtige Zielgruppe der Kleinsten dem Tierpark nicht verloren, wenn sie die neu geschaffenen Angebote infolge Sicherheitsgründen (Waldwipfelpfad) resp. Alters (Besuch Zentrum) gar nicht nutzen können?
6. Kleine Anfrage Fraktion Mitte (Milena Daphinoff, Mitte / Claudio Righetti, Mitte): Disanziert sich die designierte Direktorin der Kunsthalle Bern, Illiana Fokianaki, vom Terror der Hamas?

7. Kleine Anfrage Milena Daphinoff (Mitte), Simone Richner (FDP/JF): Causa Estefania Miranda - wurde der Fall aufgeklärt und welche Rolle hat die Stadt bei der Aufklärung eingenommen?

8. Interfraktionelle Motion GB/JA, GLP/JGLP, SP/JUSO, AL/PdA, GFL/EVP (Anna Jegher, JA / Esther Meier, GB / Michael Ruefer, GLP / Sofia Fisch, JUSO / Szabolcs Mihalyi, SP / Eva Chen, AL / Matteo Micieli, PdA / Marcel Wüthrich, GFL): Ein queerer Begegnungsort in der Stadt Bern

9. Kleine Anfrage Janosch Weyermann (SVP): Mietausfälle durch leerstehende Büroflächen in stadt eigenen Liegenschaften

10. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP / Thomas Glauser, SVP): Gilt die gemäss Gemeinderat zulässige Annahme von Einladungen und teuren Geschenken auch für die oberen Kader? Ist es wirklich im Interesse der Stadt Bern, dass der Gemeinderat und die hohen Kader gestützt auf die vom Gemeinderat angeführte sogenannte "best practices" Regelung Geschenke und Einladungen von hohem Geldwert annehmen können? Liegt hier nichts angesichts der Zielsetzungen der Bekämpfung der Korruption ein Umgehungstatbestand vor? Ist der Gemeinderat bereit, freiwillig ein entsprechendes Reglement zu erlassen?

Schluss der Sitzung: 22.29 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

09.02.2024

X 

Signiert von: MICHAEL JEROEN HOEKSTRA

für das Protokoll

11.02.2024

X 

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER

Redaktion: Clara Rüsi